

Sprache,
Amerikanisierung,
Globalisierung und
Demokratie

eine Textcollage von

Tristan Abromeit

angeregt durch eine
Reise in das Ex-Ostpreußen und der
Lektüre der *sprachnachrichten* des vds

www.Tristan-Abromeit.de

Gorch-Fock-Weg 3 / D-31535 Neustadt

7. August 2004

Notizen
für die Mitglieder
des Vereins Deutsche Sprache e.V (vds)
Postfach 104128
44041 Dortmund
(www.vds-ev.de / info@vds.ev.de)

Zum Mitlesen für
Menschen in Litauen und im Oblast Kaliningrad,
im Verein der Deutschen in Klaipeda mit der Zeitung
„Deutsche Nachrichten für Litauen“, im Simon-Dach-Haus Memel,
Juros 7, LT-92127 Klaipeda / www.vdd.lt
dem Museum in Šilute / Heidekrug / www.silute_muziejus.lt und
in der Klaipėdos Universitetas / Universität in Memel <http://www.ku.lt>
und alle anderen Interessierten

Abgeschlossen am 28. August 2004

<u>Übersicht:</u>	<u>Seite</u>
0. Wie der vds zu meinem Adressaten wurde	3
1. Eindrücke in Litauen	3
1.1 Anlaß der Reise und das eigene Interesse	3
1.2 Zitate aus:	
1.2.1 Mensch und Natur von Rusné, NN	4
1.2.2 Deutsche und Litauer in der Zwischenkriegszeit, Karl-Heinz Ruffmann	5
1.2.3 Das Memelland, Gilbert Gornig	7
1.2.4 Neues Denkmal in Klaipeda, Deutsche Nachrichten für Litauen	9
1.3 Die eigene Sichtweise	11
- Einschub I: Litauen: Geister der Vergangenheit	13
2. Eindrücke in Oblast Kaliningrad	14
3. Förderung der Deutschen Sprache bei unseren östlichen Nachbarn?	13
4. "Stoppt die Amerikanisierung unserer Sprache und Kultur"	20
5. Amerikanisierung und Globalisierung sind Umschreibungen von Kapitalismusproblemen	32
- Einschub II: Saterfriesische Sprache / Sorge um Platt im Unterricht	39
6. Eine Sprache ohne Herrschaftsanspruch als verbindendes Element der Völker	39
- Einschub III: Unterricht in Walisisch	47
7. zum Streit über die Rechtschreibungsreform	47
- Einschub IV / Zweisprachige Ortsschilder	58
8. „Wozu braucht man Demokratie“ - ein Buchgeschenk	59
a) Der auslösende Moment	59
b) Anmerkung zu englischen Zitaten in einer deutschsprachigen Veröffentlichung ..	61
c) Anmerkungen zur Demokratie	62
9. Zusammenfassender Ausblick	70
a) Litauen und das ehemalige Memelland (preußisch Litauen), Oblast Kaliningrad / Königsberg (Rußland) ehemals das nördliche Ostpreußen ...	70
b) Die Sprache	75
c) Amerikanisierung, Globalisierung	76
d) Demokratie	77

Anhang:

Texte und Hinweise, die im Hauptteil nicht mehr verwendet wurden
und zwar in der Reihenfolge, wie sie mir ins Blickfeld kamen.
Die Zuordnung zu den Themen im Hauptteil ist auch ohne Querverweise möglich.

Übersicht des Anhanges im Anhang

O. Wie der vds mein Adressat wurde

Auf der nachfolgend beschriebenen Reise, hatte ich die Ausgabe Nr. 22 vom Juni 2004 der *sprachnachrichten* in der Absicht mitgenommen, sie bei Gelegenheit zu lesen. Ich erhalte die Zeitung, weil ich vermutlich aufgrund einer Zuschrift in den Verteiler aufgenommen wurde. Als wir uns dann aber zu einem Gespräch im Simon-Dach-Haus vom Verein der Deutschen in Memel / Klaipeda verabredet hatten, dachte ich die Zeitung wäre vielleicht ein nützliches Mitbringsel. Dort kannte man die Zeitung aber schon, weil zwei Vorgängerausgaben von einem unbekanntem Absender aus Vilnius eingetroffen waren.

Bei unseren Gesprächen über den Ist-Zustand und die Entwicklungschancen in „Preußisch-Litauen“ und der Oblast Kaliningrad (Königsberg) und der zu geringen Förderung der deutschen Sprache in diesem Raum kam mir der Gedanke, daß der schnell wachsende Verein Deutsche Sprache hier doch vielleicht eine praktische Entwicklungshilfe leisten könnte.

Zu Hause angekommen - oder kaum zu Hause - fand ich die Ausgabe Nr. 23. der *sprachnachrichten*. Titel wie *Politiker für mehr Deutsch in der EU* und *Motor für deutschsprachige Kultur* verstärkten den ersten Impuls und rückten nach dem Aufkleber *Stoppt die Amerikanisierung unserer Sprache und Kultur* die politische Dimension des Themas Sprache stärker in mein Bewußtsein.

Ich habe mich dann mit dem Thema auf meine Art auseinandergesetzt, ohne mich zu fragen, ob das, was ich zu sagen habe, den Mitglieder des vds gefällt oder nicht. Natürlich würde ich mich freuen, wenn der Verein den Text veröffentlicht. Ich habe meinen Einsatz aber davon nicht abhängig gemacht, weil ich den Text auf meiner Internetseite präsentieren kann.

1. Eindrücke in Litauen

1.1 Anlaß der Reise und das eigene Interesse

1994 war ich – abgesehen von einem Besuch als Kleinkind – mit meiner Frau und unseren drei gemeinsamen Kindern zum ersten Mal im Memelland (Kleinlitauen oder Preußisch-Litauen), in Memel / Klaipeda und Heydekrug / Šilute, der Heimat meines Vaters. Wir waren aber auch in Palanga, Kaunas, Trakai, Vilnius und in kleineren Orten von Großlitauen. Uns beeindruckten damals das Land und die Menschen mit ihren von der wechselnden Politik geprägten Lebensläufen. Die eigenen starken Gefühle waren damals sicher auch gespeist aus den Erzählungen über Ostpreußen und dem Memelland im Elternhaus und der väterlichen Verwandtschaft und der Tatsache, daß die Grenzen Richtung Osten sich wieder geöffnet hatten. 1994 hatte ich den Eindruck, daß die meisten Menschen in Litauen wenig Sinn hatten für die Zukunftsgestaltung ihres Landes, weil der tägliche, wirtschaftliche Übelebenskampf ihre ganze Kraft und Aufmerksamkeit beanspruchte. Die dort im Urlaub aufgekommene Impulse, helfen zu müssen und zu können, erwiesen sich - zu Hause angekommen – als illusionär.¹

Sich gesellschaftlich durchsetzende Gestaltungsideen von heute prägen aber real den Alltag von morgen. Und Gestaltungsideen können aufbauend und human sein; destruktiv, menschenfeindlich wie der Nationalsozialismus und Bolschewismus oder bedrohlich wie Globalisierung. Diese Einsicht zu transportieren gelingt meistens nur dann, wenn der Ideenvermittler gleichzeitig den Magen jener Menschen füllen kann, denen die Botschaft gilt.

¹ Spuren meiner Überlegungen und Bemühungen finden sich in der Dokumentation 15 zu meinem Text: „Agenda Niedersachsen 2001 / Zweiter Teil“ auf meiner Internetseite. Text Nr. 19.1.15

Außerdem: Noch im März 1998 war in Litauen der unabhängig agierende Bürger offensichtlich eine unbekannt große. Auf eine Anfrage an die Stadtverwaltung von Šilute / Heidekrug erhielt ich die sinngemäße Antwort: ... „Da Sie kein offizieller Vertreter einer Institution sind, können Sie von der Stadtverwaltung von Šilute keine offizielle Antwort erhalten.“ Aber jetzt hatte ich mit dem Unterzeichner des damaligen Schreibens ein sehr intensives Gespräch und wir stellten Gemeinsamkeiten fest. Meisten fanden wir Leute, die Deutsch konnten und als Dolmetscher fungierten; in anderen Fällen waren die Englischkenntnisse des Initiators der Reise und der Gesprächspartner nützlich.

Im Frühjahr 2004 hatte ein Neffe von mir die Lust bekommen, Spuren der väterlichen Familie im ehemaligen Ostpreußen zu suchen. Er gewann seinen Vater – meinen Bruder – als Reise-Teilnehmer. Ich habe mich nach einigem Zögern auch noch angeschlossen. Mich reizte es, die Eindrücke vom ersten Besuch zu vertiefen, nach Zeichen einer zehnjährigen Entwicklung im Memelland zu suchen. Der geplante Besuch in der großväterlichen Heimat Drachenberg (Klein Kallnen) bei Angerapp heute Osjorsk war ein zusätzlicher Anreiz.

Die Reise fand von 23. 6. bis 3. 7. 2004 statt. Das ist für eine tiefergehende Betrachtung von Land und Leute natürlich eine viel zu kurze Zeit. Trotzdem bleibt genug über das Gesehene zu berichten (Die sprachlichen Aspekte sind dabei ein Schwerpunkt.) und es in Beziehung zu setzen zu dem, was uns gesellschaftlich und politisch bewegt. Gesagt werden muß hier aber, daß wir jeden Tag wenigstens ein oder zwei Gruppengespräche hatten mit Menschen die uns offen und herzlich entgegen traten. Sogar die Bewohner des großmütterlichen Hauses in Šilute baten uns, das nächste Mal mehr Zeit mitzubringen, damit wir ordentlich feiern könnten. Sie, die Frau, ist schon in dem großmütterlichen Haus geboren. Ihre Eltern waren Russen, die in Polen ausquartiert wurden. Er ist ein Usbeke, der sicherlich nicht aus freien Stücken ins Memelland gekommen ist. Er hatte mich nach einer Zeitspanne von zehn Jahren schon in der Stadt wieder erkannt, aber ohne sich selbst zu erkennen zu geben.

Hiermit ist auch schon ein Sprachenproblem in den baltischen Staaten (hier einschließlich Litauen) angedeutet. Als die heute selbständigen Republiken noch Zwangsglieder der Sowjetunion waren, war die Amtssprache Russisch und die Russifizierung dieser Republiken der politische Wille Moskaus. Mit dem Verfall der Sowjetunion waren die Menschen mit nichtbaltischer Abstammung plötzlich in der Situation, daß ihre russische Muttersprache oder die erworbene Verkehrssprache Russisch als eine als ungültig erklärte Münze galt. In Litauen ist das Problem nicht ganz so prägnant wie in Lettland und Estland, weil der Anteil der Zugewanderten nicht so groß ist, wie in den Nachbarstaaten.

Bevor ich nun meinen eigenen gedanklichen Gang auf der Sprachenstraße weiter verfolge, bringe ich ein paar Zitate (genauer: Textpassagen) als Pflastersteine zur Wegbefestigung, denn zu leicht versackt man ohne fundierte Informationen in das sumpfige Gelände der Spekulationen.

1.2.1. Zitat aus Text 1

Mensch und Natur von Rusné (Ruß), Hrsg. Rusnés Gamtos Fondas / Naturschutzfonds Rusné, Deutsche Fassung, Rusné / Hannover 1999, übersetzt von Ingenieurgesellschaft agwa

Die alteingesessenen Litauer konnten während der deutschen Besatzungszeit, die insgesamt 700 Jahre dauerte, ihre Gesamtzahl recht gut halten. Das lag daran, daß die deutsche Herrschaft im Vergleich zur sowjetischen viel milder und humaner war. Hätte das Land 700 Jahre unter sowjetischer Herrschaft ge-

standen, wäre dort keine einzige litauische Seele geblieben - alle Litauer wären schon längst nach Sibirien verbannt worden oder in den zahlreichen sowjetischen Gefängnissen gestorben. (S.23)

1.2.2 Zitat aus Text 2

Karl-Heinz Ruffmann, *Deutsche und Litauer in der Zwischenkriegszeit / Erinnerungen eines Memelländers, Überlegungen eines Historikers*, Lüneburg 1994

Zur Zeit vor 1914

Das Gebiet, um das es geht, ist die nördlichste bzw. nordöstlichste Region im alten Ostpreußen. Klein und überschaubar, mit 2700 km² ungefähr so groß wie das heutige Großherzogtum Luxemburg, umfaßte es die früheren preußischen Kreise Memel und Heydekrug sowie Teile der am nördlichen Memel-Ufer gelegenen, ebenfalls einst preußischen Kreise Tilsit und Ragnit. Die Bewohner waren seit Jahrhunderten, in einer für den europäischen Osten typischen Gemengelage, neben Resten der kurischen Urbevölkerung am Haff und auf der Nehrung gleichen Namens, sowie (allerdings erst seit dem ausgehenden 17. Jahrhundert) Juden, hauptsächlich Deutsche und Klein- oder Preußisch-Litauer als enge Nachbarn vor allem in der ländlichen Unterschicht.

Das Anfang 1992 an der kurz zuvor gegründeten Universität Klaipeda ins Leben gerufene Forschungszentrum für die Geschichte Westlitauens und Preußens führt ganz offiziell zur Erklärung seines Entstehens an: „Die Beziehungen zwischen Deutschen und Litauern währen schon Jahrhunderte, und sie waren sehr vielfältig. In den letzten Jahren hat die litauische Geschichts- und Kulturforschung ein wesentlich positiveres Bild dieses Verhältnisses gewonnen. Das protestantische Preußen erwies sich als die Wiege der litauischen Literatursprache, deutsche Pastoren und Professoren haben sie zuerst grammatisch und lexikalisch erfaßt, Buchträger aus Kleinlitauen haben Jahrhunderte lang Gedrucktes in das polonisierte und russifizierte Großlitauen geschmuggelt. Über Preußen kamen europäische Kultur, Handwerk und Politik nach Litauen. Die Kleinlitauer selbst haben eine eigenständige Lebensweise entwickelt.“²

Lediglich ergänzend sei dazu noch verwiesen auf eine Bibelübersetzung, die auch den preußischen Untertanen litauischer Zunge den lutherischen Glauben brachte, auf vielfach geförderte litauische Literatur, der Herder große Bewunderung zollte, sowie auf zahlreiche junge Litauer, die auf Staatskosten an der Königsberger Albertus-Universität studierten. Unter ihnen befand sich der spätere Pfarrer Kristijonas Donelaitis [Christian Donalitus] (1714-1780), Schöpfer der litauischen Kunstpoesie und als Darsteller des eina-

² Forschungszentrum der Universität Klaipeda / Memel für die Geschichte Westlitauens und Preußens, Entwurf des Arbeitsprojektes Geschichte der deutschlitauischen Beziehungen in Westlitauen und Preußen vom 27.2.1992, S. 1 f. (Im Original Fußnote 4 d.V.)

chen Volkslebens erster bedeutender Dichter der litauischen Literatur.

Die weitgespannten staatlichen Fördermaßnahmen galten gezielt „Preußisch-Litauen“, wie das Gebiet nördlich des Pregel und um die Memel ganz offiziell hieß mit der (amtlich ebenfalls so bezeichneten) „Litthauischen“ Kriegs- und Domänenkammer bzw. später dem Regierungsbezirk Gumbinnen als Verwaltungsmittelpunkt.

Noch 1910 sprachen rund 75000 meist ländliche Bewohner und damit fast die Hälfte der dortigen Bevölkerung von Hause aus ein Litauisch, das sich vom Großlitauischen deutlich unterschied. Mochten sie einerseits in ihrer bäuerlichen Alltagskultur ein Volkstum sui generis verkörpern, stellten andererseits für sie, eingebettet in streng lutherische Traditionen, eine fast sprichwörtliche Königstreue und patriotische Anhänglichkeit an den preußischen Staat unverrückbare Fixpunkte dar.

Gewissermaßen zur Kehrseite der Medaille hat 1992 Alfonsas Eidintas, damals Vorsitzender des Komitees der litauischen Nationalhistoriker, für die Zeit bis zum Ersten Weltkrieg festgestellt, „daß kulturell Großlitauen die litauischsprachige Bevölkerung Kleinlitauens nicht anzog und wahrscheinlich auch künftig nicht anziehen würde, zumal das Verhältnis durch Unterschiede im kulturellen Milieu, in der kirchlichen Zugehörigkeit, im ökonomischen Niveau und in der Infrastruktur gestört war“.³

Dies alles zusammengenommen erklärt zwei wichtige Verhaltensweisen des größten Teils der Klein- oder Preußisch-Litauer: einerseits ihre offenkundige Indifferenz gegenüber der nationalen Erweckungsbewegung im seit 1795 von Rußland beherrschten Litauen, obgleich (oder auch weil?) Tilsit ab 1883 deren Ausgangspunkt und diese ostpreußische Grenzstadt an der Memel - unter den wachsenden Augen der staatlichen Obrigkeit - in der Folgezeit Sammelplatz litauischer sprachlich-kultureller und politischer Vereinigungen zur Abwehr von zaristischer Russifizierungs- wie polnischer Vereinnahmungspolitik war; andererseits ihre fast durchgängig eindeutige prodeutsche Einstellung vor wie nach der Abtrennung des Memelgebietes vom Deutschen Reich (worauf im nächsten Abschnitt näher einzugehen sein wird).

Wohl gab es seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts wegen Berlins restriktiver Sprachen- und Schulpolitik Spannungen und Reibungspunkte mit den Kleinlitauern, die vor allem, teilweise unterstützt durch preußische Konservative und ostpreußische Schul- bzw. Kirchenbehörden, mit allerdings meist nur höchst ehrerbietig gefaßten Bittschriften die Beibehaltung des muttersprachlichen Religionsunterrichtes verlangten. Diese Vorgänge als planmäßig organisierten Nationalitätenkampf und Ausdruck gewaltsamer Germanisierungspolitik Preußens darzustellen, wie es einige litauische

3 Alfonsas Eidintas, Deutschland und die Staatlichkeit Litauens im 20. Jahrhundert, in: Nordost-Archiv N. F. 1 (1992), H. 2, S. 21. - Seit Ende 1993 ist Eidintas litauischer Botschafter in Washington. (Im Original Fußnote 5 d.V.)

Historiker immer noch tun, ist indessen ebenso abwegig wie die Rede mancher deutscher Kollegen vom „Volkstumskampf“ im Gebiet um die Memel.

Als Hauptkennzeichen für die Zeit vor 1914 ist vielmehr (mit Ulla Lachauer) festzuhalten: „Im Gegensatz zur explosiven ‚polnischen Frage‘ gab es im Nordosten des Reiches wenig nationalpolitischen Zündstoff. Preußisch-Litauen war ein Zwischenland, aber niemals schwankend in seiner Loyalität zur preußischen Monarchie und zum deutschen Staat.“⁴ (S. 10 – 12)

1.2.3 Zitate aus Text 3

Gilbert Gornig, *Das Memelland*, Kulturelle Arbeitshefte 31, Bonn 3. Aufl. 1994

II. Bevölkerung

Die Ureinwohner des Memelgebietes gehörten wahrscheinlich zu den Balten. Cornelius Tacitus nennt sie in seinem Bericht über Germanien „Aestier“. Es handelte sich hierbei möglicherweise um Schalauer und Kuren. Nördlich und östlich von ihnen lebten die Schamaiten. Südlich des Memelflusses siedelten die Pruzzen, östlich der Pruzzen wohnten die Sudauer und weiter östlich die Litauer.

Zu Beginn des 13. Jahrhunderts bewohnten den nördlichen Teil des Memelgebietes in erster Linie die Kuren, während im südlichen Teil die Pruzzen lebten. Das Land war aber sehr dünn besiedelt und größtenteils un bebaut. Eine litauische Urbevölkerung war in jener Zeit nicht vorhanden. Erst im Laufe des 13. Jahrhunderts und im 14. Jahrhundert wanderten wenige Litauer ins Memelgebiet ein. Es waren Flüchtlinge, die wegen ihres christlichen Glaubens aus Litauen vertrieben wurden. Um 1450 erfolgte dann eine stärkere Einwanderung von Litauern, die bis ins 17. Jahrhundert andauerte. Nach dem Schwedeneinfall im Jahre 1626 kamen auch immer mehr deutsche Siedler ins Land. Friedrich Wilhelm I., König von Preußen, bot im Jahre 1732 17000 Salzburgern, die ihres Glaubens wegen aus ihrer Heimat vertrieben wurden, in Ostpreußen eine neue Heimat. In der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts wanderten etwa 1000 Protestanten aus der Schweiz, Hugenotten aus Frankreich, über 130 000 Menschen aus Mittel- und Süddeutschland, etwa 3000 Mennoniten aus Kulm und über 5000 Holländer, Polen, Schotten und Engländer in Ostpreußen ein und ließen sich zum Teil auch im Memelgebiet nieder. Im Laufe des 19. Jahrhunderts nahmen viele Litauer des Memelgebietes die deutsche Kultur und Sprache an. Sie unterschieden sich damit immer mehr von den Litauern jenseits der preußischen Grenze, die unter russischer Herrschaft standen. Sie waren zudem in der Regel evangelisch, während die unter russischer Oberhoheit lebenden Litauer katholisch waren. Infolge der Rezeption deutscher Kultur nahmen die Litauer auch immer häufiger Deutsch als Muttersprache an. Im Jahre 1905 betrug die Gesamtbevölkerung 139 738 Menschen. Nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1910 wohnten 140 675 Personen im Memelgebiet. Davon sprachen 71 114 deutsch, 66 686 litauisch, 69 polnisch, 7 masurisch und 487 eine andere Sprache. Nach der Volkszählung vom 30. September 1920 lebten 140 746 Einwohner im Memelgebiet, von denen 71 156 deutsch, 67 259 litauisch, 126 polnisch und 8 masurisch zur Muttersprache hatten. Die meisten Bewohner

4 Ulla Lachauer, Land der vielen Himmel. Memelländischer Bilderbogen. Die Photosammlung Walter Engelhardt. Berlin 1992, S. 17. (Im Original Fußnote 6)

des Memelgebietes mit nichtdeutscher Muttersprache waren allerdings auch der deutschen Sprache mächtig.

Mehr als 70 % der Bevölkerung arbeiteten in der Land- und Forstwirtschaft. Ein weiterer Teil der Bevölkerung verdiente seinen Lebensunterhalt mit der Fischerei.

(S. 1 und 2)

...

Die Zusammenarbeit der heutigen Bewohner des Memellandes mit den ehemaligen deutschen Bewohnern gestaltet sich positiver als in manchen anderen ehemals deutschen Gebieten. Nicht erst seit der tatsächlichen Wiedergewinnung der litauischen Unabhängigkeit bemüht man sich um die Hilfe der deutschen Memelländer bei der Suche nach den historischen Wurzeln. Gemeinsame Projekte der Landsmannschaft Ostpreußen mit dem Museum wie auch mit der Stadtverwaltung zeigen, daß keine Berührungängste mehr bestehen den Organisationen der Vertriebenen gegenüber, die man ehemals als Revanchisten ablehnte.

Es gibt allerdings noch viele Hürden aus der stalinistischen Zeit zu überwinden. Vielen Litauern fällt es schwer, nach 50 Jahren geistiger Isolierung verwerfliche Praktiken sowjetischer Indoktrination abzuwerfen. Man darf nicht die 700jährige Geschichte der deutschen Siedlung in Ostpreußen, die großen abendländischen schöpferischen Leistungen der Ostpreußen Immanuel Kant, Johann Gottfried Herder, Ernst Wichert, Agnes Miegel, Hermann Sudermann, Simon Dach und vieler anderer wegdiskutieren und ostpreußische Personen- und Ortsnamen litauisieren, mit dem Ziel - entgegen der historischen Wahrheit - eine litauische Herkunft zu konstruieren. Für Geschichtsfälschungen darf in einem freien, zusammenwachsenden Europa kein Platz mehr sein.

Wie weit der Umdenkungsprozeß besonders bei jüngeren Wissenschaftlern inzwischen gediehen ist, und wie weit man sich von der nationalistischen Sichtweise, die auch unter der kommunistischen Herrschaft noch verpflichtend war, entfernt hat, zeigt ein Dokument der 1991 gegründeten Universität Klaipeda.

Da es ein Ansatz ist, der die historischen Wurzeln für eine zukunftsorientierte Arbeit nutzen möchte, sei hier als Abschluß die „allgemeine Existenz- und Arbeitsbegründung“ des „Forschungs-Zentrums für die Geschichte Westlitauens und Preußens“ im Wortlaut wiedergegeben:

„Die Beziehungen zwischen Deutschen und Litauern währen schon Jahrhunderte, und sie waren sehr vielfältig. In den letzten Jahren hat die litauische Geschichts- und Kulturforschung ein wesentlich positiveres Bild dieses Verhältnisses gewonnen. Das protestantische Preußen erwies sich als die Wiege der litauischen Literatursprache, deutsche Pastoren und Professoren haben sie zuerst grammatisch und lexikalisch erfaßt, Buchträger aus Klein-Litauen haben jahrhundertlang Gedrucktes in das polonisierte und russifizierte Großlitauen geschmuggelt. Über Preußen kamen europäische Kultur, Handwerk und Politik nach Litauen. Die Kleinlitauer selbst ha-

ben eine eigenständige Lebensweise entwickelt.

Die politischen Feindseligkeiten der Vorkriegs-, Kriegs- und Nachkriegszeiten haben das Verhältnis zwischen den ehemaligen Nachbarn empfindlich gestört. Das vornehmste kulturpolitische Ziel im Selbstverständnis der Mitarbeiter des Forschungszentrums für die Geschichte Westlitauens und Preußens ist es, an den positiven Traditionen der gemeinsamen Geschichte anknüpfend, zur Wiederherstellung jener vielfältigen guten Beziehungen beizutragen, die für unsere Völker so segensreich waren.

Dazu sind Land, Stadt und Universität Klaipeda, das auf deutsch Memel heißt, der geeignete Ort. Das Land wird zum wichtigsten Fenster des unabhängigen Litauen nach Westen hin, die Stadtbevölkerung und ihre gewählten Vertreter sind heute offen und aufgeschlossen für die Belange der nicht durch ihre Schuld vertriebenen Memelländer, die Universität beweist mit der Gründung des Forschungszentrums und einer Abteilung für evangelische Theologie, daß sie ebenfalls die Traditionen des Landes ehrt. Der Wunsch, die eigenen kulturellen, wirtschaftlichen und menschlichen Beziehungen wieder zu beleben, kann somit Wirklichkeit werden.“ (S. 22 und 23)

1.2.4 Zitate aus Text 4

Neues Denkmal in Klaipeda

aus *Deutsche Nachrichten für Litauen* Nr 9 (148) September 2003

Am 8. August 2003 wurde am Dangeufer neben der Börsenbrücke das Denkmal „Triumphbogen“ als Erinnerung an den 85. Jahrestag des Tilsiter Aktes und den 80. Jahrestag der Angliederung des Memellandes an Litauen feierlich eingeweiht.

Als Motto für die Einigkeit Litauens wurden auf dem oberen Teil des Denkmals folgende Worte der Schriftstellerin Ieva Simonaityte eingemeißelt:

„Wir sind ein Volk, ein Land, ein Litauen“.

Die Autoren dieses 8 m hohen und größten in Litauen Denkmals sind Bildhauer

Arūnas Sakalauskas, Architekt Ričardas Kriciapavičius und Konstrukteur Tautvydas Tubis. ...

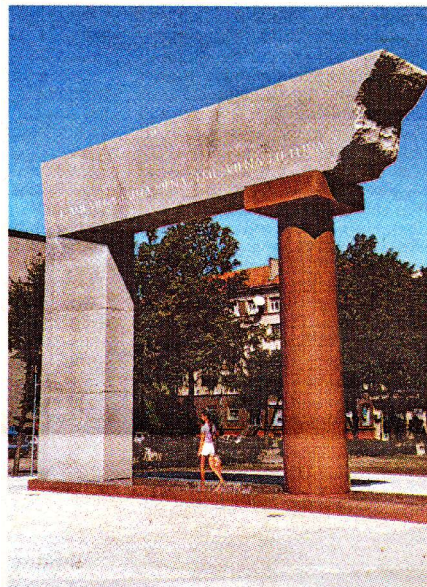
... Den Auftakt der Feierlichkeiten bildete der symbolische Tanz, mit dem die Vereinigung Groß- und Klein-Litauens dargestellt werden sollte.

Der Ministerpräsident Algirdas Brazauskas freute sich in seiner Rede über das neue Denkmal, das der Einigkeit Litauens gewidmet ist, und dankte allen Beteiligten, ...

Der Vorsitzende des Organisationskomitees für Denkmalerichtung, Valentinas Greičiūnas, bemerkte in seiner Rede, daß erst heute einem der wichtigsten Ereignisse in der litauischen Geschichte - der Angliederung des Memellandes an Litauen am 15. Januar 1923 - ein würdiges Denkmal gesetzt wurde. ...

Der Bürgermeister Rimantas Tarackevičius freute sich über die gepflegte Grünanlage am Dan-geufer und äußerte die Hoffnung, daß diese Stelle zu einer Sehenswürdigkeit für Stadtbesucher und zu einem beliebten Treffpunkt für Stadtbürger wird.

Das Denkmal wurde vom katholischen Bischof Jonas Boruta und dem Konsistorialrat der evangelischlutherischen Kirche Darius Petkūnas geweiht mit dem Wunsch, daß dieses Denkmal zu einem Triumphbogen der Liebe und Hoffnung wird. Die Zukunft wird zeigen, ob dieser Wunsch wirklich in Erfüllung geht.



Das neue Denkmal "Triumphbogen" in Klaipėda. Foto: Antanas Stanevičius

In den *Deutschen Nachrichten für Litauen* Nr. 3 (142) vom März 2003 war zu lesen:

Bildhauer Arūnas Sakalauskas:

Für den „Triumphbogen“ wurde Granit von zwei Farben - hellgrau und rosa - gewählt. Die größere Säule und der obere Teil mit einem abgespaltenen Ende wird grau sein und Großlitauen symbolisieren. Die runde Säule ist ein Symbol für Kleinlitauen als „Stütze“ unserer Kultur. Sie wird rote Farbe haben. Es wird auf die Architektur des Memellandes

apellieren. Außerdem ist rot die Farbe des Sieges und der Freude sowie ein Akzent der Volkstracht.

Was bedeutet der abgebrochene Teil des Balkens? Ich hatte einen heimlichen Gedanken, daß noch nicht das ganze Litauen zusammengeschlossen ist, ein Teil blieb hinter der Memel... (...)

Am Fuße des Denkmals wird übrigens niemand Blumen niederlegen. Hier wird es auch keine Versammlungen oder Festakte geben. Unter der Wölbung des „Triumphbogens“ werden einfach Menschen spazieren, wie durch ein Tor, das dem Leben offen ist.

(Ende der Zitate im ersten Block)

1.3 Die eigene Sichtweise

Die Litauer haben eine große Vergangenheit hinter sich, sie haben eine gemeinsame Geschichte mit den Polen, ihnen wurde lange Zeiten die Eigenstaatlichkeit vorenthalten, sie wurden vom deutschen wie vom russischen und sowjetischen Staat betrogen. Die Litauer müssen sich in einer neuen politischen Lage erst einmal selber finden und haben daher sicher ein Nachholbedürfnis in Sachen Nationalismus, den wir bei uns in der nicht weniger gefährlichen Form des Selbsthasses und der politischen Selbstkasteiung ausleben.

Wenn die Deutschen immer noch als die ehemaligen Besatzer des Memellandes definiert werden, dann ist das sicher ein Nachklang der jahrzehntelangen Desinformation. Es ist auch kein Kompliment, daß die Deutschen gegenüber den Russen als die weniger schlimmen Babaren dargestellt werden. Die Litauer müssen sich als kleines Volk jetzt darauf konzentrieren, wie sie die Besatzer und Unterdrücker aus dem Osten und die „Besatzer“ und Veräter aus dem Westen zu dauerhaften Freunden machen. Die Flucht in die Nato ergibt nur eine Scheinsicherheit auf die nicht gebaut werden sollte. Kein Land ist schuldlos an der Entwicklung in der Vergangenheit. Jedes Land – auch die kleinen – sind Verantwortlich für das Geschehen in der Zukunft.

Bei politisch-geschichtlichen Betrachtungen stelle ich mir selber immer wieder die Frage: Wie weit kann man den einzelnen Zivil-Bürger die Haftung für das aufladen, was er als Staats-Bürger aufgrund politischer Desinformation und eingeübtem Gehorsam gegenüber dem Staat als Übertäter getan, unterlassen oder verbrochen hat? Die Vergangeheitsform – gewählt für das vorige Jahrhundert – schließt die Gegenwart und Zukunft nicht aus. Das Böse in der Politik ist gegenwärtig und ist für die Zukunft nicht auszuschließen. Gibt es bei dem Handeln aus Glauben, Gehorsam, Unwissen und partieller Einsicht überhaupt einen Unterschied zwischen den Menschen verschiedener Nationen? Weder die Schuldigen-, noch die Opfer- und Siegermentalität ist eine gute Basis für eine humanere, angst- und gestaltungsfreie Zukunft der Völker.

Die Geschichte – wenn sie ehrlich betrieben wird, was offensichtlich schwer ist – kann uns sicher hier und dort zeigen, wo wir als Einzelne oder als Völker falsch gedacht, geurteilt und gehandelt haben. Für die gedeihliche Entwicklung der Völker ist besonders wichtig daß die beiden wichtigsten gesellschaftlichen Kommunikationssysteme, die Sprache und das Geld, voll funktionsfähig sind.⁵ Hätten zum Beispiel die Demokraten (allen voran die Sozialdemo-

5 Als drittes Kommunikationssystem würde ich die Summe der Rechtsnormen benennen. Dieses System leidet unter dem Mangel an Klarheit, der Überschaubarkeit und der Übertragbarkeit. Das mangelnde Verständnis für die Bedingungen einer freien Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung wird durch eine Regulierungswut kompensiert. Der Westen unterscheidet sich da nicht groß vom untergegangenen alten Osten. Es dauert nicht

kraten) in der Weimarer Republik etwas von der Währung verstanden oder wären wenigstens ihre Gehirne nicht gegen Aufnahme neuer Vorstellungen aufgrund ideologischer Fixiertheit blockiert gewesen, dann wäre uns Hitler erspart geblieben. „Hitler erspart geblieben“ heißt aber noch nicht „Krieg erspart geblieben“. Der Krieg ist nämlich eine Bedingung des Kapitalismus. Ohne wiederkehrende Zerstörungen ist die Kapitalrendite nicht aufrecht zu erhalten. Wenn ich von Kapitalismus spreche, meine ich nicht die Marktwirtschaft als Koordinations- und Kooperationstechnik. Ohne Marktwirtschaft ist eine dezentrale Ordnung mit freien und autonomen Menschen oder Völkern nicht machbar. So wie es ehrliche Wechselkurse zwischen verschiedenen Währungen geben muß – wenn nicht Unfrieden aufkommen soll -, so muß es auch untereinander einen ehrlichen Umgang mit den Sprachen, ihren Ursprüngen und Verortungen geben.

Das die Nationalsozialisten ihre unsinnige Ideologie und ihre menschenfeindlichen Befehle in der deutschen Sprache transportierten, kann man nicht der deutschen Sprache anlasten. Bei der Tauglichkeitsprüfung für eine europäische Kommunikation muß die deutsche Sprache gleichrangig mit anderen Sprachen auf den Prüfstand kommen. Und für die europäische ge-
deihliche Entwicklung ist es wichtig, daß die deutsche Sprache nicht dort mißachtet wird, wo sie mitentwickelt worden ist - sei es durch die Tilgung deutscher Ortsnamen oder durch die Untauglichkeitserklärung der deutschen Sprache als Fremdsprache. Ich denke in diesem Zusammenhang dabei an ehemalige deutsche Gebiete, die heute zu Polen, Rußland und Litauen gehören.

Wenn die Entwicklung weiter dahin geht, daß die Staatsgrenzen zu Verwaltungsgrenzen werden, betrachte ich persönlich die verlorenen Staatsgebiete als kein großes Problem. Wenn jeder Bürger jedes Landes sich dort niederlassen und entfalten kann, wo er es für sinnvoll hält, glauben kann, was er will und sprechen kann wie er will, dann ist das ein Gewinn für alle.

Deutschland selbst ist auch durch die Überwindung von zahlreichen Staatsgrenzen entstanden. Die Grenzverschiebungen und -streitigkeiten die es auf dem Gebiet, das sich Deutschland nennt, gegeben hat, sind vermutlich gar nicht zählbar. Die Sprache des Bayern ist in Ostfriesland, die des Ostfriesen in Bayern immer noch unverständlich. Das bindende Band ist ein leidlich erlerntes Hochdeutsch. Die Situation wird in 100 Jahren in Europa ähnlich sein. Die Frage ist nur, welche Sprache(n) die Verbindungs- oder Brückenfunktion erhalten wird (werden). Die Entscheidung fällt in einem permanenten Wettbewerb. Wer den Deutschen vorwirft, daß sie sich mit ihrer Sprache an diesem Wettbewerb beteiligen, hat nicht erlebt, wie die eigene Sprache unterdrückt oder benachteiligt wurde oder er hat das Prinzip Freiheit – dessen Bedingung der Wettbewerb (auf allen Ebenen, in allen Bereichen) ist – nicht verstanden.

Eine Anmerkung zum „Triumpfbogen“. Denkmäler sind Lesezeichen im großen Buch der Geschichte. Es ist verständlich, daß die Menschen jeglicher Zeit für ihren Zeitabschnitt ein Lesezeichen produzieren, ein Denkmal setzen möchten. Es ist auch verständlich, Menschen solche Denkmäler schleifen möchten, die eine überwundene schlechte Zeit symbolisieren. Die Demontage von Denkmälern ist aber ein rücksichtsloses Verhalten gegenüber den nachfolgenden Generationen, weil denen der Zugang zur verflissenen Zeit erschwert wird.⁶ Den Litauern sei-

mehr lange, dann wird Brüssel ein Synonym für Unterdrückung sein, wie es Moskau war (und wenn wir nicht aufpassen zusätzlich wieder sein wird). Das Schlimme ist zudem, daß die Idee des Rechtsstaates durch die Fülle der Gesetze und Verordnungen sabotiert wird. Rechtsstaatlichkeit kann es nur geben, wenn wenigstens noch den den Spezialisten das Recht verständlich ist. Das ist aber nicht mehr der Fall.

6 „Vor der Turnhalle befanden sich innerhalb einer Umzäunung das Standbild von Kaiser Wilhelm I., der als kleiner Bub mit seiner Mutter Königin Luise 1807/08 in Memel war, sowie das Borussia-Denkmal, das im Jahre 1912 von Kaiser Wilhelm II. Als Nationaldenkmal eingeweiht worden war. Beide Denkmäler hatten die Litauer nach ihrem Einmarsch 1923 von ihren Sockeln gerissen.“ Herbert Preuß in „... Wo das Deutsche

en Denkmäler gegönnt, die ihre wiedergewonnene Eigenstaatlichkeit symbolisieren. Den Großlitauern sei auch gegönnt, daß die Geschichte ihren alten Wunsch, die Kleinlitauer zu vereinnahmen, ohne Eigenleistung erfüllt hat und diese Freunde mit einem sichtbaren Zeichen zu dokumentieren. Nur eine Annexion im Jahr 1923 eine Angliederung zu nennen ist eine Geschichtsklitterung. Solches Denken macht die „Wölbung des 'Triumphbogens'“ eben nicht zu einem „einem Tor, das dem Leben offen ist“. Der „Triumphbogen“, der kein Bogen und kein Tor ist, kann im positiven Sinn als ein Denkmal der Brüche in der Geschichte bezeichnet werden. Im negativem Sinne ist das Denkmal ein Triumph der Geschichtsklitterung. Aber vielleicht entwickeln ja die Klaipedianer den respektlosen Witz, mit dem Berliner Gebäude und Monumente betiteln. Mein Vorschlag für das Denkmal in Memel / Klaipeda wäre abstrahierend: *Kopfloser Pirat mit Holzbein*.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Einschub I / Information über Litauen

Im Internet fand ich unter <http://kurier.at> folgenden Text:

Litauen: Geister der Vergangenheit



Lenin hat in Litauen ausgedient. Die Schrecken der Sowjetzeit aber belast auch noch heute.

Abtransport in einem Viehwagon in einen Vergnügungspark mit dem Spitznamen "Stalins Welt": Das war für viele Litauer doch etwas zu dick aufgetragen. Wütende Polemiken in den Zeitungen, Protestkundgebungen, öffentlicher Unmut – nach einer Weile musste Viliumas Malinauskas klein begeben und stutzte sein gewagtes Projekt etwas zurecht.

Grutas Park

"Grutas Park", so der offizielle, aber selten genannte Name des Freiluftmuseums unweit der Hauptstadt Vilnius, wird jetzt ganz bieder mit dem Bus angefahren. Wären da nicht der Staheldrahtzaun und die Wachtürme, die Anlage würde idyllisch wirken. Einsam und ein biss-

Reich ein Ende hat / Ein 'Schmelzer Bowke' aus Memel erinnert sich“, Seite 56

chen verrottet stehen sie auf den Lichtungen des Birkenwäldchens, die riesigen Statuen aus der Zeit, als Litauen noch Teil der Sowjetunion war: Stalin, Lenin und Karl Marx.

Litauen hat sich von der UdSSR, vom Kommunismus und damit auch von dessen Denkmälern mit Nachdruck verabschiedet. Kurioserweise hat mit Malinauskas ein Mann die Statuen von den Abfallhalden gerettet, der wie kaum ein anderer für das neue Litauen steht. Mit Pilzen, die er nach ganz Europa exportiert, ist der 60-Jährige zu einem der reichsten Männer des Landes geworden.

So leichtfertig wie der Schwammerlmillionär können nicht alle Litauer mit der Sowjetvergangenheit umgehen. Zehntausende Menschen wurden nach Sibirien deportiert, viele der Rechnungen zwischen jenen, die mitmachten, und jenen, die litten, sind noch offen. "Wer einen Bruder oder einen Onkel im Gulag verloren hat, kann es schwer ertragen, dass die Kollaborateure heute noch in der Politik die Fäden ziehen", spricht der bekannte litauische Schriftsteller Antanas Gailius die Gefühle vieler seiner Landsleute an.

Grossreich

Nicht nur mit dem vertrauten, aber doch ein wenig übergroßen Nachbarn Russland hat man viel gemeinsame Geschichte. Polen war einst, im 16. Jahrhundert, Teil eines litauischen Großreichs. Die deutschen Ordensritter holten sich hier im Mittelalter blutige Nasen. Die Nazis fanden nach der Besetzung Litauens hier genug willige Kollaborateure für die Judenvernichtung.

Mit vielem, gerade aus der jüngeren Geschichte, hat man rasch abgeschlossen, in einer Politik, die Antanas Gailius "das Experiment des dicken Striches" nennt. Angetrieben vom nun erreichten NATO- und EU-Beitritt, kümmerte man sich um die boomende Wirtschaft, um den Weg Litauens zurück nach Zentraleuropa. Dorthin, wo man in der Überzeugung der Menschen seit jeher hingehört. Doch die Diskussion über manches Unangenehme, gibt sich der Schriftsteller überzeugt, steht noch aus: "Wir sind noch nicht fertig mit der Geschichte."

Einschub I Ende

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

2. Eindrücke in Oblast Kaliningrad

Das nördlich Ostpreußen mit Königsberg als Geburtsstadt des preußischen Staates, heute Oblast Kaliningrad genannt, interessiert mich vor allem als mögliches europäisches autonomes Gebiet, in dem modellhaft mit begrenztem Risiko entwickelt werden könnte, was Europa, ja die Welt dringend gebraucht: Neue Strukturen in denen Frieden, Freiheit und Wohlstand gedeihen können oder Ostpreußen wieder zu dem machen, was es einmal war – ein europäisches Siedlungsgebiet. Die Entwicklung hätte mit dem Einsetzen von Glasnost und Perestroika einsetzen können, doch die deutsche Politik, die sich von der aufgeladenen Schuld in der Nazizeit her definiert, konnte die Chancen nicht sehen und fördern. Hinzu kommt, daß die Politiker, die bei uns seit Bestehen der BRD das Sagen hatten bzw. haben selten ein Verständnis für die Geschichte und das Entwicklungspotential des ehemaligen deutschen Osten hatten bzw. haben. Ich argumentiere hier nicht nationalistisch, für ein zurück ins Reich - nationalistisch ist die Vereinigung von DDR und BRD verlaufen, das Volk war nur zahlender Zuschau-

er -, sondern ich verweise auf fehlenden politischen Gestaltungswillen, der uns Deutschen angemessen und unseren Nachbarn nützlich wäre.⁷ Zu viele Politiker glauben immer noch, die Schuld, die wir Deutschen in der Vergangenheit auf uns geladen haben, könnten wir wie eine Geldschuld tilgen oder neuerdings als militärische Hilfssherifs begleichen. Das ist ein Irrtum. Nicht der Rassismus hat uns das Elend des Nationalsozialismus gebracht, sondern die massenhafte Verelendung der Menschen aufgrund untauglicher Denkfiguren in den Köpfen der Demokraten, der intellektuellen Blindheit der Sozialwissenschaften und der politischen Verbohrtheit bei den Nazigeignern.

Daß sich eine kriegerische Auseinandersetzung um das nördliche Ostpreußen verbietet, versteht sich hoffentlich von selbst. Jede wesentliche Änderung in Osteuropa muß ein Vorteil für alle bringen: für die heutigen Bewohner, für Rußland, für Polen und für Europa insgesamt. Ein Preis, den wir bezahlen müßten, wäre sicher die Aufkündigung der NATO. Aber das ist ein Preis, der sowieso für die eigenständige Entwicklung Europas und für die Herstellung eines notwendigen Gleichgewichts der Mächte in der Welt zu zahlen ist.

Wenn ich die Informationen, die ich aufgenommen habe, richtig deute, dann gibt heute drei Gruppen von Bewohnern in der Oblast: a) solche, die sich als Russen in Rußland fühlen, b) solche, die meinen, sie seien unrechte Nutzer der Häuser und des Landes, ihr Schicksal sei es, bald wieder vertrieben zu werden und c) solche, die eine Angliederung an ein westliches Europa anstreben. Alle gemeinsam wünschen sich bessere realistische Perspektiven für alle Lebensbereiche. Ich habe keine Vorstellung davon, wie die quantitative Verteilung der verschiedenen Positionen ist. Gehen wir einmal davon aus das die Wir-sind-Rußland-Fraktion die stärkste ist und sich auf Dauer durchsetzt. Es bleibt dann die Frage für die geographischen Inselrussen, welche Fremdsprache sie dominant für die Kommunikation mit dem Westen wählen sollen: Französisch, Englisch, Polnisch, Litauisch oder Deutsch. Gehen wir davon aus, daß zur Zeit die deutsche Sprache bei den Russen noch die gängigste Fremdsprache ist, dann hat das Deutsch durchaus eine Chance. Aber nur dann, wenn sie eine aktive Förderung erhält. Es ist ja auch wohl nicht mehr so, wie Boris Jelzin über seine Schulzeit schreibt: „Wir lernten damals zwar Deutsch in der Schule, wurden aber ziemlich gegen die Deutschen aufgehetzt.“⁸

Die Deutschlehrerinnen und -Lehrer in der Oblast Kaliningrad wurden in der Mehrzahl noch in der DDR ausgebildet und wurden in ihrer Arbeit auch von dort unterstützt. Diese Unterstützung ist bekanntlich weggefallen und wurde – soweit ich es begriffen habe – nicht von den vereinigten deutschen Staaten fortgeführt. Die Vermittlung der deutschen Sprache ist daher aufgrund von Personalmangel und unzureichenden Unterrichtsmaterials schwierig. Aber: Die deutsche Sprache könnte durchaus eine Vermittlerfunktion im Osten Europas übernehmen, besonders dann, wenn mit ihr keine Herrschaftsallüren mehr transportiert werden.

Wir drei, mein Bruder, mein Neffe und ich waren im Besitz der Visa für die geplante Fahrt in die Oblast Kaliningrad, aber es hatte sich herausgestellt, daß wir mit dem Mietwagen, den mein Neffe für Palanga geordert hatte, aus versicherungsrechtlichen Gründen nicht in die Oblast Kaliningrad fahren durften. Die Bahn von Tilsit / Sovetsk nach Angerapp / Osjersk besteht nur ruinenhaft und eine Busverbindung konnten wir nicht ausmachen. Mein Neffe hatte aber per Internet und Telefon Kontakt über einen Arbeitskreis zu einer Deutschlehrerin in Osjersk aufgenommen. Diese erklärte dann, sie und ihr Mann würden uns abholen. Wer bei uns würde eine so lange Fahrt machen, um Fremde abzuholen und ohne Gewißheit, daß wenigstens die Benzinkosten wieder rein kommen? Tilsit machte einen düsteren Eindruck, die Stra-

7 In einem anderen Text gehe ich darauf ein, daß wir heute genau blind und mörderisch sind wie die Nazis. Keine Mörder, die mit Gas hantieren, sondern solche, deren Mordwaffe die ökonomische Ignoranz ist.

8 Boris Jelzin, Aufzeichnungen eines Unbequemen, 1919, S. 31

Ben in der Stadt sind katastrophal. Die Landstraßen waren – bis auf Bahnübergänge – in einem erstaunlich guten Zustand. Aber am Ziel angekommen, mußte der Auspuff erst einmal wieder angeschweißt werden. Aber auch auf dieser Fahrt konnten wir nachempfinden, was gemeint ist, wenn in der Literatur von der ostpreußischen Weite die Rede ist. In Angerapp gab es schon auf die Gebäude bezogen farbige Tupper. Aber auf die Frage, was denn in der Oblast am dringenden gebraucht würde, erhielten wir die Antwort, daß es keine Dringlichkeitsliste gäbe, weil alles gebraucht würde. Wir waren auch auf dem Gut mit den Trakenern (und anderen Pferderassen). Daß Gut soll wieder im Originalzustand aufgebaut werden und der Baufortschritt ist erheblich. Erstaunlich ist, daß das alles von einer Person aus Moskau finanziert werden kann.

Auf der Hinfahrt nach Angerapp hatten wir schon ein Halt in Drachenberg gemacht, wo das Gut sein sollte, auf dem unser (Ur-)Großvater Ferdinand Abromeit (1850 – 1928) aufgewachsen ist. (So ganz sicher waren wir aber nicht, ob die Kellerruine die Reste von dem Haupthaus waren, von dem wir ein Bild mit hatten.) Das Gut ist aber der Familie nicht erst durch den Krieg verloren gegangen, sondern schon vorher. Wir haben aber keine Ahnung, welche Vorgänge dazu geführt haben. Wenn man jung ist, interessieren in der Regel solche Fragen nicht und wenn man alt ist, ist niemand mehr da, den man fragen kann. Wenn ein Leser dieser Zeilen zufällig Angaben machen kann über meinen Urgroßvater Christian Abromeit und der Urgroßmutter Dorothea geborene Ehrenteit und dem Gut Klein Kallnen / Drachenberg, kann er uns helfen, etwas Licht in das familiengeschichtliche Dunkel zu bringen.⁹ Es ist ja gerade nicht schön, wenn man bei Fragen der Enkel zur Familiengeschichte wie ein Depp darsteht.

In Angerapp / Osjorsk konnten wir nach einigen Hindernissen auch noch das Museum besichtigen. Es ist noch sehr bescheiden in der Ausstattung, aber auf Initiative eines einzelnen Mannes entstanden. Er sagt, daß er deutsch lesen kann, aber nicht sprechen. Sein größter Schatz ist wohl eine Sammlung alter Postkarten und ein altes Butterfaß, das bis vor kurzem noch benutzt wurde. Soweit ich verstanden haben, hat auf Drängen der Alteigentümerin eines Gebäudekomplexes, die jetzt in Australien lebt, die Stadt dem Museumspinonier zwei Räume in einem „Teehaus“ genannten Hintergebäude zur Verfügung gestellt. Der Mann ist im Rentenalter, kann von der Rente nicht leben und muß daher noch mehrere Teilzeitarbeiten ableisten. Er hat natürlich kein Geld um sein Museum zügig weiter auszubauen. Es gäbe durchaus noch interessanten Objekte in der Gegend für das Museum, aber die Leute seien so arm, daß sie diese ohne Bezahlung nicht herausrücken würden. Wir haben uns beide angesehen, als hätten wir uns gegenseitig viel zu sagen. Aber wieder war es eine Situation, wo zwei Menschen keine gemeinsame Sprache hatten. Unser Museumsman, ich habe seinen Namen leider vergessen hat zwei Räume und das Treppenhaus zur Verfügung gestellt bekommen. In dem einen Raum will er die deutsche Geschichte bis Kriegsschluß und in dem anderen Raum die russische Geschichte danach dokumentieren.

Zu Hause angekommen, habe ich im Büchernachlaß meiner Wahlverwandten Isa Bening, mit der ich ein halbes Jahrhundert verbunden war und die im vorigen Jahr neunzigjährig verstorben ist, ein im Hinblick auf das Thema interessantes Büchlein gefunden. Der Titel: „Russischer Sprachhelfer mit besonderer Berücksichtigung der ländlichen Verhältnisse“ (für Kriegsgefangene) von Hans zur Loye, übersetzt von Viktor Nossow. Erschienen ist der Sprachhelfer, in dem ich kein abfälliges Wort gefunden habe, 1942, daß war die Zeit als Isa Bening als Werksfürsorgerin in Eisenach die ärgsten Bedrückungen der Fremdarbeiter zu

9 Ich selber soll viel Ähnlichkeit mit meinem Großvater mütterlicherseits haben und der war Ostfrieser.

mildern suchte.¹⁰ Da die Post in die Oblast Kaliningrad aufgrund der herrschenden Armut wohl ständig geplündert wird, muß ich eine Gelegenheit abwarten, meinem Freund des Augenblicks das kleine Buch für sein Museum zu übermitteln.

Bis auf die Ausnahme, die der stellvertretenden Bürgermeister darstellt, mit dem ein Gespräch geplant war, der aber wohl keine Lust oder keine Zeit hatte bzw. uns für zu unbedeutend empfand und sich deshalb nicht aufraffen konnte, sind wir überall herzlich und mit großer Gastfreundschaft aufgenommen worden. Unser „Taxifahrer“ und unsere „Fremdenführerin“ haben uns für die Nacht bei ihren Nachbarn untergebracht. Und nun das Unvorhergesehene: Der Hausherr, so etwas wie der Bezirksbürgermeister (sie, Tierärztin in einer staatlichen Veterinärstation) sagte, als er unser Bild mit Gutshaus sah. „Ja, ich kann Euch zeigen, von wo die Aufnahme gemacht wurde. Als ich die Leitung der Sowchose übernahm, habe ich in dem Haus gewohnt. Vor zwei Jahren wurde das Haus abgerissen und die Steine wurden verkauft. Mit dem Verkaufserlös wurden Schulden für Treibstoff bezahlt. Es waren die Ruinen, die wir schon gesehen hatten, und die wir dann nochmals besichtigten. Auf dem Heimweg mußten wir gleich noch eine Familie besuchen, die in einem Siedlungshaus in der Nähe des ehemaligen Gutes wohnt.

Unsere Gastgeber waren gar nicht gut auf Gorbatschow zu sprechen. Das ist auch kein Wunder, denn anders als wir müssen die Russen ihn nicht als Überwinder des Eisernen Vorhanges sehen, sondern als Zerstörer von Strukturen, in die man viel investiert hatte. Boris Jelzin bezeichnet Gorbatschow in seinem weiter oben erwähnten Buch (S. 287) als seinen ewigen Widersacher und Verfechter halbherziger Maßnahmen. Ich denke Gorbatschow wird man so nicht gerecht. Einerseits: Zu erkennen, daß die Zeit von Institution und ihre strukturelle Vernetzung abgelaufen ist und dann das Verfallsdatum auch offen zu benennen ist eine große Leistung. Andererseits: Bei einer Auflösung von Strukturen keine Rücksicht auf das Fußvolk zu nehmen, die die Zeichen der Zeit eben etwas langsamer verstehen, hätte ihm doch wieder den Ruf eines Diktators eingebracht. Die Schwäche Gorbatschows ist eigentlich die Schwäche der Politik- und Wirtschaftsberatung des Westens, diese hat die russische Gesellschaft wieder in eine Situation gebracht, die einst zur Revolution und zum Stalinismus geführt hat. Deutschland hat dabei keine gute Rolle gespielt. In einem anderen Zusammenhang habe ich deshalb schon gesagt: „Der Bundestag hat die Opfer der russischen Revolutionen und des Stalinismus aus Blindheit noch einmal erschlagen.“ Und diese weiter währende Blindheit hat uns nicht nur die neuen derzeitigen Montagsdemonstrationen¹¹ gebracht, die aus Gefühlen der Ohnmacht auf der einen und vom Unverstand auf der anderen Seite gespeist werden, sondern an anderen Orten wieder Tod und Verderben gebracht:

10 Es kann auch sein, sie sich die Übersetzungsfibel in Berlin angeschafft hat, als sie im Krieg neben dem Studium der Psychologie an der Humboldtuniversität bei Siemens gearbeitet hat. Studium bedeutete damals zusätzlich regelmäßige Brandwache und ständig Fliegeralarm. Was wissen die heutigen Studenten, die glauben ein angeborenes Recht auf ein unentgeltliches Studium zu Lasten derer zu haben, die im Arbeitsprozeß stehen, von dem Studium unter Kriegs- und Nachkriegsbedingungen? Ich verleugne gar die Last, die es in der Regel für die Familien bedeutet, Kinder durch die Ausbildung, durch das Studium zu bringen. Von meinen sieben Kindern sind noch drei vor oder auf diesem beschwerlichen Weg und die Enkel rücken schon nach. Ich sage hier nur, es wird auch hier mit falschen Mittel an der falschen Front gekämpft. Im übrigen erfahren wir in Angerberg / Osjerks, daß es für sowjetische Studenten eine Auszeichnung war, an der Humboldtuniversität studieren zu dürfen.

11 Die Regierungskoalition an SPD und Bündnisgrüne beklagen den Mißbrauch des Symbolwertes der Montagsdemonstrationen, die 1989 zur Auflösung des SED-Regimes beigetragen haben. Diese Kritik ist unberechtigt, denn es gilt heute das SED-hafte in den vereinigten Republiken zu bekämpfen. Dieses SED-hafte wird nicht so leicht sichtbar im direkten Vergleich von DDR und BRD (alt und neu), sondern im Vergleich mit dem aus politischer Dummheit unterdrückten Entwicklungsmöglichkeiten in Richtung Freiheit und Gerechtigkeit. (Ich urteile auch als Gründungsmitglied der Partei Die Grünen.)

„Die vier apokalyptischen Reiter der Unterentwicklung heißen Hunger, Durst, Seuche und Krieg. Sie zerstören jedes Jahr mehr Männer, Frauen und Kinder, als es das Gemetzel des Zweiten Weltkriegs in sechs Jahren getan hat. Für die Menschen der Dritten Welt Welt ist der > Dritte Weltkrieg < in vollem Gange. Tag für Tag sterben auf unserem Planeten ungefähr 100000 Menschen an Hunger oder an den unmittelbaren Folgen des Hungers.“ ...

So Jean Ziegler in „Die neuen Herrscher der Welt und ihre globalen Widersacher“, 2003, S. 13.

Die Mitwirkung an eine Welt, die offen ist und doch heimatliche Geborgenheit bietet - in der höchstens das Fernweh die Menschen von zu Hause weg treibt -, an eine Welt, in der das sozialistische Ideal der Überwindung der Ausbeutung mit dem liberalen Ideal der individuellen Freiheit eine Hochzeit eingeht, das ist der Widergutmachungsauftrag der Deutschen.

3. Förderung der Deutschen Sprache bei unseren östlichen Nachbarn?

Für viele Menschen in den östlichen Staaten Europas war und ist die deutsche Sprache das Tor zum Westen. Die politische Bewertung und Förderung durch die jeweiligen Regierungen dieser Staaten war wohl immer wechselhaft. Ich erinnere mich an einem Bildungsurlaub Anfang der siebziger Jahre. Die Teilnehmer waren überwiegend Rußlanddeutsche. Auf der langen Bußfahrt in den Schwarzwald haben sie unentwegt deutsche Volkslieder gesungen. Sie berichteten, daß sie unter Stalin kein Deutsch lernen durften. Da man ihnen aber nicht das Singen verbieten konnte, hätten sie über die Lieder die deutsche Sprache erlernt.

Ich habe schon den russischen Museumspinonier erwähnt, der Deutsch lesen, aber nicht sprechen kann. Ich habe berichtet von dem Wegfall der Förderung des Deutschunterrichtes der DDR für das Oblast Kaliningrad. In Klaipeda mußten wir vernehmen, daß die Förderung des Deutschsprachunterrichtes im Simon-Dach-Haus durch das deutsche Innenministerium stark eingeschränkt wird. Wir haben eine Redakteurin einer zweisprachigen Zeitung getroffen, die Deutsch lesen aber nicht sprechen kann. Wir haben ausführlich mit der liebenswürdigen Roza Šikšnienė gesprochen. Sie ist Sibiren geboren, wohin ihre Mutter verschleppt wurde. Deutsch kann sie nur deshalb sprechen, weil das Schicksal sie für eine Zeit in eine deutschsprachige Familie verweht hat. In ihrem Studium der Geschichte gab es noch keine Geschichte der Deutschen in Ostpreußen. Ihre Mannschaft, die die deutschen Spuren im Memelland sichern hilft, bedürfte dringend der deutschen Sprachförderung. Wir haben aber auch junge Menschen getroffen, die das Glück hatten, in der jüngsten Vergangenheit in Deutschland ihre Deutschkenntnisse zu verbessern. Auch ein Amerikaner, der ausgezeichnet deutsch sprach, fällt mir dabei ein. Er gehörte zu einer Gruppe von Fahrrad-Touristen, die von einem jungen Litauer, der auf einen Studienplatz in Deutschland hofft, angeführt wurde. Der Amerikaner hatte in den sechziger Jahren ein Zusatzstudium in Handelsrecht in Hamburg absolviert.

Mir ist aber auch eine Klage eines litauischen Professors, deutscher Herkunft in Erinnerung der sich gemobbt fühlte, weil er seine Kinder auf eine deutsche Schule gehen ließ. Sein Frage war, warum darf ich meine Kinder nicht unbeschwert Deutsch als erste Fremdsprache lernen lassen, es die Sprache meiner Mutter, die an zu eignen mir verweht wurde. Diese Klage hätte ich gerne wortwörtlich wiedergegeben, aber ich habe den Text nicht mehr gefunden. Dafür fand ich aber einen Bericht aus der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung (der Verlag wurde - nach Aussagen eines Nachbarn von mir - von einem Litauer gegründet) vom 21. 8. 1998 in der über die einzige deutschsprachige Zeitung in Israel und der rüstigen Chefredakteurin Alice

Schwarz-Gardos, Jahrgang 1916 berichtet wird. Es ist eine sterbende Zeitung, weil auch in Israel das Deutsch zu wenig gepflegt wird. „Jede Todesanzeige bedeutet einen Abonnenten weniger“ heißt es. Aber: 'Eine Geburtsanzeige bedeutet nicht einen neuen Leser mehr.'¹²

Wir haben also Grund genug die deutsche Sprache im Ausland und besonders bei unseren östlichen Nachbarn zu fördern. Ich halte dies Förderung aber nicht für eine Aufgabe des deutschen Staates¹³, sondern eher die Aufgabe von Vereinigungen unabhängiger Bürger, wie die des Vereins Deutsche Sprache e.V.¹⁴

Wir haben aber auch allen Grund klar zu machen, daß mit der Förderung der deutschen Sprache keine Rückeroberung Ostpreußens oder der Dominanz der Deutschen in der Politik Europas gemeint ist. Andererseits dürfen wir aber Behinderungen der Vermittlung der deutschen Sprache offen zurückweisen. Den nationalistisch orientierten Litauern muß auch gesagt werden, daß vor und nach dem Eisernen Vorhang die Litauerinnen und Litauer wegen ihrer Sprache und Kultur im Westen nicht behindert wurden. In Deutschland (west) hat die litauische Schule Tradition. Der neue litauische Präsident Valdas Adamkus hat, wenn ich es richtig gelesen habe, sein Abitur in München gemacht.

Es kann einem traurig machen, wenn die Internetpräsentation der Universität in Memel zwar auch in Englisch angeboten wird, aber nicht in Deutsch, in der Sprache, die auch hier ihre Heimat hatte. Außerdem gibt an dieser Universität Wissenschaftler, die zwar Deutsch aber nicht Englisch als Fremdsprache beherrschen.

Gekränkt habe ich mich gefühlt, als die Passagiere im Flugzeug auf einer Linie, die zwischen Palanga und Hamburg verkehrt, die Passagiere auf litauisch, russisch und englisch angesprochen wurden aber nicht auf deutsch. Das mag ein Ausdruck von Gedankenlosigkeit sein, ist geschäftspolitisch aber dumm, denn die meisten deutschen Litauenurlauber rekrutieren sich noch aus der Generation, die im Krieg und in der Nachkriegszeit mit einem Notprogramm meistens ohne Fremdsprachenunterricht durch die Schule geschleust wurden. Würde es einer Fluggesellschaft einfallen, in ihren Flugzeugen, die in London landen, die Passagiere mit Deutsch aber nicht mit Englisch zu begrüßen?

Wie könnte nun eine Sprachförderung bei unseren östlichen Nachbar aussehen? Erstens müßte natürlich genauer analysiert werden, welcher Bedarf an Förderung der deutschen Sprache vorhanden ist, welche Förderung in der Vergangenheit und heute vorgenommen wird. Ein Mitglied des vds, der früher in Afrika Deutschlehrer ausgebildet hat und heute in den baltischen

12 Nachtrag: Unterbrechungen bei der Textarbeit können störend sein, sind manchmal aber auch nützlich. Ich hätte Jelzin nicht zitieren können, wenn meine jüngste Tochter nicht darauf bestanden hätte, daß ich sie zur Bücherei fahre. Während sie ihren Bücherstapel austauschte, habe ich „Jelzin“ in der Ausmusterungskiste entdeckt. Ich habe dann noch überlegt, ob ein dickleibiges Werk von Sacharow etwas für die Uni in Memel sei. Gestern, am 12. 8. 04, bin ich der per Zeitung veröffentlichten Einladung des Klosters Mariensee (ev. Frauenkloster) gefolgt und habe den israelitischen Musiker und Pazifisten zugehört. In einem Gespräch beim anschließenden Abendbrot sagte Ofer Golany – so heißt der Musiker – auf Nachfrage: In Israel könnte man außer in den Goetheinstituten kein Deutsch lernen. Jiddisch könnte man in Israel lernen. Er habe sich seine Deutschkenntnisse in den USA erworben. .

13 Schon deshalb nicht, weil die Politik des Staates zu leicht mit der Bedeutung der Sprache gleichgesetzt werden kann.

14 Ich bin übrigens nicht Mitglied im vds, 1. weil ich vereinsmüde bin, 2. weil ich vermeiden möchte, daß ich den Anschein vermeiden möchte, daß ich meine fehlenden Fremdsprachenkenntnisse mit einer solchen Mitgliedschaft kompensieren möchte und 3. will ich in den paar Jahren, die ich noch vor mir habe, meine Meinung zu gesellschaftlichen Fragen äußern möchte, ohne Rücksicht auf Verbands- und Parteivorgaben zu nehmen.

Staaten aktiv ist, könnte da sicher genaueres sagen.

Ich selber sehe folgende Förderungsmöglichkeiten:

- a) Bessere Ausstattung der wissenschaftlichen und allgemeinen Bibliotheken mit deutschsprachiger Literatur. Soweit ich es verstanden habe besteht ein Bedarf an Literatur aller Kategorien. Eine Zensur besteht dort nicht mehr und sollte auch bei uns in den eigenen Köpfen nicht geben. Es geht auch nicht nur um neue Literatur aus dem Handel, sondern es kommen durchaus auch alte Bestände aus Haushaltsauflösungen, Flohmärkten und Ausmusterungen der öffentlichen Bibliotheken - die aus Platzgründen vorgenommen werden - in Frage. Es müssen Abnahmeadressen in den Abnahmeländern und günstige Transporte erfaßt werden.
- b) Die befristete Unterstützung des Deutschunterrichtes durch Deutsche mit entsprechenden Fähigkeiten (Diplome sind keine Garantie von Fähigkeiten.). Man könnte diese Möglichkeit unter der Rubrik „Aktivurlaub“, „reaktivierte Fähigkeiten von Pensionären“ und „Berufspraktikum im Ausland“ zusammenfassen.
- c) Sprachtraining von litauischen und russischen Funktionsträgern in Deutschland mit einer Länge, die der Freistellung oder der Urlaubszeit entspricht.
- d) Fortbildung der Deutschlehrer aus den baltischen Staaten und der Oblast Kaliningrad in Deutschland.
- e) Vermittlung von geeignetem Schulungsmaterial:
 - ea) Konventionelles in Form von Büchern. (Sind zum Beispiel Billigangebote in den Supermärkten wie „Schülerhilfe / Gute Noten in Deutsch“ brauchbar?)
 - eb) Vermittlung von Personalcomputern und PC-Lernprogrammen. (Es müssen nicht neue sein.)
- f) Eine wesentliche Hilfe wäre auch, daß man allen, die sich um die deutsche Sprache im Osten bemühen, das Gefühl vermittelt, daß sie nicht vergessen oder auf dem Abstellgleis gestellt wurden, sondern daß ihre Bemühungen eine Zukunft haben.

4. „Stoppt die Amerikanisierung unserer Sprache und Kultur“



Den oben abgebildeten Aufkleber fand ich in der Ausgabe Nr. 22 (?) der *sprachnachrichten*. Wirbt der Aufkleber für eine sinnvolle Aktion? Und wenn diese politische Werbung sinnvoll ist, kann sie zum Erfolg führen?

Anfang der siebziger Jahre hatten wir zwei Amerikanerinnen bei uns zu Gast, die es schrecklich fanden, daß Deutschland (damals noch BRD) so amerikanisiert ist. Sie waren nach Deutschland speziell und Europa allgemein gekommen, um etwas anderes zu sehen und zu erleben als zu Hause. Würden sie heute hier herkommen, würden sie vermutlich über den Fortgang dieses Prozesses erschrocken sein. Dieses Erschrecken würde aber nicht auf Deutschland beschränkt bleiben. Die Überlagerung der eigenen Zivilisation durch Fremdeinflüsse ist ohne Grenzen. Dabei sind Fremdeinflüsse eigentlich das Normale für eine offene Gesellschaft. Das, was verstört ist der Umfang und das Tempo, das keine kontionierliche Eigenentwicklung mehr zuläßt.

Da ich das Gefühl hatte, die Botschaft des Aufklebers trifft nicht das Kernproblem der Sache, sind aber auch nicht falsch, mochte ich die Aufkleber weder werblich verwenden, aber auch nicht einfach wegwerfen. Ich habe mit zwei von ihnen ein Päckchen zugeklebt. Die Empfänger des Päckchens haben sich dann nicht nur für den Inhalt bedankt, sondern ausdrücklich auch für die Botschaft des Aufklebers und sie waren enttäuscht, daß ich selber nicht ganz hinter diese Botschaft stand. Als mein jüngster Sohn (19), der in Kürze für ein Jahr nach England geht¹⁵, den Aufkleber sah, sagte er: „So ein Unsinn! Alle Sprachen nehmen doch Worte von anderen Sprachen auf.“ Meine Frau, die in Deutschland in einem amerikanischen Konzern arbeitet und deren tägliche Kommunikation innerhalb Europas und zwischen Deutschland und Asien und Deutschland und den USA in englischer Sprache stattfindet, wollte schon ein Exemplar des Aufklebers als ironisierenden Kontrapunkt mit ins Büro nehmen. Ich habe ihn dann noch „gerettet“, weil ich ihn noch für diesen Text einscannen wollte. Oder sagt man auf deutsch „einlesen“?

Warum nun nur mein laues Jein zu dem Aufkleber? Es zeigt sich hier einmal mehr als deutlich, daß bei der Behebung einer Fehlentwicklung, bei der Auflösung eines Problems das Umfeld betrachtet werden muß, in dem die Fehlentwicklung oder das Problem entstanden ist. Auch wenn man zustimmt, daß die Politik der amerikanischen Regierungen alles andere als lobenswert ist und wenn man den idialisierenden Nebel beiseite schiebt und nüchtern feststellt, daß die USA alle ihre Kriege um des Geschäftes willen geführt haben und bestenfalls nebenbei die Freiheit und den Wohlstand in der Welt zu fördern suchten, kann man nicht umhin, daß die Botschaft des Aufklebers falsch ist, denn das was wir als Amerikanisierung erleben ist europäischen Ursprungs, es sind die Ergebnisse kapitalistischer Konzentrationsprozesse, die schon Marx beschrieben und dessen Ursprung er im Eigentum vermutet hat, was auf den Boden bezogen auch stimmt. Die marxistischen Sozialisten konnten dann aber nicht die Botschaft des Franzosen Proudhon verstehen, der über Marxens Erkenntnis hinausgegangen ist und die Ursache der Fehlentwicklungen in der Zirkulation lokalisierte. Es war ein verhängnisvoller Weg, daß die Sozialisten unterschiedlicher Färbung ökonomische Macht mit Gegenmacht bändigen wollten, daß sie privatrechtliche Monopole mit staatlichen aufheben wollten. Es war die Methode, die den Teufel mit dem Beelzebub austreiben soll. Diese falsche Methode, die viel menschliches Leben und Glück zerstört hat, ist gescheitert. Das Problem ist aber geblieben. Das Problem ist aber schon so alt wie die ältesten Schriften der Bibel und hängt mit der Zinsfähigkeit des Geldes zusammen. Alle drei monotheistischen Religionen haben versucht, daß Problem mit Zinsnahmeverboten in den Griff zu bekommen. Es ist ihnen nicht gelungen.

15 Er konnte inzwischen schon zweimal zu Hause über seine Erfahrungen berichten.

Wenn aber erst eine Gruppe von Menschen oder ein Staat zum Vorreiter in dieses Konzentrationsprozeß wurde, dann ist in der Beschleunigung der Konzentration und in der geographischen Expansion – unabhängig vom politischen Willen - ein Automatismus am Wirken, der nicht vor dem nächsten Zusammenbruch zu stoppen ist. Das Wissen, wie die kapitalistischen Konzentrationsprozesse zu stoppen sind und wie eine Ökonomie mit menschlichen Antlitz¹⁶ und der Autonomie der Kulturen einzurichten ist, lag bereits am Anfang des vorigen Jahrhunderts vor.¹⁷ Aber die Deutschen haben sich blinden Blindenführern, die sich Demokraten nannten, anvertraut und sich von diesen in die Arme von Führern treiben lassen, die mit Demokratie nichts am Hut hatten, aber meinten ökonomische Systemfehler ließen sich durch massenweise Menschenopfer ausbügeln. Den trüben Part, den die Sozialwissenschaften dabei gespielt haben und den sie in anderen Kleidern heute in Bezug auf neues Elend immer noch spielen, wartet immer noch auf eine Dokumentation.

Wer die Freiheit für die Menschen will, muß für offene Grenzen kämpfen. Wer glaubt, daß die Marktwirtschaft eine nützliche Einrichtung für die Menschen ist, muß für offene Märkte kämpfen. Aber weder die Marktwirtschaft noch die individuelle Freiheit braucht die uniforme Durchnormierung der Welt, wie sie unter dem Begriff *Globalisierung* gehandhabt und vom Kapitalismus erzwungen wird.

Der verstorbene Astrophysiker Peter Kafka sagte: Wenn wir etwas in dem Schöpfungsprozeß erkennen können, dann ist es die ungeheure Vielfalt und die Gemächlichkeit. Das Leben muß eine unfaßbare Vielfalt der Möglichkeiten abtasten und ausprobieren, um sich optimieren zu können und dazu braucht es Zeit, damit mit das Gesamtsystem nicht durch die Gleichzeitigkeit untauglicher Kombinationen gefährdet wird. Aber gerade die Vielfalt und die Zeit kann der Kapitalismus nicht gewähren. Die Vielfalt würde maximale Produktionszahlen verhindern und durch den Zins wird die Zeit zum Geld.

Im L. Rothschild's Taschenbuch für Kaufleute von 1900 ist zu lesen:

Aus dem einfachen Tausch wird der Tauschhandel, aus diesem, je weiter die Bildung und mit ihr die Bedürfnisse fortschreiten, der Handel. Der Verkehr der Völker aber vielfältigt die Ideen, die Erfahrungen, und auf dem Wege der Erfahrungen allein gelangt ein Volk zur Kultur, der Einzelne zu der im gemeinen Leben erforderlichen Umsicht und praktischer Tüchtigkeit (S. 25)

16 Eine Abwandlung der Parole des Prager Frühlings. Dort wurde von einem Sozialismus mit menschlichem Antlitz gesprochen.

17 Ich spreche von der von Silvio Gesell begründeten Freiwirtschaftsschule (aber nicht nur). Es liegt nicht am bösen Willen der Sozialwissenschaften insgesamt, daß diese Erkenntnisse mit befreiender Wirkung nicht in Forschung und Lehre aufgenommen wurden. Wer in dem Wissenschaftsbetrieb etwas werden will, muß sich einen inhaltlichen Anpassungsdruck aussetzen. Er muß auf der Welle der herrschenden Meinung reiten lernen oder sich solche Alternativen aussuchen, die konkret über bezahlte Arbeitsplätze zu verfügen haben. Haben sich die Sozialwissenschaftler erst einmal in eine Position mit Beamtenstatus durchgeboxt, sind ihre Ergebnisse in Bezug auf die Nützlichkeit für die Gesellschaft zweitrangig. Solange durch ihre Treiben die politische oder wirtschaftliche Macht nicht gestört wird, können sie sich dafür noch mit Orden und Privilegien auszeichnen lassen. Auch die Verfassungsfrage unserer Hochschulen wird gar nicht oder nur halbherzig geführt. Das Fatale ist nur, die Ungereimtheiten der klugen Mitglieder der Handlungswissenschaften (Ein Begriff, den ich einer Schrift des ehemaligen Innenminister und Professor der Rechte Werner Maihofer entnommen habe.) sich mit katastrophaler Wirkung in der Politik austobt. Es gibt ja durchaus Sozialwissenschaftler, die an der Wissenschaftlichkeit ihres Faches zweifeln. Neuerdings wird denen, die Zuflucht in die Mathematik genommen haben, um den Schein der Wissenschaftlichkeit zu wahren, der Selbstbetrug auch noch vergällt. (Ich selber argumentiere damit nicht gegen die Mathematik, was mir aufgrund meiner Ahnungslosigkeit auch nicht ansteht, sondern gebe den Kritikern insofern Recht, daß jede gedankliche Hilfskonstruktion sich am Ergebnis von Aufwand und Ertrag messen lassen muß.)

Diese Aussage kann man als ein Plädoyer für die Offenheit für Erfahrungen und Waren verstehen. Aber auf Seite 122 ff ist um 1900 schon zu lesen:

Eine Volkswirtschaft, in welcher statt des Strebens, die Wohlfahrt fortzuerhalten und zu heben, daß Streben aus Geld mehr Geld, aus je 100 Thaler mehr als je 100 Thaler zu machen, für das Produzieren und Arbeiten entscheidend wird, bezeichnet man als die kapitalistische oder – nach des griechischen Philosophen Aristoteles Ausdrucke – als chrematistische Volkswirtschaft. Mit der Zunahme des Kapitals geht hier oft eine Vereinigung des Besitzes in den Händen einer kleinen Minderzahl Hand in Hand, und nicht selten entsteht dann der Schein des wachsenden Kapitalreichtums, während vielleicht nur eine kleine Minderheit den Besitz weiter Volkskreise an sich reißt, und die Nationen in drückender Abhängigkeit gerät.

Nun wollte ich ein Zitat von Charles Reich¹⁸ aus seinem Buch „Die Welt wird jung – Der gewaltlose Aufstand der neuen Generation“ aus dem Jahr 1970 bringen. Er wies damals darauf hin, daß der Antikommunismus hohlköpfig wäre, weil die amerikanischen Konzerne nach dem Prinzip der Zentralverwaltungswirtschaft organisiert wären und ebenfalls einen Anspruch auf Weltgeltung durchsetzen wollten. Ich habe diese Stelle nicht gefunden, dafür aber ein Dutzend andere, die auch hier erwähnt werden könnten. Ich will mich hier auf ein paar Auszüge beschränken:

Aus dem Kapitel Bewußtsein I: Verlust der Wirklichkeit

Dem amerikanischen Volk wurde 1789 eine neue Form des Lebens versprochen. Jedermann sollte frei sein und das Recht haben, auf seine Art glücklich zu werden; innerhalb dieser republikanischen Staatsform sollte das Volk souverän sein, und es sollte keinerlei willkürliche Gewaltanwendung geben. Nicht ganz zweihundert Jahre sind seitdem vergangen, und der Traum ist beinah gänzlich ausgeträumt. ... (S. 25)

... Die Schöpfer der Verfassung waren Männer, die der Macht zutiefst mißtrauten, die davon überzeugt waren, daß Macht korrumpierte, und die jede Art von Machtausübung auf das Leben des Individuums ablehnten. Daher machten sie jede Form willkürlicher Machtanwendung, die ihnen bekannt war, unmöglich. Sie wollten die Macht teilen, beschränken und sie bestimmten Sicherungsmechanismen unterwerfen. Die Schöpfer der amerikanischen Verfassung waren also überzeugt davon, daß Macht in jeder Form das Hauptübel für die Menschen sei. Auch die Demokratie als Staatsform gehörte zu dieser Vorstellung und damit die Auffassung, daß letztlich das Volk als einziger Souverän zu betrachten sei. Dieser Regierungsentwurf ging mit einem wirtschaftlichen System Hand in Hand, in dem sich der amerikanische Traum verwirklichen sollte. Jeder amerikanische Bürger sollte in der Lage sein, wirtschaftlich unabhängig zu werden, Haus und Hof zu erwerben und seine

18 Charles Reich, geboren 1928 in New York, war Professor für Rechtswissenschaften an der Yale-Universität

Tätigkeit nach eigener Wahl zu bestimmen. Natürlich war es innerhalb dieses Planes durchaus möglich, daß einige Menschen reich wurden oder blieben und andere wiederum arm blieben oder wurden. Aber man hielt dies als einen wesentlichen Bestandteil persönlicher Unabhängigkeit für unerlässlich. Das Neuland lag offen da; überall gab es die verschiedensten Möglichkeiten; die Bewegungsfreiheit war durch keinerlei Gesetze eingeschränkt; es gab sie wirklich, die unbegrenzte Freiheit, in der das Streben nach Glück verwirklicht werden konnte.

Doch Handel und Technik berücksichtigten das individuelle Glücksstreben nicht. Man denke nur daran, daß es im Fabrikwesen die Technik war, die Organisation und Spezialisierung der Arbeitskraft diktierte, und daß das Marktsystem Mehrarbeit, niedrige Löhne und eine gefährdete Sicherheit zur Folge hatte. Das Elend in den frühen Fabriken ist oftmals geschildert worden; man muß hier den gigantischen Kontrast zwischen dem Fabrikssystem und dem Ideal der Unabhängigkeit betonen, denn der Fabrikarbeiter war einer Macht ausgeliefert, die in überwältigendem Maß sein eigenes Leben beherrschte. Er wurde in eine eiserne Zucht genommen. Seine Arbeitszeit, sein Benehmen, seine Mahlzeiten, seine Bekleidung, letzten Endes auch seine menschlichen Beziehungen und seine Gedanken wurden kontrolliert. Natürlich hatte es zunächst niemand wirklich nötig, in einer Fabrik zu arbeiten oder in einer großen Stadt zu leben, doch im Laufe der Jahrzehnte wurden die Alternativen allmählich geringer. Nicht jeder konnte Pionier, Siedler oder selbständiger Handwerker sein. ... (S. 32 7 33)

Wenn die Menschen die Kräfte, die ihr Land ändern, nicht beherrschen können, dann werden diese Kräfte eben die Menschen beherrschen: Bewußtsein I, das seine Verwurzelung verlor, aber an seinem Mythos unbeirrt festhielt, wurde eine leichte Beute der Manipulation durch die organisierten Kräfte der Gesellschaft. (S. 39)

In seiner zweiten Antrittsrede faßte Roosevelt die wichtigsten Punkte seines Programms zusammen:

... wir müssen praktische Möglichkeiten finden, um eine Kontrolle über die blinden wirtschaftlichen Kräfte und die blinden selbstsüchtigen Menschen zu erhalten... Wir lehnten es ab, die Probleme unseres gemeinsamen Wohles den Stürmern des Zufalls und den Orkanen des Verderbens zu überlassen ...

... wir haben damit begonnen, die autokratischen privaten Mächte der Kontrolle des Volkes zu unterstellen. .. Wir haben immer gewußt, daß grenzenlose Selbstsucht unmoralisch ist; heute wissen wir, daß sie auch eine schlechte Wirtschaftspolitik ist... letzten Endes trägt die Beachtung moralischer Grundsätze im Wirtschaftsleben ihre Früchte.

Diese neue Auffassung untergräbt die althergebrachte Bewun-

derung für den weltlichen, äußeren Erfolg als solchen. Wir sind dabei, unsere Toleranz gegenüber dem Mißbrauch der Macht durch jene Kräfte aufzugeben, die aus Profitgier die elementarsten Anstandsregeln des Lebens über Bord werfen.

Roosevelts Worte porträtierten die selbstsüchtigen Männer, die vom System ausgeschlossenen Menschen und den mißbrauchten amerikanischen Traum. (45)

Aus dem Kapitel „Bewußtsein II“

Hinter der Hingabe an die Organisation stand eine tiefe Furcht. Denn der Mensch, der das Spiel nicht mitspielte, wurde zerstört.

Die Furcht des modernen Menschen vor dem System, in dem er lebt, wurde in Philip Roths Roman Portnoys Beschwerden mit außerordentlicher Klarheit gesehen; er ist die vielleicht scharfsinnigste Darstellung des Anpassungskampfes an die organisierte Gesellschaft in Amerika. Portnoy beschwert sich, daß seine eigenen inneren Impulse, die er mit ungewöhnlicher Ehrlichkeit wahrnimmt, unvereinbar sind mit der Rolle, die zu spielen die Gesellschaft von ihm erwartet. (S. 60)

Der Apparat, der Bewußtsein schafft und manipuliert, ist weitverzweigt und gewaltig. Beginnen wir mit der Werbe- und Reklameindustrie, die bewußt darauf ausgeht, die Wertvorstellungen und die Wünsche der Menschen zu beeinflussen. Ein vielleicht noch bedeutenderer Faktor sind die Massenmedien.¹⁹ Sie vermitteln uns einen bestimmten Lebensstil, sie zeigen uns einen ganz bestimmten Ausschnitt der Realität, und während sie eine Schilderung der auswärtigen Ereignisse, die sogenannten Nachrichten, geben, üben sie einen weitaus größeren Einfluß aus. Die Regierung ihrerseits unternimmt andere unmittelbare Anstrengungen zur Beeinflussung des Bewußtseins, deren wichtigste das Pflichtschulsystem ist. Der vielleicht größte Einfluß liegt in der Kultur und in der Umwelt, die die Gesellschaft sich selbst schafft. In ihrer Gesamtheit sind die an der Bewußtseinsbildung arbeitenden Kräfte überwältigend. Und man sollte nicht glauben, daß diese Kräfte nicht gelenkt seien. Sie werden zumindest in zweierlei Weise gelenkt. Erstens durch die absichtliche Ausschließung verschiedener Aspekte. Beispielsweise können vielerlei Stellungen, Standpunkte und Ansichten dessen, was real ist, im Fernsehen nicht gezeigt werden; das bezieht sich nicht nur auf politische Gedanken, sondern auch auf gänzlich unpolitische Themen, wie etwa darauf, einmal ein wirklichkeitsgetreues Bild vom Leben der

19 Ein aktueller Nachtrag: Die HAZ vom 18. 8. 2004 berichtet unter der Schlagzeile „Der Schwarze Kanal“ „Der kalifornische Dokumentarfilmer Robert Greenwald hat einen Feind: Rupert Murdoch. Der australische Medienmanager manipuliere mit seinen TV-Sendern, Tageszeitungen und Magazinen drei Viertel der mediennutzenden Weltbevölkerung, meint Greenwald. Mit dem Titel „Outfoxed: Rupert Murdoch's War on Journalism“ hat Greenwald einen Dokumentarfilm gedreht.“ ... „Mehr als 100.000 DVDs sind mittlerweile .. von 'Outfoxed' verkauft.“ ...

Mittelklasse an Stelle der frischfröhlichen Lustspiele zu geben, die man gewöhnlich vorgesetzt bekommt. Der Staat möchte nicht, daß das Bewußtsein sich selbst überlassen bleibt, und deshalb wird in unserer Gesellschaft nichts so sehr unterstützt wie die kommerzielle Werbung. Bei einem Volke, das empfänglich und einer derart mächtigen Maschinerie ausgeliefert ist, kann es nicht ausbleiben, daß ein großer Teil von Bewußtsein II *gefälschtes Bewußtsein* ist, das dem Menschen vom Staat für seine eigenen Zwecke aufgezwungen wird. (S.71 / 72)

Aus dem Kapitel V Anatomie des Corporations-Staates

Wie ist es um die soziale Ordnung bestellt, in der wir leben? Warum sind wir so machtlos? Weshalb scheint sich unser Staat jeder demokratischen und öffentlichen Kontrolle zu entziehen? Warum scheint er Prinzipien zuliebe, deren Sinn unklar bleibt, in purem Wahnsinn sich selbst und seine Umwelt zu zerstören? Unsere gegenwärtige gesellschaftliche Ordnung widerspricht so sehr alledem, was wir von Regierung und Gesellschaft zu erwarten gewohnt sind, daß ihr System beinahe jenseits unseres Begreifens liegt. Die meisten von uns, einschließlich unserer politischen Führer und derjenigen, die über Politik und Wirtschaft schreiben, klammern sich an eine Vorstellung, die vollkommen falsch ist. Die jungen Leute hingegen lassen sich nicht so gründlich täuschen, sie verstehen manche Erscheinungen der Gesellschaft recht gut, und Künstler, Schriftsteller und besonders Filmschaffende kommen zuweilen ziemlich nahe an die Wahrheit heran. Der Corporations-Staat ist eine ungemein machtvolle, gesetzestreue und rationelle Maschinerie, die jedoch völlig außerhalb jeglicher menschlicher Kontrolle steht und gegenüber allen menschlichen Werten vollkommen gleichgültig ist. (S. 77)

Das Buch von Charles Reich kann ich auch heute noch empfehlen. Wenn die Hoffnung von Reich, die er auf den Wandel der amerikanischen Gesellschaft durch das neue Bewußtsein, das er damals bei der Jugend feststellte, setzte, getrogen hat, dann liegt das sicher daran, daß er nicht genug auf die Systemzwänge geachtet hat, in die die handelnden Personen als Unterdrücker oder Unterdrückte eingebunden sind.

In der neuen Zeitschrift HUMONDE²⁰ (www.Humonde.de) ist unter dem Titel KONKURENZ FÜR ZWEI KONKURRENTEN / DIE ZWEITE SUPERMACHT ein Gespräch mit Nicanor Perlas wiedergegeben. Der Gast wird wie folgt vorgestellt:

Nicanor Perlas, Jahrgang 1950, gilt als führender Umweltaktivist der Philippinen und wurde zur Schlüsselfigur des Kampfes gegen eine ungebremsste Globalisierung. Sein Engagement begann er im Kampf gegen die Atomenergiepolitik des philippinischen Diktators Ferdinand Marcos. Nach dem Sturz der Diktatur gründete Perlas das Zentrum für alternative Entwicklung. Als Berater der Auqino-Regierung trug er zum Ausstieg aus der Atomenergie bei. Er engagierte sich für einen Kampagne gegen den Einsatz von Pestiziden, setzte das Verbot von 32 Präparaten durch und gründete die Stiftung für

20 Nachtrag vom Dezember 2004: Humonde gibt zwischenzeitlich nur noch als Internetzeitschrift.

nachhaltige Landwirtschaft, die in 23 Provinzen des Landes mit Bauern am Umbau der Landwirtschaft arbeitet. In diesem Zusammenhang begründete er ein Bankensystem (LI-FEBANK), das Kleinbauern das Überleben sichern soll. In seinem Land plädiert er für eine Kombination aus verantwortungsvoller Führung, nachhaltigem Wirtschaften und einer starken Zivilgesellschaft. Den Ausdruck „Die zweite Supermacht“ (THE TIMES) verwendete Nikanor Perlas auch in dem hier folgenden Gespräch, das Geseko von Lüpke mit ihm führte, (ho)

Ich bringe einen Ausschnitt und gehe davon aus, daß die Begriffe Amerikanisierung und Globalisierung zwar keine Synonyme sind, sich wenigstens inhaltlich gegenseitig zu 75% decken.

Ist es überhaupt möglich, den Globalisierungsprozess zu stoppen, ohne seine tiefsten Werte in Frage zu stellen?

Nein. Und das ist wohl die wichtigste Erkenntnis dieser Zeit. Wir sind da wirklich an einem Wendepunkt: Einerseits entpuppt sich die globale Zivilgesellschaft heute als eine Art Weltmacht. Andererseits zeigt sie auf dem vorläufigen Höhepunkt ihrer Kraftentfaltung ihre größte Schwäche: Nämlich dann, wenn sie versucht, Staat und Wirtschaft mit den gleichen ausschließlich materiellen Werten entgegenzutreten.

Wenn die Zivilgesellschaft nicht realisiert, dass diese Werte das eigentliche Fundament für die Zerstörung der Welt sind, kann sie auch nicht Neues erschaffen und die Zügel herumreißen. Das ist genau der Grund, warum ich überall wo ich kann, nicht nur vor der Globalisierung warne, sondern auch vor der bevorstehenden Mechanisierung des Menschen. Denn die gleichen Werte, die den globalen Markt erschaffen, stehen auch hinter den Bestrebungen, den Menschen mit irgendwelchen Chips zu einem Maschinenwesen zu optimieren. Ohne eine Werterevolution und neue spirituelle Maßstäbe können wir die Struktur der Gesellschaft nicht grundsätzlich verändern. Im Gegenteil:

Dann verschlingt uns das System. Mir ist es enorm wichtig, diese ganze

Globalisierungsfrage in einen weiteren Zusammenhang zu stellen. Wir dürfen bei der Auseinandersetzung mit den politischen und ökonomischen Aspekten nie vergessen, dass dieser Prozess eine spirituelle Herausforderung für die gesamte Menschheit beinhaltet: Denn wenn man sich anschaut, was zurzeit passiert, wird deutlich, dass die Globalisierung uns mit den tiefsten Fragen konfrontiert: Was ist die Natur unserer Gesellschaft, die Natur des Menschen, die Natur der Natur? Wenn wir auf diese Fragen keine neuen Antworten haben, können wir auch keine Visionen einer anderen Welt entwickeln! Dann greifen auch unsere Alternativen nicht weit genug. Deshalb betone ich immer öfter die spirituelle Dimension dieser ganzen Diskussion um eine globalisierte Welt. Denn das ist die eigentliche Frage, um die es in diesem Konflikt geht.

Politik in unserer Kultur ist aber meist völlig abgetrennt von tiefen spirituellen Fragen. Lässt sich diese Trennung überwinden?

Das eigentliche Problem ist, dass es keine Politik des Herzens gibt. Politiker wurschteln vor sich hin, aber sie treffen ihre Entscheidungen nicht auf der Basis dessen, was ihnen ihr Herz sagt. Denn man hat ihnen das ganze Leben beigebracht und drängt sie tagtäglich dazu, mit eingeschränktem Horizont, orientiert am Machterhalt und auf der Basis nackter Zahlen zu handeln. Deshalb ist der gegenwärtige Prozess der Globalisierung auch so wenig mit den wirklich tiefsten Werten der Menschheit verbunden und kann deshalb auch sein enormes Zerstörungspotential entwickeln. Wenn

das Herz mitentscheidet, entsteht eine andere Politik. Das ist auch auf den Philippinen so: Warum wollen wir den Gleichheit und Gerechtigkeit? Doch nicht wegen irgendwelcher abstrakter Menschenrechte, sondern wegen einer ganz konkreten Erfahrung des Mitgefühls mit leidenden Menschen. Und aus so einem Gefühl entsteht einfach eine andere Politik.

Das klingt, als befänden wir uns mitten in einem fundamentalen Wandlungsprozess, indem wir gleichzeitig Sterbebegleiter eines alten Systems und Geburtshelfer einer neuen Welt sind.

Genau. Das ist eine sehr schöne Metapher für diesen Umbruch, denn es ist wirklich so, dass ein lange gewachsenes Weltbild stirbt. Andererseits ist es wichtig, zu erkennen, dass die materialistische Weltsicht, auf der das gegenwärtige zerstörerische System aufbaut, im historischen Maßstab nur eine Minute von der vollen Stunde der Menschheitsgeschichte Bedeutung hatte. Das sind gerade mal die letzten vierhundert Jahre, alle Kulturen davor hatten ein ganzheitlicheres und spirituelleres Weltverständnis. Und fraglos hat uns der Materialismus viel gegeben: nicht nur die Menschenrechte, sondern auch ein enorm präzises Verständnis der Natur und ihrer Gesetze. Deshalb steht in Zukunft auch nicht eine Rückkehr in die Irrationalität an, sondern eine Synthese dieser Rationalität mit einer neuen Form von Spiritualität.

Auf dieser Basis entsteht die Welt der Zukunft.

Was sind nun die tiefsten Werte des gegenwärtigen Systems. Klar erkennbar ist, daß die Rentabilität des Kapitals sich ohne Rücksicht auf Werte, Normen und der Vorstellung von einer besseren Welt bisher immer durchgesetzt hat. Aber ist die Reantabilität ein Wert an sich? Ist es nicht vielmehr so, daß alle, die etwas von ihren Werten retten wollten, das Diktat des Kapitals akzeptieren mußten. Wenn dem so ist, dann hilft ein neues Bewußtsein (Ch. Reich) oder eine neue Spiritualität (N. Perlas) bestenfalls zu erkennen, daß uns ein lebensfeindliches Diktat beherrscht. Die Geburtsstunde einer neuen Welt ist das noch nicht.

Mit der Globalisierungskritik ohne Analyse der Ursachen besteht auch die Gefahr, daß mit den Abwehranstrengungen zur Globalisierung gleichzeitig wirklich schrottreife nationale Strukturen geschützt werden. Bei Attac habe ich manchmal den Eindruck der mangelnden Klarheit in der Argumentation, die dann im politischen Handeln zur Förderung eines Strukturkonservatismus wird. Beispiel: Bei uns muß wirklich das Soziale Netz neu geknüpft werden, das abzustreiten zeugt von verstaubtem Denken. Gestritten werden muß aber darüber, wie das neue soziale Netz eines freien Menschen in einer sicheren Gesellschaft auszusehen hat, wie die Entlastung der öffentlichen Kassen durch Vollbeschäftigung und die Reduzierung Kapitalkosten der Betriebe²¹ erreicht werden kann. Auch haben die Begriffe *Neoliberaler* und *Sozialdarwinist* die Sündenbockfunktion übernommen, die vorher die Multis, die Unternehmer und mit leidvoller Erfahrung die Juden inne hatten. Gott sei Dank können beim (heutigen) Neoliberalismus nicht so leicht konkrete Menschen benannt werden, sonst wäre sicher schon wieder Blut geflossen. Es macht doch keinen Sinn, daß das gefühlte Böse mit Begriffen – deren Herkunft nicht gekannt, noch deren Begriffsbestandteile erläutert werden, benannt wird.

Wer das Unbehagen der Menschen mobilisiert, ohne durch eine Analyse und ohne brauchbare

21 Merkwürdiger Weise wird immer nur von den Lohnkosten gesprochen, aber nicht von den wesentlich mehr gestiegenen Kapitalkosten. Siehe dazu *Das Geldsyndrom – Wege zu einer krisenfreien Marktwirtschaft* von Helmut Creutz. Dort findet sich genügend Zahlenmaterial zum Thema.

Konzeption einen Ausweg anzubieten, läuft Gefahr, üble Entwicklungen zu provozieren. Das Schicksal der Deutschen aus der Vor-Nazizeit sollte eine ständige Mahnung sein.

Wir haben ja auch schon die grüne Bewegung gehabt. Diese hatte durchaus in der Gründungszeit Spiritualität, besaß eine emotionale Kraft, aber eben auch Rationalität. Das Problem war hier, daß sich von der analytischen Seite Betrachtungen und Konzepte durchgesetzt haben, die schon am Beginn der russischen Revolution falsch waren. Zur Strafe sind die Grünen aus der Riege der Welterneuerer rausgeworfen worden und dürfen nur noch eine Rolle im Parteienkartell spielen. Rudolfs Bahros beschwörender Ruf von 1984, der gesellschaftliche Protest, der sich erneut und diesmal in der grünen Bewegung ausdrücke, dürfe weder wieder in die Irre gehen noch ins Leere laufen ist wirkungslos verhallt.

Ich bekam jetzt noch einen Artikel aus der HAZ vom 27. 2. 03 in die Hand. Bert Strebe beschäftigt sich unter dem Titel „Jenseits von gut und böse“ mit der Friedensbewegung. Ich bringe zwei Abschnitte daraus. Diese verdeutlichen, daß die Einstellung zu den US-Amerikanern auch eine Generationsfrage ist, und daß wir auch Positives aus den USA übernommen haben.

Auszug aus dem Artikel „Jenseits von gut und böse“:

... Die frühere Friedensbewegung mit ihren Großkundgebungen auf der Bonner Hofgartenwiese 1981 und 1982 war weitaus homogener als die heutige. Das Gros der Demonstranten damals hatte neben der weißen Friedenstaube auf blauem Grund auch die „Atomkraft? Nein danke“-Sonne auf den R 4 geklebt, man hörte die „Bots“ und „BAP“, freute sich über zur Verfügung gestellte Busse und Megafone der DKP, ohne die Sponsoren allzu ernst zu nehmen. Im Grunde handelte es sich vom Zeitgefühl her um grüne Demonstrationen. Man war 20 plus minus x. Dass Heinrich Böll sprach, war nett, aber kaum mehr als ein Beweis, dass nicht alle Älteren automatisch vermindert zurechnungsfähig waren. Die Birkenstock- und Müsli- und „Neue Männer braucht das Land“-Generation suchte ihren eigenen Weg auf der Straße und genoss es, auch ohne Pflasterstein in der Hand der Amerikafreundlichkeit der regierenden Kaste entgegenzutreten.

Gegen Amerika, das war die Stoßrichtung. Die russischen SS-20-Raketen wurden erwähnt, mehr nicht. Der Widerstand galt den Pershings und Cruise Missiles der Amerikaner, galt der Politik des Großen Bruders. Aber dahinter stand noch etwas anderes: der Protest gegen die Generation der Väter, die Bündnistreue propagierten. Es war wie in einer leicht und lustvoll verlängerten Pubertät. Der Vorwurf des Antiamerikanismus war zu jener Zeit schon ebenso absurd, wie er es heute ist. Die Demonstranten von 1981 und 1982 haben, anders als die Helmut Schmidts und Kohls von damals, ein Amerikabild mitbekommen, das nicht von Kaugummi und Schokolade verschenkenden Soldaten nach dem Krieg geprägt war. Die Schmidts und Kohls mussten Amerika kollektiv dankbar sei, weil es ihnen nicht nur die Demokratie gebracht, sondern auch beigebracht hatte.

Die Friedensbewegten dagegen waren mit der Demokratie als etwas Selbstverständlichem aufgewachsen. Und Amerikas Politik war für sie nicht gleichbedeutend mit der Bewahrung der Freiheit. Amerikas Politik, das war der Vietnamkrieg. Das war Ausbeutung der Dritten Welt. Das Unterstützung von blutigen Diktaturen in Lateinamerika und anderswo. ...

... Und so geht mit der neuen Friedensbewegung eine Bevölkerung auf die Straße, die weitaus individueller, weniger taktisch denkend und vielleicht auch gebildeter daherkommt als die Demonstranten vor 20 Jahren. Sie braucht heute die Insignien des Kollektivs (gemeinsame Lieder, Symbole) gar nicht mehr, die Demo ist keine Frage des Stallgeruchs, sondern der Inhalte, Man will von politischen Argumenten überzeugt werden (siehe Kosovo-Krieg) und sich nicht von Stimmungsmachern einlullen lassen. Eigentlich müssten die Amerikaner stolz auf das sein, was aus der Demokratie, die sie den Deutschen beigebracht haben, geworden ist. ...

Mit dem nächsten und letzten Auszug, den ich in diesem Abschnitt bringe, will ich deutlich machen, daß das Problem, Globalisierung, Amerikanisierung oder der Herrschaft von Systemfehlern, die wir Kapitalismus nennen können, nicht nur ein Problem der Deutschen, der Völker auf allen Kontinenten ist, sondern auch ein Problem der US-Amerikaner selbst ist. Außerdem macht das Alter der Quelle deutlich, daß wir es nicht mit neuen Problemen zu tun haben.

Ich erhielt in diesen Tagen die Broschüre „Kein Landesverrat – Die Verfassung besitzt keine Autorität“ von Lysander Spooner (Edition Anares Bern & Espero / www.anares.org & www.utespero.de) zugesandt.

Das Vorwort ist von Kurt Zube, der in Australien lebt und der versucht anarchistische²² Literatur vor dem Vergessen zu bewahren. Das Nachwort ist von Uwe Timm, der die kleine Zeitschrift *espero* herausgibt. Er war jahrelang freigestellter Betriebsrat in einem Industriebetrieb. Schon das von Timm gebrachte Zitat von Friedrich A. Von Hayek sollte die Globalisierungsgegner davor warnen, ihr Heil in einem „Alles zurück in die Hände des Staates!“ zu suchen. Er zitiert Hayek²³ wie folgt:

Wenn man die Geschichte des Geldes studiert, kann man nicht umhin, sich darüber zu wundern, dass die Menschen den Regierungen so lange Zeit eine Macht anvertraut haben, die sie über 2000 Jahre hinweg in der Regel dazu gebrauchten, sie auszunützen und zu betrügen ...“

Und nun ein Auszug aus dem Text von Spooner, der laut Einleitung 1869 verfaßt und 1870 erstmals gedruckt wurde. Spooner war US-Amerikaner und Jurist.

Vielleicht waren die Tatsachen in keinem anderen Land auf unserer Erdkugel je

22 Der Begriff Anarchie wird hier nicht umgangssprachlich für Terror, Chaos und Gesetzlosigkeit benutzt, sondern im ursprünglichen Sinn als Herrschaftsfreiheit.

23 **Hayek**, Friedrich August von, britischer Volkswirtschaftler österreichischer Herkunft, *Wien 8. 5. 1899, † Freiburg im Breisgau 23. 3. 1992; 1927–31 Direktor des von ihm gegründeten Österreichischen Instituts für Konjunkturforschung, 1931–50 Professor an der London School of Economics, 1950–62 in Chicago, 1962–68 in Freiburg im Breisgau; Vertreter des Neoliberalismus und Verfechter einer liberalen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Hayek ist Mitbegründer der Mont Pèlerin Society und erhielt 1974 (zusammen mit G. Myrdal) den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften.
Werke: Der Weg zur Knechtschaft (1944); Individualismus und wirtschaftliche Ordnung (1948); Wirtschaft, Wissenschaft und Politik (1963); Recht, Gesetzgebung und Freiheit, 3 Bände (1973–79). (c) Bibliographisches Institut & F. A. Brockhaus AG, 2001
(Hier ist Neoliberalismus als Ordoliberalismus zu lesen. Es gibt zwei Neoliberalismen. T.A.)

offensichtlicher als in unserem, dass also diese seelenlosen Blutgeldkrämer die wahren Herrscher sind; dass sie aus schmutzigsten und gewinnsüchtigsten Motiven herrschen dass die scheinbare Regierung, die sogenannten Präsidenten, Senatoren und Repräsentanten bloß Werkzeuge sind; und dass keine Idee zur Eroberung und Entfaltung von Gerechtigkeit oder Freiheit sie auch nur im Geringsten dazu bewegt hatten ihr Geld für den Krieg zu leihen. Als Beweis dafür mögen die folgenden Tatsachen in Betracht gezogen werden.

Vor fast hundert Jahren erklärten wir, allen religiösen Aberglauben über Bord geworfen zu haben, der uns durch eine servile und korrupte Priesterschaft in Europa eingepflichtet worden war, wonach die sogenannten Herrscher ihre Ermächtigung direkt vom Himmel empfangen und ableiten, und es folglich eine religiöse Pflicht für das Volk sei, ihnen zu gehorchen. Da kamen wir und erklärten vor langer Zeit wir hätten erkannt, dass Regierungen nur aufgrund des freien Willens und der freiwilligen Unterstützung jener, die sich entschlossen haben, sich eine Regierung zu halten, rechtmäßig bestehen können! Wir alle erklärten, schon lange gewusst zu haben, dass die einzigen rechtmäßigen Ziele einer Regierung die Aufrechterhaltung eines Zustandes gleicher Freiheit und gleichen Rechts für alle seien. All dies hatten wir nun schon fast hundert Jahre lang proklamiert. Und wir versicherten, wir sähen voller Mitleid und Verachtung auf die unwissenden, abergläubischen Völker Europas herab, die so leicht durch die Betrügerei der Priester und die Gewalt der Könige in Unterwerfung zu halten waren.

Ungeachtet all dessen, was wir erkannt und gewusst und fast hundert Jahre lang erklärt hatten, waren diese Blutgeldverleiher während einer langen Reihe von Jahren vor dem Bürgerkrieg die bereitwilligen Komplizen der Sklavenhalter gewesen und pervertierten die erklärten Ziele der Regierung, Freiheit und Gerechtigkeit, zum größten Verbrechen. Sie waren solche Komplizen aus rein geschäftlichen Erwägungen gewesen, nämlich um die Märkte im Süden zu kontrollieren mit anderen Worten ging es um das Privileg, die Sklavenhalter selbst gegenüber den Produzenten und Kaufleuten des Nordens die später das Geld für den Krieg aufbrachten) in industrieller und wirtschaftlicher Abhängigkeit zu halten.²⁴ Diese Kaufleute und Produzenten des Nordens waren durchaus gewillt, weiterhin die Komplizen der Sklavenhalter zu bleiben, aus derselben finanziellen Erwägung. Die Sklavenhalter jedoch misstrauten entweder der Zuverlässigkeit ihrer Verbündeten aus dem Norden, oder fühlten sich selbst stark genug, ihre Sklaven ohne Hilfe aus dem Norden in Unterwerfung zu halten und waren nicht gewillt, den von den Nordstaatlern geforderten Preis zu bezahlen. Um dagegen diesen Preis in der Zukunft zu erzwingen - das heißt, um die südlichen Märkte zu monopolisieren, um ihre industrielle und wirtschaftliche Kontrolle über den Süden zu behalten - verliehen diese Produzenten und Kaufleute aus dem Norden einen Teil ihrer Profite aus ihrer früheren Monopolstellung für Kriegszwecke, um sich dieselben oder noch größere Monopole für die Zukunft zu sichern. Dies - und nicht die Liebe zur Freiheit oder Gerechtigkeit - waren die Beweggründe, weshalb das Geld des Nordens zu Kriegszwecken bereitgestellt wurde. Kurzum, der Norden sagte zu den Sklavenhaltern: Wenn ihr uns den verlangten Preis (die Kontrolle über eure Märkte) für unseren Beistand gegen eure Sklaven nicht zahlen wollt, dann werden wir denselben Preis (zur Kontrolle eurer Märkte) uns sichern, indem wir euren Sklaven gegen euch helfen und sie als unsere Werkzeuge benutzen, um unsere Vormachtstellung über euch aufrechtzuerhalten. Denn wir wollen die Kontrolle eurer Märkte haben, ob die Werk-

24 Hier liegt ein Übertragungsfehler vor. Ich habe sinngemäß korrigiert. TA

zeuge, die wir zu diesem Zweck benutzen nun schwarz oder weiß sind und ob es Blut und Geld kostet, soviel wie es wolle.

Nach diesem Grundsatz und aus diesem Beweggrund, nicht aber aus irgendeiner Liebe zur Freiheit oder Gerechtigkeit, wurde das Geld in enormen Beträgen und zu enormen Zinssätzen verliehen. Und nur mittels dieser Anleihen konnten die Kriegsziele erfolgreich realisiert werden. Und nun verlangen jene Blutgeldverleiher ihr Geld. Und die sogenannten Regierungen verwandeln sich in ihr Werkzeug, ihr serviles, sklavisches und schurkisches Werkzeug, um aus der Arbeit der versklavten Bevölkerung sowohl des Nordens wie auch des Südens den nötigen Betrag zu erpressen. Er soll durch jede Art direkter wie indirekter und ungleicher Besteuerung eingetrieben werden. Nicht allein die Nominalschuld und die Zinsen - beide in enormer Höhe - sollen zur Gänze bezahlt werden; die Besitzer dieser Schuldverschreibungen sollen noch auf eine weitere Art bezahlt werden, vielleicht doppelt dreifach oder vierfach, durch entsprechende Zolltarife auf Importe, wodurch unseren heimischen Produzenten enorme Gewinnspannen für ihre Waren erzielen können. Weiter werden ihnen Monopole im Bankwesen überlassen, die es ihnen ermöglichen, Industrie und Handel der großen Bevölkerungsmasse der Nordstaaten selbst unter Kontrolle zu halten und so zu versklaven und zu berauben. Kurzum, als Preis für die Krieganleihen verlangen diese Blutgeldverleiher, ja, sie bestehen darauf und sind entschlossen, es durchzusetzen, die industrielle und wirtschaftliche Versklavung der großen Bevölkerungsmasse des Nordens und des Südens, der Schwarzen wie der Weißen. (S. 53 – 54)

Ich denke, wer verstehend diesen Abschnitt über Stoppt die Ameriknisierung unserer Sprache und Kultur gelesen hat, der muß zustimmen, daß der Aufkleber bestenfalls ein Ausdruck von Hilflosigkeit ist. Selbst wenn die Bundesbürger sich den Aufkleber millionenfach ans Auto kleben würden, könnte er bestenfalls bürokratische Reaktionen des Staates befördern, am Sachverhalt aber nicht ändern.

Im Grunde gilt es im Bereich der Sprache, der Kultur und der allgemeinen Wohlfahrt: Wenn wir uns selbst etwas Gutes tun wollen, können wir es wirklich und ernsthaft nur, wenn wir allen etwas Gutes tun wollen. Verheerend kann sich aber das gute Wollen auswirken, wenn es zur Ideologie ohne analytisches Fundament verkommt. Ebenso untauglich erscheint es mir, ausschließlich aufgrund der angenommenen Schuldnerrolle, die Welt verbessern zu wollen. Darum versuche ich im nächsten Abschnitt Hinweise auf die tieferen Ursachen unseres Unbehagens zu geben. .

5. Amerikanisierung und Globalisierung sind Umschreibungen von Kapitalismusproblemen

Ich habe einen Haufen Bücher zu Hause, die aus verschiedenen Nachlässen und aus dem Altpapiercontainer (-behälter) stammen. Bei unserem Gespräch im Institut für Geschichte der Uni Klaipeda erinnerte ich mich an ein Buch, das Inhalte der Barsinghausener Gespräche wiedergab. Es ging nach meiner Erinnerung inhaltlich um eine Auseinandersetzung mit der Tatsache der Spaltung Europas und der Rolle Deutschlands in den frühen Jahren der BRD. Ich meinte einen Widerspruch eines Litauers gegenüber einer deutschen Stimme in Erinnerung zu haben. Ich im Geschichtsinstitut in Memel gefragt, ob ein Interesse an ein solches

Buch bestünde. Dies wurde bejaht. Zu Hause angekommen habe ich es gesucht und nicht gefunden. Dafür aber „Meine Danziger Mission 1937 – 1939“ von Carl J. Burckhardt, der als ehemals letzter Hoher Kommissar des Völkerbundes für die freie Stadt Danzig berichtet. Dann war da noch der Titel „Unternehmen Barbarossa – Der Marsch nach Rußland“ von Paul Carell. Das Buch beschränkt im Wesentlichen auf die militärische Seite des Krieges gegen die Sowjetunion. Beim Lesen des geschichtlichen Teils kommen dann aber doch Zweifel auf, ob „Rußland“ nur das friedliche Lamm war, das vom bösen Wolf in Form des nationalsozialistischen Deutschlands angefallen wurde. Dann hielt ich noch das Buch „Erinnerungen von Alfred von Tirpitz aus dem Jahr 1919 in den Händen. Tirpitz schreibt unter anderem im Vorwort:

Wenn die Geschichte gerecht ist und durch Legendenbildung nicht zu sehr gefälscht wird, so dürfte sie erweisen, daß das weitaus größere Maß von Verantwortung an diesem Krieg auf Seiten unserer Feinde liegt. Nach dem Straßenrecht auf See wird bei Zusammenstößen dem die Schuld beigemessen, der die Gefahr der Lage erzeugt hat, nicht aber dem, welcher im letzten Augenblick durch unrichtige Beurteilung einen Fehler bei Ausweichen beging. Unser Unglück aber ist nicht aus der Schaffung von Macht entsprungen, sondern aus der Schwäche, die sich auf den Gebrauch der Macht nicht verstand, weder zur Friedensbewahrung noch zum Friedensschließen, sowie auf die Täuschung über unserer Gegner, über die Natur ihrer Kriegsziele und Kriegführung und über das Wesen des Wirtschaftskriegs.

Für mich ist in diesem Textausschnitt *Wirtschaftskrieg* das wesentliche Stichwort. Unter den gegebenen kapitalistischen Bedingungen (Ich wiederhole: Kapitalismus ist nicht gleich Marktwirtschaft) haben die Völker nur die Alternative sich den Gleichschaltungsdruck einer Globalisierung zu unterwerfen oder sich Wirtschaftskriegen auszusetzen, die in der heißen Form dann ideologisch mit *Freiheitskrieg* oder ähnlichen Begriffen verbrämt werden.

Als ich nicht mehr suchte, habe ich das gesuchte Buch dann doch noch gefunden. Es heißt „Deutschland im europäischen Spannungsfeld – Die Barsinghausener Gespräche / 11 – 12 / Schriften zur deutschen Frage (12)“, Leer, 1963. Als ich mit dem Abschnitt 4 fertig war, wollte ich mich lesend von der Anstrengung der Niederschrift erholen. Ich habe also die Barsinghausener Gespräche in die Hand genommen und wollte überprüfen, ob meine Erinnerung an die im Buch zu Wort kommende litauische Stimme richtig ist. Es war mal wieder so, das, was ich suchte, fand ich nicht, aber dafür zwei Passagen für meinen Abschnitt 6. Als ich einer weiteren Lesestunde das Umfeld meiner „Entdeckungen“ vertiefen wollte, wurde ich auf eine Globalisierung aufmerksam, die wir Europäer ja hinter uns haben. Ich spreche von der Hanse, dem Städtebündnis des Handels, die abgelöst wurde von der Globalisierung des Geldkapitals, die Ähnlichkeit mit unserer heutigen Globalisierung hat und mit den Namen Fugger verbunden ist.²⁵

Ich zitiere aus dem obengenannten Buch²⁶ aus: „Das Elfte Gespräch (10.-12. April 1961) / Ostkundliche Überlegungen und Hinweise zur Geschichte Osteuropas“ von Ernst Birke. (Birke wird im Register als „Prof. Dr., Leiter d. 'Haus Deutscher Osten'“ ausgewiesen.)

25 Siehe: Kauf dir einen Kaiser / Die Geschichte der Fugger von Günter Ogger, 1978

26 Ich möchte durch die Zitate nicht meine Belesenheit beweisen. Ich bin nicht das, was man belesen nennt. Es ist viel mehr so, daß die Bücher auf mich zukommen und zu sprechen anfangen, wenn ich mich mit einem Gedanken beschäftige. Der Vorgang ist vielleicht mit dem des bildenden Künstlers vergleichbar, der in den Wald geht und hier eine Wurzel, dort einen Ast sieht und dann durch seine Bearbeitung, sein Arrangement etwas macht, was auch andere wahrnehmen könnten, aber nicht tun, weil ihnen die Inspiration dazu fehlt.

Westeuropas Beteiligung an der Ostsiedlung

Die Ausbreitung der Deutschen nach Osten beginnt bekanntlich in der Stärke die schließlich unser Mittel- und Ostdeutschtum begründet hat, um 1100, zu einer Zeit also, wo die große Zeit des mittelalterlichen Reiches sich schon neigt. Wenn man von den letzten großen Stauferkaisern und Heinrich dem Löwen absieht, dann sind im wesentlichen auch nicht die bedeutenden Vertreter der staatlichen Macht des schon schwächer werdenden mittelalterlichen Reiches daran beteiligt, sondern eine anonyme, im Zuge der damaligen Zeit liegende Gewalt, eine allmählich ganz Kontinentaleuropa durchlaufende Welle sozialen und wirtschaftlichen Fortschritts. Mit aller Mühe ziehen wir sie aus den Kulissen der mittelalterlichen Geschichte hervor, die schlesischen Piasten, einzelne deutsche Fürsten.

Lokatorenfamilien, wo wir plötzlich mit Erstaunen sehen, daß ganze große Geschäftshäuser gewissermaßen mit Filialen daran beteiligt sind, von den Gestaden der Ostsee bis in die Sudeten- und Karpatengebiete hin, mit dem Bestreben, nacheinander Dörfer zu gründen. Es ist offenbar ein Geschäft gewesen, für das sich Familien spezialisiert hatten, wie die Schaumburger von den Ufern der Weser, die einmal in Holstein und das nächste Mal im Bereiche des Olmützer Bistums erscheinen, als Dorf- und später auch als Städtegründer. Es ist also schwierig, die Figuren wirklich namhaft zu machen, die an dieser großen Leistung beteiligt sind, die Formel, die längst Eingang in unsere Geschichtsbücher und unseren Geschichtsunterricht gefunden hat, daß das deutsche Volk mit allen seinen Stämmen und Ständen daran beteiligt war, ist jedenfalls richtig. Das können wir jetzt aber erweitern und sagen, Westeuropa, soweit es sich im Schoße des fränkischen Reiches entwickelt hat – ganz Westeuropa war daran beteiligt. ... (S.55 ff.)

Deutlich wird hier, daß sich damals die politisch gestaltenden Kräfte von der fürstlichen, staatlichen Ebene hin zur kaufmännisch gesellschaftlichen Ebene verlagert haben. Aus dem Text von Birke geht aber nicht hervor, welche Kräfte diesen Wandel von der einen in die andere Gestaltungsebenen und den gesellschaftlichen Aufbruch bewirkt haben. Ich wollte mich nun vergewissern, ob der Wandel mit der Münzverfassung der Brakteaten zusammenhängt. Mir viel zuerst der Titel „Das Hochmittelalter – ein Geschenk des Geldwesens“ von Hans Weitkamp ein. Ich konnte die Broschüre²⁷ aber nicht finden, obwohl ich wußte, daß ich erst kürzlich darin gelesen habe, daß Wilhelm Röpke²⁸ vermutlich der Schöpfer des Begriffes „monetäre Geschichtserklärung“ ist. Ich habe mich dann an Karl Walker, *Das Geld in der Geschichte*, 1959, gehalten. Ein weiteres Werk wäre gewesen *Segen und Flug des Geldes in der Geschichte der Völker* von Fritz Schwarz, 1945. Hier hätte ich mich aber erst wieder einlesen müssen, denn es ist wohl über dreißig Jahre her, daß ich die beiden Bände von Schwarz gelesen habe. Also bleibe ich bei Walker.²⁹ Die von Birke angegebene Zeit für den Beginn der Ostsiedlung deckt sich in etwa mit der Zeit der Einführung der Brakteaten, deren Geltungsdauer mit 1150 bis 1450 angegeben wird.

Der Brakteat war ein einseitig geprägter Dünnpfennig, der in unregelmäßigen Abständen verufen wurde. Der Umtausch der alten in neue Münzen war mit einem Abschlag belastet. Dieser

27 Wo ist die Grenze zwischen Broschüre und Buch?

28 Wilhelm Röpke, Professor der Ökonomie, kann man auch zu den Neoliberalen I zählen, aber von seinen Inhalten (z.B. Die Lehre von der Wirtschaft) abgeleitet wäre er – wenn er noch lebte – ein Gegner der Neoliberalen II.

29 Siehe dazu die Beiträge unter www.geldreform.de besonders: **Replik auf das "Brakteaten-Märchen" von Dr. Paul C. Martin** von Eckhard Siemer im Dezember 2000:

wirkte wie ein negativer Zins. Um diesen zu vermeiden gaben die Leute das Geld gleich wieder in den Markt, verliehen es zinslos oder zu einem Minimalzins oder machten Schenkungen zum Beispiel für die gotischen Dome. Da der Geldkreislauf nicht unterbrochen wurde, werden konnte, hatte hier das Sayesche Theorem, daß keine generelle Überproduktion geben kann, daß das Warenangebot die Warennachfrage einschließt (Das Einkommen aus der Produktion tritt als Nachfrage auf dem Markt wieder auf.) seine Gültigkeit, aber schon nicht mehr als es Say formuliert wurde. Es klingt verrückt: Eine kleine Änderung in der Münzverfassung soll die Gotik beflügelt und das Werk der Hanse ermöglicht haben? Die Fakten sprechen dafür. Ich lasse Auszüge aus Walker Buch folgen. Ob die Textauswahl die beste ist, weiß ich nicht. Das Buch soll (allerdings ohne Bilder und Abbildungen) wieder erhältlich sein.

*Aus: Das Geld in der Geschichte
von Karl Walker*

... Der Mensch der Gotik hat die bedeutendsten und zahlreichsten Kulturdenkmäler der abendländischen Welt erstellt; er hat innerhalb von drei Jahrhunderten unzählige Städte gebaut; er hat das Netz seines Handels bis an die Grenzen seiner Welt gespannt; er hat die für jede Weiterentwicklung unabdingbaren Gesetze einer sittlichen Lebensordnung gegen die Daseinsprinzipien des Raubmenschen, des ewigen Beutemachers, Wegelagers und Seeräubers durchgesetzt. Und bei all dem hat er nicht einmal etwas geopfert und entbehrt, weil er stets aus dem Vollen schöpfen konnte. Seine Wirtschaft war gesund, seine Gesellschaft war gesund, wie ein Organismus gesund ist, in welchem die Zirkulation der Kräfte und Säfte den Lebensbedingungen des Ganzen entspricht. ... (S. 86)

...Wir haben uns zu Beginn mit der Ordnung des Münzwesens befaßt; wir haben den Zeitabschnitt der gotischen Kultur und ihrer Wirtschaftsblüte von 1150 bis 1450 als die Epoche einer von den Geschichtsforschern bis heute noch nicht sonderlich beachteten Geldwirtschaft identifiziert. Es ist nach allen Quellen der Geschichte keine Übertreibung zu sagen, daß die Blütezeit der Gotik mit den Brakteaten kam und mit dem Verschwinden der Brakteaten unterging. Zu diesem Verschwinden aber kam es, weil die „Renovatio monetarum“, die, mit kluger Mäßigung gehandhabt, eine Wohltat war, in den Händen der Maßlosen zur Plage wurde. ... (S.94)

Walker setzt sich auch ausführlich mit der Hanse auseinander, deren Kraft mit dem erneuten Wechsel des Münzsystem zum ewigen Pfennig hin versiegte. Wir können die Blütezeit des Mittelalters als eine Globalisierung verstehen, die nicht als Bedrohung, sondern als Bereicherung empfunden wurde, obwohl auch hier der Handel und die Produktion dominierten. Wer reich werden wollte, konnte es nur durch individuellen Einsatz, der auch anderen einen Vorteil vermittelte und nicht durch Ausbeutung der Arbeit mittels falsch konstruierter Institutionen.³⁰ Man konnte sich aber auch mit wenigen Stunden Erwerbsarbeit ein angenehmes Leben machen oder sich die Unabhängigkeit des Wissenschaftlers oder Künstlers erwirken. Da die Menschen damals nicht oder nicht im erforderlichen Umfang wußten, warum es ihnen

30 Natürlich war das auch mit Kapitaleinsatz und Risiko verbunden. Nur das Geld alleine für sich konnte man nicht „arbeiten“ lassen. Siehe zum Thema Zins auch:

Bertrand Russell: Philosophie des Abendlandes / Ihr Zusammenhang mit der politischen und der sozialen Entwicklung 1950 Europa Verlag AG Zürich / 1978; 13.-15. Tausend / ISBN 3-203-50539-8 / S. 207 – 208
Aristoteles sagt: »Ihm (dem Handel) zur Seite tritt noch das **Wuchergewerbe**, das aus guten Gründen verhaßt ist, da es seinen Erwerb aus dem Gelde selbst zieht und nicht aus den Dingen, zu deren Vertrieb das Geld eingeführt wurde. Denn dieses sollte nur zur Erleichterung des Austauschs dienen; der **Zins** aber bewirkt, daß es sich selbst vermehrt... deshalb ist diese Art des Erwerbs die allernaturwidrigste« (1258)... >>>
www.geldreform.de

so gut ging, war der Ruf nach dem vom ständigen Umtausch befreiten Geld verständlich. Die Folgen waren aber verheerend. Es war ja nicht so, daß sich danach nur eine eine dominant kapitalistische Globalisierung der Finanzen durchsetzte, sondern auch ein Zerfall der Gesellschaften in Reich und Arm, in Prasser und Hungerleider die Folge war. Mit dem sicheren Broterwerb ging auch die bürgerliche Unabhängigkeit verloren; dafür waren dann Aufruhr und Verfolgung wieder auf der Tagesordnung. Hören wir noch mal Walker:

... Wenn wir uns erinnern, daß der Anfang der Wirtschaftsblüte 300 Jahre zuvor mit der Verwandlung von Edelmetallschätzen in immerwährend zirkulierendes Geld in Erscheinung trat, so zeigt sich jetzt der umgekehrte Vorgang in dem Erstarren der Geldvorräte des Landes in der neuen Schatzbildung. Diese war jetzt ermöglicht und geradezu herausgefordert dadurch, daß keine Geldverrufung mehr eintrat. Auch zu diesen Vorgängen gibt es aufschlußreiche geschichtliche Berichte.... (S. 96)

... Selbstverständlich waren die Fugger nicht die einzigen Geldmänner dieser Zeit. Da sind auch die Welser und Höchstätter in Augsburg; Jörg Thurzo, der sich vom Geschäft zurückgezogen und seinen Handelsgenossen Fugger aufgefordert hatte, auch vom weiteren Gelderwerb abzulassen, schien eine Ausnahme zu sein. Jakob Fugger antwortete ihm, er hätte viel einen anderen Sinn, wollte gewinnen, dieweil er könnte! (s. G. Ruhland „System d. pol. Ökonomie“, S. 769/70). In Nürnberg waren die Imhof, Ebner und Volkmar, in Ulm das Geschlecht der Ruland und in anderen Städten noch viele andere.

Mit welchen Gewinnspannen in diesen Kreisen gearbeitet wurde, ging aus einem Prozeß hervor, den ein Mitbeteiligter gegen Ambrosius Höchstätter angestrengt hatte. Durch diesen Prozeß war in Augsburg bekannt geworden, daß eine Geldeinlage von 900 Gulden innerhalb von 6 Jahren 30 000 Gulden brachte. Der Kläger hatte 33 000 Gulden verlangt; das Gericht hat ihm aber „nur“ 30 000 Gulden zugestanden. Die Zustände waren anno 1521 bereits so empörend, daß der Wormser Reichstag einen Untersuchungs-Ausschuß einsetzte, dessen Vorschläge dann aber, wie es vorzukommen pflegt, an den Bestechungsgeldern der bedrohten Gesellschaften kläglich Schiffbruch erlitten (s. G. Ruhland a. a. O., S. 770/71).

So wie in Augsburg hatten sich also auch in anderen Städten und Gegenden aus den reichsten der Kaufleute beim Niedergang von Handel und Gewerbe Bankiers entwickelt. Die überall nur in wenigen Händen zusammenströmenden Kapitalien drängten nicht mehr im alten Stil nach Warenumsatz. Jetzt traten andere Gewinnmöglichkeiten in Erscheinung; es kam nur darauf an, warten zu können und dann die Bedingungen zu diktieren. Kaiser und Könige, Adel und Kirche bemühten sich um die Gunst der Geldfürsten; und so nahm das Geld - während das Strombett der Wirtschaft mitsamt der geschäftigen Emsigkeit der kleinen Bürger mehr und mehr versandete und ausdörrte - seinen Weg in die Politik. Die Finanzkraft der Fugger hat eine Kaiserwahl entschieden;... (S. 98)

...Aber auch anderen Geldfürsten war der Kaiser verpflichtet. Die Welser waren kraft ihres Geldes unter Karl V. die regierenden Herren des der Krone unterstehenden Staates Venezuela geworden, eines Gebiets, fast doppelt so groß wie das Deutsche Reich vor dem ersten Weltkrieg. Das Verleihen von Geld an Kaiser und Könige, an den Hochadel und an die Kirchenfürsten mag oft genug einträglicher gewesen sein als der Handel, da es Ländereien, Pfründe und Privilegien brachte, die mühelos noch größere Gewinne lieferten. (S. 98)

Die heiße Empörung gegen das Unrecht der Zeit hatte damals auch Tilmann Riemenschneider – neben dem in Nürnberg und Krakau tätigen Veit Stoß wohl der bedeutendste Meister der deutschen spätgotischen Kunst – in den Bauernkriegen auf die Seite der aufständischen Bauern gebracht. Heute noch zeugen seine herrlichen Werke, der Creglinger Altar, der Abendmahl-Altar in Rothenburg, seine Grabplatten in Würzburg, das Kaisergrab im Bamberger Dom u. a. m. von einer unerhörten Gestaltungskraft – doch nach der Niederwerfung des Bauernaufstandes haben ihm die bischöflichen Schergen in der Folter die Hände gebrochen. -

Was die Verirrung in die Wahnvorstellungen von religiösem Fanatismus, von Hexenglauben und dergleichen anbelangt, so wird man berücksichtigen müssen, daß der Mensch dieser Zeiten für die über ihn hereingebrochene allgemeine Not keine verstandesmäßige Erklärung finden konnte. Es war nicht anders denkbar, als daß er in allem, was sich zeigte, das Walten böser, dämonischer Mächte oder die Geißel Gottes glaubte sehen zu müssen. Solange es Arbeit gab und die gewerblich Regsamkeit den Wohlstand förderte, stand es um Religion und Mystik noch anders.

Um das Jahr 1230 wollte der fanatische Prämonstratenser Konrad von Marburg die Inquisition in Deutschland einführen; doch das lebensfrohe Volk wollte von diesem finsternen Bräuchen nichts wissen – der Eiferer wurde nach kurzer Tätigkeit auf offener Landstraße erschlagen. ... (S. 103 /104)

... Die wild aufgepeitschte Zeit vermochte nur noch in Extremen zu denken. Die geistige Verwirrung des aus seiner Bahn von Arbeit, Gläubigkeit und Lebensfreude herausgeworfenen Menschen setzte sich immer mehr in Zerstörung und Auflösung um. Schließlich waren die Meinungsverschiedenheiten in Glaubenssachen in der Breitenwirkung nur noch ideologische Verbrämungen für den Kampf um Macht, Besitz, Freiheit, Brot und verlorenes Lebensglück. ...(S. 104)

Ich sehe hier durchaus Parallelen zu dem Untergang der Weimarer Republik und die grausigen Folgen. Die Ursachen liegen auch hier beim Geld, wenn auch die Systemfehler nicht identisch sind. Erst die Superinflation mit der Vernichtung von Geldvermögen (und in Folge Entwurzelung gewachsener Schichten) bis hin zur Unmöglichkeit das Geld noch als Zahlungsmittel benutzen zu können und danach die zerstörerische Deflation mit der Arbeitslosigkeit. Wenn man bedenkt, daß von Juden die Weimarer Zeit als die hohe Zeit des Judentums in Deutschland gewertet wird, dann kann man die folgende Judenvernichtung im Nazi-Deutschland wie die Hexenverbrennung im späten Mittelalter als Folge massiver ökonomischer Verwerfungen sehen.

Was ich nicht verstehen kann: Es wurde in der Weimarer Zeit versucht, den währungspolitischen Wahnsinn durch Aufklärung zu bekämpfen. Im Wesentlichen wurde diese Aufklärungsarbeit von Leuten der Freiwirtschaftsschule getragen mit Ausnahmen auch von Mitgliedern der etablierten Wirtschaftswissenschaft. Ich kann benennen: für Deutschland Albert L. Hahn, für Schweden Gustav Cassel, für die USA Irving Fisher, für England dann John Maynard Keynes. 70 bis 80 Jahre ist das her. Auch auf die Wirkungsweise der Brakteaten wird wenigstens schon ein halbes Jahrhundert hingewiesen. Warum sind die Sozialwissenschaften³¹ als Kollektiv nicht in der Lage den behaupteten Zusammenhang zwischen der Währungs-

31 Ich sage hier bewußt Sozialwissenschaften und nicht Wirtschaftswissenschaften, weil z. B. die Soziologen nicht einfach ungeprüft die Aussagen der Volkswirte übernehmen können. In der Zeit als Sozialwissenschaftler in Opposition zu der „bürgerlichen Ökonomie“ mehr gläubig als wissenschaftlich

verfassung und der Wohlfahrt der Nationen zu überprüfen? Eine wissenschaftliche Überprüfung ist es nicht, einfach die Gegenbehauptung aufzustellen, das sei alles Unsinn. Das Schlimme an der Sache ist, weil in der Wissenschaft der Themenkomplex ausgeschlossen oder nicht wahrgenommen wird, gelten bei den Absolventen, die dominant die Politik beherrschen, entsprechende Fragestellungen oder Hinweise – da im Studium nicht vorgekommen – als unsinnig. Das alles kostet das Lebensglück und das Leben selbst von unzähligen Menschen.

Dr. Dieter Suhr war Professor für Öffentliches Recht, Rechtsphilosophie und Rechtsinformatik und nebenher auch wohl noch Bayerischer Verfassungsrichter. Er war auf den hier angesprochenen Themenkomplex aufmerksam gemacht worden. Ihm war sofort klar, daß hier Lösungsansätze für eine Reihe gesellschaftlicher Probleme liegen, die er bis dahin nicht gesehen hatte. Er versuchte bei der Suche nach Antworten auf die für ihn neue Fragen bei den Kollegen in den wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten Hilfe zu bekommen. Er bekam sie nicht - schreibt er irgendwo – und begab sich selbst auf die Suche zu den Antworten. In kurzer Zeit veröffentlichte er eine Reihe von Büchern. Drei von Ihnen liegen vor mir: Gleiche Freiheit – Allgemeine Grundlagen und Reziprozitätsdefizite in der Geldwirtschaft / Befreiung der Marktwirtschaft vom Kapitalismus – Monetäre Studien zur sozialen, ökonomischen und ökologischen Vernunft / Gelde ohne Mehrwert – Entlastung der Marktwirtschaft von monetären Transaktionskosten. Suhr ist am 28. 8. 1900 bei der Rettung einer seiner Töchter selbst ums Leben gekommen. Wenn Volkswirte selbst von Hochschullehrern anderer Wissenschaften geworfene Bälle nicht auffangen können oder wollen, wozu brauchen wir dann noch wirtschaftswissenschaftliche Fakultäten?

Diesen Abschnitt über die Ursachen der Amerikanisierung und Globalisierung, die in Wirklichkeit kapitalistische Verformungs- oder Unterwerfungsprozesse sind, möchte ich mit einer Erkenntnis eines großen Amerikaners beenden. Sein Name verweist auf ein weiteres Tabu der Sozialwissenschaften und der Politik. Es handelt sich um das Boden(un)recht. Es ist Henry George mit seinem Werk *Fortschritt und Armut*. In den *Fragen der Freiheit* Nr. 245 (www.sffo.de) wird er wie folgt zitiert:

Obgleich oft durch Gewohnheit, Aberglauben und Selbstsucht auf das ärgste verzerrt, bildet das Gerechtigkeitsgefühl doch die Grundlage des menschlichen Geistes, und welcher Streit immer die Leidenschaften erregen mag – der Konflikt wird sich nicht so sehr um die Frage: >Ist es weise?< drehen wie um die Frage >Ist es recht?<

Die Neigung der Erörterung des Volkes, eine ethische Form anzunehmen, hat ihren Grund. Sie entspringt einem Gesetz des menschlichen Geistes; sie beruht auf einer vagen und instinktiven Anerkennung dessen, was vielleicht die tiefste Wahrheit ist, die wir zu erfassen vermögen. Weisheit ist nur, was gerecht ist; dauernd nur, was recht ist.

Anleihen beim Marxismus gemacht haben, war die Literatur sicher reicher an Gesichtspunkten oder einfach bunter als vorher. Ist sie aber dadurch für Gesellschaftsgestaltung und für die Bewältigung des Alltags der Individuen hilfreicher geworden? Auf der Basis einer unzureichenden ökonomischen Theorie läßt sich in allen Sozialwissenschaften viel Kluges, aber nur wenig Vernünftiges sagen.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Einschub II

Saterfriesische Sprache

aus Wikipedia, der freien Enzyklopädie

(Weitergeleitet von [Saterländisch](#))

Das **Saterfriesische** ist die letzte verbliebene **ostfriesische** Variante der **friesischen Sprache**. Es wird in der Gemeinde **Saterland** im Landkreis **Cloppenburg** von ungefähr 2000 Menschen gesprochen. Man vermutet, dass sich das Saterfriesische hier deshalb so gut halten konnte, weil das Saterland über Jahrhunderte eine von **Moor** umgebene Siedlungsinsel war, die wenig Austausch mit der Umgebung hatte.

Für diese Sprache existiert kein eigenes ISO-639-2-Kürzel, es kann gem verwendet werden, was für "sonstige germanische Sprachen/Dialekte" gilt.

<http://www.ralf-oettjes.de/Heimat/Sater01.html>

home.arcor.de/gereon.janzing/fries.htm

Im Blickpunkt **Sorge um Platt im Unterricht**

Oldenburg / INS - Der Stellenabbau in der plattdeutschen Lehrerausbildung an der Universität Oldenburg hat den Beirat des Instituts für niederdeutsche Sprache in Bremen zu einem nachdrücklichen Appell an den Uni-Präsidenten veranlasst. In Oldenburg sind seit Monaten zwei Niederdeutsch-Stellen frei - darunter die Stelle von Dr. Marron C. Fort (Leer), der für Niederdeutsch und Saterländisch tätig war und in den Ruhestand getreten ist. Ersatz ist nicht in Sicht. Eine Stelle bleibt wegen einer Wiederbesetzungssperre bis auf weite res vakant, die andere wurde ganz gestrichen. Ein Universitätssprecher versicherte den noch "Bemühungen um den Erhalt des Niederdeutschen".

©2004 ga-online Verlagsgruppe General-Anzeiger, 77 Zugriffe auf diesen Artikel

Einschub II Ende

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

6. Eine Sprache ohne Herrschaftsanspruch als verbindendes Element der Völker

Bei unserem Gespräch im historischen Institut der Uni in Memel hatten hatte ich auch eine Wochenendbeilage der HAZ dabei, die sich mit der Sicherung des Wissens von sterbenden

Sprachen befaßte. Es geht um die geschichtlichen Fakten, die in den Sprachen allgemein und in geographischen Namen und auch in Personennamen im Besonderen gespeichert sind. Die Anzahl der Sprachen reduziert sich unumkehrbar, weil die vielen kleineren ³² Sprachen sich nur in einer Inselsituation entwickeln und halten konnten. Ein Bericht befaßte sich auch mit dem Saterländisch, eine eigenständige sterbende friesische Sprache, die sich im deutschen Sprachraum noch halten konnte. Ich bin in der Nachbargemeinde aufgewachsen, konnte das Plattdeutsche gut verstehen, aber nicht das Saterländische. Ein Professor aus den USA hat dann diese Sprache als seinen Forschungsgegenstand entdeckt, lehrte dann in Oldenburg und hat sich nach seiner Emeritierung in Ostfriesland niedergelassen. Das ein farbiger US-Amerikaner sich für ihre alte Sprache interessierte und sie akzentfrei sprach, hat die Saterländer wohl mächtig angetört und diese Sprache reaktiviert. Doch mehr als ein Sprachmuseum mit befristeter Lebensdauer kann solche Bemühungen nicht produzieren. Die Bedingungen unter denen das Saterländische leben und sich erhalten konnte sind nicht mehr gegeben.

Die Frage ist, ob der Druck der Vereinheitlichung der Sprache gemildert werden kann, so daß die Sprachenvielfalt sich länger hält. Ich halte es für eine Illusion, zu hoffen, daß sich in Europa so viel Sprachen halten werden, wie die EU Mitglieder hat. Die Frage ist, ob es eine gemeinsame Sprache geben kann, die nicht einen Herrschaftsanspruch repräsentiert und damit von den anderen Sprachen den Anpassungsdruck nimmt, in Luft zum Leben läßt.

Ich will nun mit drei Quellen aus der Literatur Beispiele benennen, in denen die Sprache in Verbindung mit Herrschaft zum Ausdruck kommt.

a) 1890 und 1891 machte Henry Montagu Doughty mit seiner Familie eine Segeltour von Groningen über Binnengewässer nach Mecklenburg, Brandenburg und dann die Elbe aufwärts bis nach Böhmen. Aus der Reisebeschreibung hat der NDR ein Hörbuch produziert. Gelesen wird der Text von Jürgen Thormann.

In dem Bericht bringt Doughty seine Verwunderung zum Ausdruck, daß soviel Inschriften in französischer Sprache gehalten sind und vermutete damals, daß die Deutschen ihre Sprache wohl für bäuerlich und roh halten.

Aus einer Quelle kann man natürlich nicht ableiten, wie stark das Französische insgesamt vertreten war oder in welchem Umfang Fremdwörter aus der französischen Sprache hier in Deutschland im Umlauf waren. Ich vermute, die damalige Belastung der deutschen Sprache mit dem Französischen war nicht geringer als die heutige mit dem Englischen und Denglisch.. Vieles Fremdsprachliche wurde wieder abgelegt und andere Wörter wurden einfach Bestandteil der deutschen Sprache. Der ganze Vorgang ist ja aber wohl mit der Herrschaft der Franzosen über Deutschland zu erklären. Die Befreiungskriege lagen ja erst ein $\frac{3}{4}$ -Jahrhundert zurück. Die Französisierung der deutschen Sprache (und Kultur) hat dann wohl etwas mit der Anpassung an die reale Macht zu tun gehabt. Aber es kommt doch wohl noch etwas anderes hinzu. Mit einer Sprache, die sich vorwiegend die Oberschicht der Deutschen aneignen konnte, konnte diese sich auch leicht von der Unterschicht absetzen. Die fremde Sprache, das Französisch, war somit ein Mittel, womit man die eigenen Privilegien und eigene Herrschaft sichern konnte. (Das die Aneignung einer fremden Sprache, auch aus Begeisterung für eine andere Kultur und Literatur erfolgen kann, ist sicher auch richtig und sollte nicht unterbewertet werden.)

Wie war es denn vorher mit dem Latein? War es nicht zu aller erst die Kommandosprache

32 Klein in der Zahl Anwender.

römischer Herrschaft? Und war danach das Latein der Kirche nicht ebenfalls - neben dem Verständigungsmittel zwischen ihren internationalen Dienern - ein Mittel Herrschaftsicherung gegenüber der Masse der des Latein Unkundigen? Selbst da wo das Latein die Sprache einer Wissenschaft ist, dient sie neben der besseren internationalen Verständigung noch der Selektion, des Ausschlusses der Nichtlateiner. Dabei können doch die allgemeinen oder besonderen Fähigkeiten für das spezielle Fach mit der Unfähigkeit gekoppelt sein, sich das Latein anzueignen.

Beim nächsten Zitatblock ging es mir erst einmal darum, aufzuzeigen, daß der preußische Staat im 19. Jahrhundert unterschiedliche Sprachen und Kulturen in seinem Herrschaftsgebiet respektierte. Dann habe ich den Textausschnitt doch noch erweitert, weil das Staatsvolk nicht biologistisch begründet wurde, und daß der Staat im Unterschied zu späteren Zeiten sich auf das Einwirken in das Leben der Bürger weise beschränkte. Mir scheint, wenn wir uns mit unserem heutigen Staat oder mit Europa als neues staatliches Wirkungszentrum befassen, sind Rückblicke auf reale Staatsformen von Nutzen. Die Inhalte der Zitate sind aber auch ein Kontrastprogramm zu dem übernächsten Zitatblock und die Frage ist, wie konnte die Achtung anderer Sprachen und Lebensstile sich in eine Unterdrückung verwandeln. Ich zitiere jetzt wie weiter oben schon angekündigt aus:

Der Staatspolitische Beitrag Preußens
von Herbert G. Marzian

aus Deutschland im Europäischen Spannungsfeld / Die Barsinghäuser Gespräche /
11 – 14, 1963

(Marzian wird im Register als Magister und wiss. Mitarbeiter des Göttinger Arbeitskreises ausgewiesen.)

Aus dem Kapitel „Das Problem des Nationalismus“

Schon vor 1848, da die Einigungsbestrebungen im Paulskirchenparlament zum ersten Male geschlossen politisch demonstriert wurden, kam noch die Spaltung zwischen kleindeutschen und großdeutschen Auffassungen hinzu. Nach dem Scheitern des Versuches von 1848 wo für der Historiker sehr plausible Gründe angeben kann, gewann die Ansicht an Boden, daß eine Einigung Deutschlands nur unter der Führung von Preußen erreicht werden könne. Das alte Renommé, das sich bereits das friderizianische Preußen erworben hatte, lebte wieder auf. Wir kennen viele zeitgenössische Urteile und Stimmen, welche von dieser positiven Einstellung gegenüber Preußen zeugen. Bemerkenswert ist aber vor allem die preußische Haltung zur Nationalitätenfrage jener Zeit. Der Minister Altenstein führte im Jahre 1822 in einem Erlaß an die Posener Regierung u. a. aus: *„Religion und Sprache sind die höchsten Heiligtümer einer Nation... Eine Obrigkeit, die diese anerkennt, achtet und schützt, darf sicher sein, die Herzen der Untertanen zu gewinnen; welche sich aber gleichgültig dagegen zeigt oder sogar Angriffe darauf erlaubt, die erbittert und entwürdigt die Nation und erschafft sich ungetreue und schlechte Untertanen. Wer aber etwa glauben wolle, daß es zur Bildung der polnischen Nation wesentlich beitragen würde, wenn sie wenigstens der Sprache nach germanisiert würde, der möchte sich in einem großen Irrtum befinden.“* (S. 69)

Es kann nur einem gesunden Geschichtsbewußtsein und gerade auch in der Blick-

richtung auf den Osten dienlich sein, wenn wir uns entschließen, in diesem ganzen Blumengarten des deutschen Geistes zu jäten, seltsame Blüten zu belächeln, nicht wenige auch in die Abfallgrube zu werfen. Der alte Goethe — und nicht der biedere Turnvater Jahn — sollte uns hier beraten. Wir würden uns mit neuer Verwirrung infizieren, wenn wir uns romantischer, wirklichkeitsfremder, zweckwidriger „Deuschtümelei“ hingeben würden. Denn wir müssen nach gehörigem Abstand doch wohl sagen, daß allein schon im Hinblick auf die Nationalitätenfrage der preußische Standpunkt realistisch und weitsichtig war, wie ihn etwa Georg von Vincke in derselben Frankfurter Nationalversammlung 1848 bei der Behandlung der österreichischen Frage empfehlend erläuterte: *„Das einfachste Mittel, den Nationalitäten ihr Recht widerfahren zu lassen, besteht dann, daß man ihre Gleichberechtigung ausspricht, jeder für ihre inneren Angelegenheiten einen Mittelpunkt gibt und darüber wieder einen Zentralpunkt für ganz Österreich begründet.“* (S. 70)

Was soll mit dieser Charakterisierung verschiedener Auffassung aufgezeigt werden? Auf der einen Seite sehen wir ein im wesentlichen schwärmerisches, Grenzen überflutendes politisches Denken, das programmatische Forderungen entwickelt, die gerade im Hinblick auf die östlichen Verhältnisse wie eine Brandfackel an einer Pulvermine wirkten. Die als ethische Maxime aufgeputzte Forderung, jedes Volk müsse seinen eigenen Staat haben, mußte zerstörend auf bestehende oder sich bildende Völkergemeinschaften in einem Staate wirken. Auf der anderen Seite lebte der preußische Staat nach dem Prinzip, von seinen Bürgern politische Loyalität, aber nicht auch ein uniformes deutsches kulturelles und sprachliches Bekenntnis zu fordern.

Aus dem Kapitel: „Wandlungen der preußischen Staatspraxis“

Der preußische Staat war eine Gemeinschaft von Staatsbürgern, die nicht ethisch bzw. biologisch determiniert zu sein hatten, sondern die sich in einem gemeinsamen Staatsbewußsein vereinigt wußten. ... (S.70)

... Für das 19. Jahrhundert bedeutet diese Einsicht, daß doch wohl nur ein Staat seinen Bürgern eine sichere Heimstatt bieten konnte, der nicht nach dem Ahnenpaß, sondern nach der Loyalität fragt. Oder anders ausgedrückt: Der Appell an die Vernunft und die Willensentscheidung des einzelnen läßt dem individuellen Gemüt einen freien Raum. Deshalb konnten — wie ich es sehe — sich auch Menschen nichtdeutscher Abstammung, Kultur und Sprache zum preußischen Staat bekennen, weil er in die häusliche Atmosphäre nicht hineinregierte. Deshalb konnten auch Menschen, die nicht in Preußen geboren waren, sich von diesem Staat angezogen fühlen. Deshalb war Preußen damals unter den deutschen Staaten nach seiner Anlage und Tendenz befähigt, Kristallisationspunkt für die deutsche Einigung zu werden.

Noch ein weiterer Aspekt des Wesens des preußischen Staatsgedankens sei erwähnt. Konstantin Frantz, der bedeutende deutsche Publizist des 19. Jahrhunderts, hat mit Recht darauf hingewiesen, daß Preußen ein Staat mit europäischem Charakter sei. Wenn wir uns an die geschichtliche Entwicklung des preußischen Staates erinnern, dann wird uns deutlich, daß bei seiner Entstehung niederländische, französische und englische Einflüsse mehr wirksam gewesen sind als mittelalterliche deutsche Traditionen. Während manche Territorialgebilde auf westdeutschem und süddeutschem Boden zwar in einem urtümlichen Zustand, damit

aber in den Fesseln des Mittelalters verblieben und mehr oder minder einer Anpassung an die neuzeitliche Entwicklung nicht fähig waren, gelangte Preußen im 18. Jahrhundert an die Spitze der europäischen Entwicklung. Während Westdeutschland erst durch den Code Napoleon ein neuzeitliches Gesetzbuch erhielt, war in Preußen das Allgemeine Landrecht längst kodifiziert. ... (S. 71)

Der nächste Ausschnitt ist wiederum aus dem zitierten Buch. Der Titel des Beitrages lautet:

Das Deutschlandbild der Polen

von
Stanislaw Kudlicki

(im Register ausgewiesen als „Exilpol. Publizist, Bonn und London“)

... Beim Regierungsantritt des Großen Kurfürsten, in der Mitte des 17. Jahrhunderts, war Preußen ein Land, das 75 000 km² Fläche und etwas über eine Million Einwohner hatte. Im Jahre 1795, nach der dritten Teilung, hatte es 306 000 km² Fläche und 8,7 Million Einwohner. ...

Im Bewußtsein der Polen ist Preußen auf unsere Kosten zu einer solchen Großmacht im damaligen Europa geworden, so daß es im nächsten Jahrhundert mit Erfolg den Anspruch erheben konnte, die Führung des ganzen deutschen Staates zu übernehmen, was dann 1871 Wirklichkeit geworden ist.

Ich bin deswegen ein wenig auf die geschichtlichen Vorgänge eingegangen, um Ihnen klar zu machen, wie der Begriff dieser Feindschaft entstanden ist. Zur vollen Entfaltung kam er in dem Moment, als die unheilvolle preußische Polenpolitik der Bismarck-Ära eingesetzt hatte. Bis zur Bismarckzeit, schon nach den Teilungen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, fühlten sich die Polen bedrückt, sie hatten ja ihren Staat verloren, aber sie hatten am Anfang des 19. Jahrhunderts nicht das Gefühl, im preußischen Staat besonders verfolgt zu werden. Verfolgungen haben wohl stattgefunden, aber sie waren mehr bedingt durch die absolutistische Regierungsform und durch soziale Unterschiede, die damals eine sehr große Rolle spielten. Diese hatten für das polnische Volk bis zu dem Jahre 1918 nachteilige Auswirkungen z. B. in der Form des Dreiklassensystems bei den Wahlen zum preußischen Landtag. Die kraß antipolnische Politik hat erst zur Bismarck-Ära, vor allem während des Kulturkampfes, eingesetzt.

Ich will hier nicht auf die Ansiedlungskommissionen, die Abschaffung der polnischen Sprache in den Schulen, auf das Sprachgesetz, auf das Enteignungsgesetz und alle die Ausnahme Gesetze eingehen. Nur das eine möchte ich noch sagen: 1914 gab es im damaligen Preußen beinahe vier Millionen Polen, deren Muttersprache, wie bei der Volkszählung festgestellt wurde, polnisch war. Im Reichstag gab es 18 polnische Abgeordnete. Aber im ganzen preußischen Staat gab es keine polnische Schule, keine Volksschule, keinen polnischen Unterricht, nur in Dorfgemeinden mit mehr als 51 Prozent polnischer Bevölkerung durfte der Religions-

unterricht in den ersten Schuljahren in polnischer Sprache erteilt werden. Es gab auch kein polnisches Gymnasium oder andere höhere polnische Schulen. Die gesamte Verwaltung war deutsch. Der Gebrauch der polnischen Sprache war überhaupt im amtlichen Verkehr nicht zugelassen.

Nun, die Polen haben natürlich Möglichkeiten gefunden, um diesem Übel aus dem Wege zu gehen und es zu bekämpfen. Ich gehöre zur Generation, die in dieser Zeit groß geworden ist, und ich habe ein königlich-preußisches Gymnasium, wie es damals hieß, besuchen müssen, weil es keine polnischen Schulen gab. Ich habe in diesen Schulen kein Wort Polnisch gelernt. Es war streng untersagt, sogar während der Pausen miteinander Polnisch zu sprechen, was natürlich selten befolgt wurde und ganz im Gegenteil recht merkwürdige Reaktionen hervorgerufen hat. Wenn ein polnischer Mitschüler, neben dem man saß, vom Lehrer gefragt wurde und er nicht zu antworten wußte, wurde ihm vorgesagt. Es galt als nationale Ehre, ihm in polnischer Sprache vorzusagen. Man bildete sich ein, daß das ein Ausdruck des nationalen Stolzes sei. Es war sehr bequem, denn der Lehrer verstand nicht, was man sagte. Die polnischen Schüler im Gymnasium, die aus Elternhäusern stammten, in denen sie im polnischen Nationalgefühl erzogen wurden, versuchten selbstverständlich, sich in der eigenen Sprache, in der eigenen Geschichte auszubilden.

Es gab geheime Bildungsvereine, die traditionsmäßig an ähnliche geheime Vereine anknüpften, die am Anfang des 19. Jahrhunderts, im Wilnaer Gebiet von Mickiewicz, damals als die ersten russischen Verfolgungen gegen das Polentum einsetzen, gegründet wurden, auf die übrigens damals der Geist der deutschen Burschenschaften Einfluß ausgeübt hatte. In diesen Geheimzirkeln unterrichteten ältere Schüler jüngere Schüler in der polnischen Geschichte, Erdkunde, Literatur, Grammatik, Orthographie usw. Dieser Unterricht war sehr straff organisiert, mit einer ganz genauen Einteilung des Programms, jedes halbe Jahr eine mündliche, jedes Jahr eine schriftliche Prüfung —, so ging es bis zum Abitur.

Während des Deutschunterrichts in der Schule, in der wir deutsche Literaturgeschichte lernten, erfuhren wir nichts über die Polenlieder, Polengedichte aus der Zeit nach dem Aufstande aus dem Jahre 1830, die Uhland und andere Dichter damals gedichtet hatten. Das Bewußtsein, daß uns dies in der deutschen Schule vorenthalten wurde, hat dazu geführt, daß wir in polnischen Geheimzirkeln diese Gedichte deutsch gelesen und teilweise auswendig gelernt haben. Das ist auch wieder eine sehr interessante Auswirkung, wie der nationale Kampf gerade einen Gegensatz dessen hervorruft, was man bezweckt hat. (S. 343)

Wir haben in diesen drei Textbeispielen unterschiedliche Haltungen zur Sprache gesehen. 1. Die Aneignung der Sprache der französischen Herrscher, 2. die vermutete Aneignung der französischen Sprache zur Absicherung der eigenen Macht im eigenen Staat. 3. Die Toleranz gegenüber Sprache und Kultur von Minderheiten und 4. der Versuch der Zwangseindeutigung. Ich vermute, das sich dieses Muster wohl in allen europäischen Staaten wiederholt. Bevor ich versuche, daraus gedankliche Konsequenzen zu ziehen, will ich noch einen anderen Textausschnitt einblenden.

Ich habe ja weiter oben berichtet, daß mir bei unserem Gespräch im historischen Institut der

Universität Klaipeda das Buch mit den Barsinghausener Gesprächen eingefallen ist. Und daß ich mich erinnerte, daß dort auch ein Litauer einen Beitrag veröffentlichen konnte. Erst konnte ich das Buch nicht finden und dann den Beitrag nicht. Aber bei der Suche war ich auf die anderen Beiträge gestoßen und dadurch für meine Mühe belohnt worden. Jetzt habe ich den Beitrag gefunden und bringe davon drei Absätze. Der Titel:

Das Deutschlandbild und das Rußlandbild
der baltischen Nationen
von
Julius Bracs

(Er wird im Register ausgewiesen als: Dr., Studienrat, Hannover. Daß er Litauer ist, war oder ist von mir also nur eine Vermutung)

... Die baltischen Nationen gehören zum westlichen Kulturkreis. Estland ist evangelisch, Lettland ist evangelisch und ein Landesteil katholisch, Litauen ist katholisch, der litauische Zweig im ehemaligen Ostpreußen evangelisch. Die baltischen Nationen sind auch keine Slawen. Die Esten gehören der ugrofinnischen Völkerfamilie an, die allerdings auch Europäer sind und nicht Asiaten oder sogar Mongolen. Die Letten und Litauer bilden einen selbständigen Zweig der indoeuropäischen Völkerfamilie wie die Germanen, Romanen und Slawen. Letten und Litauer sind Balten im engeren, sprachlichen Sinne oder Aistier. Die drei baltischen Nationen der Gegenwart stellen eine Einheit dar nicht im sprachlichen Sinne, sondern gehören geographisch-politisch zusammen, sind historisch zusammengewachsen und bilden jetzt eine politische Einheit wie in der Heimat so auch im Exil.

Die aistischen Sprachen (Litauisch und Lettisch) sind die ältesten jetzt lebenden indoeuropäischen Sprachen. Litauisch steht auf derselben Altersstufe wie Griechisch, Latein und Sanskrit in Indien. Das Lettische ist tausend Jahre älter als die deutsche Sprache. Die baltischen Nationen sind also weder „jung“, noch sind sie gerade „klein“. Nicht die bloße Zahl, sondern Taten entscheiden in der Geschichte.

Im Baltikum gab es schon vor dem ersten Weltkrieg kein Analphabetentum mehr. Der Wohlstand war schon zu jener Zeit dem Rußlands weit überlegen. Nach dem zweiten Weltkrieg sind die baltischen Nationen in der freien Welt sehr bekannt geworden, da es fast in jedem Lande der freien Welt Balten und baltische Organisationen gibt. ...

Die Folgerungen:

1. Wie wir schon aus diesen wenigen Textquellen ersehen können, ist politisches Zeitgeschehen immer mit der Wirkung auf die Sprachen verbunden. Es wird entweder die Sprache einer Sprachengemeinschaft als Heimat gebendes Kulturgut respektiert, vielleicht sogar gefördert oder es findet etwas statt, das zwischen der Abstufung auf die Bedeutungslosigkeit und der aktiver Unterdrückung liegt.
2. Die Unterdrückung und Abstufung einer Sprache findet im Rahmen der Expansion einer anderen politischen und wirtschaftlichen Macht statt, die quasi die eigene Sprache als die „höherwertige“ oder „höherrangige“ mitbringt.

3. Offene Sprachgrenzen setzen die Sprachen aber auch ohne gezielte politische Maßnahmen unter Wettbewerbsdruck. Die bewußte Pflege der eigenen Sprache wird sich auf Dauer nicht gegenüber dem Nützlichkeitsdenken der Masse der Sprachanwender behaupten können. Eine bürger-politische Förderung einer Sprache muß daher mit einer Nutzenstiftung verbunden sein.

4. Von ein politisches Gebilde wie die Europäische Union mit den vielen Völkern mit unterschiedlichen Sprachen geht ein ökonomischer Druck auf eine Sprachvereinheitlichung oder zur Reduzierung der Vielzahl der Sprachen aus. Der Druck ist um so höher, je zentralistischer die Politik ist und um so geringer, je dezentraler die Politik angelegt ist.

Die Sprachvereinheitlichung oder die Sprachenreduzierung ist in der EU und den Mitgliedsländern aber kein offenes Thema, weil mit den Sprachen nationale Empfindlich- und Eitelkeiten verbunden sind. Eine offene Aussprache in der EU könnte die Union wie ein Sprengsatz wirken. Das Ringen um den Erhalt oder den Rang der Allgemeingültigkeit der jeweiligen eigenen Sprache dürfte aber trotzdem vorhanden sein.

5. Der Verdrängungs-, Verflachungs- und Verfremdungsdruck, der auf die einzelnen Sprachen liegt, könnte sicher gemildert oder für eine unbestimmte Zeit aufgehoben werden, wenn die Europäer (oder die Weltbevölkerung) sich für eine allgemeine, grenzüberschreitende Sprache entscheiden könnten, die zumindest juristische und ökonomische Informationen korrekt transportieren kann. Das Sprachensterben könnte sicher verzögert werden. Die Nationalsprachen würden als Ausdruck für Heimat, eigenständige Kultur und als Datenspeicher für die Geschichte der Länder oder Regionen erhalten bleiben oder gar weiterentwickelt werden..

6. Die Frage ist, ob ein demokratischer oder ein herrschaftsfreier aber rationaler Prozeß der Findung einer Gemeinschaftssprache in Europa (oder gar in der Welt) in Gang gesetzt werden kann, der auch zu einem Ergebnis führen würde, ohne daß das Gefühl der Unterdrückung oder Überfremdung bei den Völkern Europas zurückbleibt?

7. Wenn man sich auf der Suche nach einer künftigen gemeinsamen Sprache begibt. Was wäre zu berücksichtigen?

a) Als erstes wäre zu untersuchen. Ist eine heute angewendete Sprache, ein tote Sprache oder eine Kunstsprache wie z. B. Ido³³ der Vorzug zu geben.

aa) Bei der Entscheidung für eine lebende Sprache ist wieder die Frage: Eine weitverbreitete (nationale) Sprache (Die jenen natürlich Vorteilsvorsprung einräumt, für die sie jetzt schon Alltagssprache ist.) oder eine Sprache eines kleinen Volkes? (Da hätte nur eine kleine Minderheit einen Vorteil.)

ab) Bei der Entscheidung für eine tote Sprache wäre, die Frage, ob außer dem Latein noch eine andere zur Verfügung steht.

ac) Bei der Entscheidung für eine Kunstsprache ist ebenfalls die Frage: Welche stehen zur Verfügung.

b) Bei allen Sprachen sind folgende Fragen zu beantworten:

ba) Wie steht es mit der Ausdrucksfähigkeit?

bb) Wie steht es mit der Ausbau- oder Entwicklungsfähigkeit?

bc) Wie steht es um die inhaltliche Erlernbarkeit (einfach – schwer)?

bd) Wie steht es um die Einfachheit und Erlernbarkeit des Zeichensatzes?

be) Wie steht es um die Übersetzbarkeit der Laute in möglichst viele Sprachen?

bf) Wie steht es um die technische Verarbeitung des Zeichensatzes?

33 Siehe Anzeige in den Sprachnachrichten Nr. 23 / S. 18

Es sind viele Fragen und ich weiß nicht ob es auch viele Antworten gibt. Nur glaube ich nicht, daß sich die Fragen von selbst ohne künftige Sprachenkonflikte erledigen. Auch dürfte es schwer sein, die französische, englische oder deutsche Sprache als Gemeinschaftssprache in Europa durchzusetzen. Es wäre aber durchaus nützlich zu wissen, wie die EU-Bürger darüber denken. Planen und Gestalten kann man besser mit Fakten als mit Spekulationen. Und für die Bürger der EU wäre es eine Entscheidungshilfe bei der „Investition“ in eine Fremdsprache zu wissen, wohin der fremdsprachliche Trend geht oder welche Sprache in Europa dominant sein wird.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Einschub III

Unterricht in Walisisch

CATHERINE ZETA JONES (34), aus Wales stammende Hollywoodschauspielerin, hat eine Privatlehrerin engagiert, damit ihre Kinder die walisische Sprache erlernen. Wie die „Sun“ berichtet, wurde die 26 Jahre alte Sprachlehrerin Lynn Watkins von Jones angestellt: Sie wird von kommendem Jahr an dem vier Jahre alten Dylan Walisisch beibringen. Später soll auch Tochter Carys (1) die Sprache lernen. „Catherine ist sich ihrer Herkunft sehr bewusst“, zitiert das Blatt eine Freundin von Jones. Die keltische Sprache (auf Walisisch: „Yr iaith Gymraeg“) wird heute noch von rund 500 000 Menschen fließend gesprochen.



Aus der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung vom 26. 8. 2004 / S. 8

Einschub III Ende

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

7. Zum Streit über die Rechtschreibreform

In den letzten Wochen ist ja viel bei uns über die Rechtschreibreform gesprochen und gestritten worden. Zeitungen wollen zur alten Schreibweise zurückkehren, sogar Politiker machen sich für die Rückkehr stark und von einem Bürgermeister einer Großstadt las ich, daß er die kluge Entscheidung für seine Mitarbeiter getroffen hat, über die Rechtschreibform frei zu entscheiden. Das wurde gleich mit dem Anarchismus-Vorwurf kommentiert. Wobei mal wieder Herrschaftsfreiheit und chaotische Gesetzlosigkeit verwechselt wurde.

Die Frage ist, ob man ein scheinbares Detailproblem Rechtschreibung vernünftig diskutieren

kann, ohne die Frage zu stellen, was die Aufgabe des Staates ist oder ob sich eine Sprache überhaupt in ein Zwangsbildungssystem halten und entwickeln kann.

Damit nicht der falsche Eindruck entsteht, als würde ich mich als Sprachexperte hier äußern, will ich mit einem Bekenntnis beginnen, dann nach der Funktion der Sprache fragen und danach die Rechtschreibung als Fördermittel oder Hindernis für die Ausbreitung der deutschen Sprache anklingen lassen. Danach werde ich die Frage stellen, ob die Freiheit oder das Prokrustesbett für unsere (Schrift-)Sprache erforderlich ist. Auf das Bildungssystem werde ich auch eingehen. Den Staat als Thema hebe ich mir für den nächsten Abschnitt auf. An dieser Stelle folgt nur ein Hinweis. Auch in diesem Abschnitt werde ich mit fremden Textauschnitten arbeiten, so daß der Charakter dieser Arbeit als Textcollage durchgängig beibehalten wird.

Ich habe Jelzin und Preuß zitiert. Bei ihnen kann man lesen, daß zu ihrer Zeit als Schüler der Riemen - also die Schläge mit dem Gürtel - als bewährtes pädagogisches Mittel galt). Das war zu meiner Zeit als Schüler auch so. (Ich bin drei Jahre jünger als Jelzin. Lebt er noch?) In der Schule gab es außerdem eine Sitzordnung, die von der Fehlerzahl in den Rechenarbeiten und Deutschdiktaten abgeleitet wurden. Wer am wenigsten Fehler hatte, kam auf den Platz 1, der am weitesten vom Lehrerpult entfernt war. Der mit den meisten Fehlern dann entsprechend auf dem letzten Platz direkt vor der Nase des Lehrers. Ab einer bestimmten Fehlerzahl gab es dann zusätzlich Hiebe. Die Hände und der Po waren die bevorzugten Orte des Aufpralls des Stockes. (Das war bestimmt keine gute Pädagogik. Nur ist der Verzicht auf den Stock noch kein Beweis dafür, daß die heutige Pädagogik besser ist.) Aufgrund meiner Fehlerzahl im Deutschen saß ich zwar immer im oberen Drittel der Rangfolge, aber nie auf den ersten oder zweiten Platz. Hinzukam, daß meine Schreibschrift (bis auf das erste Schuljahr, in dem die deutsche Langschrift noch geschrieben wurde) immer schlecht war oder schlecht beurteilt wurde. Ich habe das mit der Zeit regelrecht als Behinderung empfunden. Und ich bin heute noch peinlich berührt, wenn mir jemand bei handschriftlichen Notizen zuschaut. Dabei sind meine Hände bei der Arbeit am Werkstück oder auch beim Schreiben mittels Tastatur willig und manchmal den Gedanken vorausseilend. (Die Hände mit Finger und Fingerkuppen sind also nicht nur Vollzugsorgan des Willens und des Gedankens, sondern auch Impulsgeber für den Gedanken.) Ich kann zwar heute noch aufsagen: „An, auf, hinter, in, über, unter vor uns zwischen erfordern auf die Frage: Wo?, den dritten Fall und auf die Frage: Wohin? den vierten.“ Und „Mit, nach, nächst, samt, bei und zuwider erfordern den dritten Fall.“ In der Sprach- und Schreibpraxis nützt mir das aber wenig. Die Frühkindliche Sprachprägung ist stärker. Die Fälle rappeln bei mir immer noch durcheinander, wenn auch nicht mehr so stark wie früher. In einem anderen Text habe ich berichtet, daß meine Muttersprache, die Fremdsprache meiner Mutter ist, weil sie mit dem Plattdeutschen aufgewachsen ist und erst in der Schule das Hochdeutsch gelernt hat. Da aber wohl der überwiegende Teil der Bevölkerung in der Gegend, wo ich aufgewachsen bin, die gleichen Fehler macht wie ich, ist zu vermuten, daß die Sprachmischung aus Platt- und Hochdeutsch die Ursache des Übels ist. Hinzu kommen auch wohl genetische Momente. Einen Professor der Humangenetik hörte ich in einem Vortrag sagen, daß Legasthenie eine genetische Veranlagung wäre. Er selber wäre Legastheniker und seine Kinder ebenfalls. Meine Frau hat zwar Deutsch studiert, benötigt aber keine Regel, weil sie einfach sieht, wie es geschrieben werden muß und klagt über die Rechtschreibschwäche unserer Kinder, die sie vermutlich von mir geerbt haben. Ich kann mich bei aufkommenden Zweifel an der Schreibweise eines Wortes zwar daran erinnern, daß ich schon einmal oder mehrmals im Wörterbuch nachgeschaut habe; daß richtige Ergebnis liefert mir mein Gedächtnis aber nicht. Nun haben die heutigen PC-Schreibprogramme ja meistens ein ergänzendes Korrekturprogramm, nur das von mir benutzte ist für meiner Fehlerhaftigkeit noch zu wenig ausgebaut. Wenn die Leser, die Leserinnen im vorliegenden Text nur wenig Fehler finden, dann habe ich noch eine Seele gefunden, die den Text korrigiert hat. Ver-

bleibende Fehler sind dann auf das allgemeine Konto der gesellschaftlichen Schreibunsicherheit zu verbuchen.

Diese scheinbaren privaten Mitteilungen sind ein hochpolitisches Signal, wenn man sie in Verbindung setzt mit den Klagen der Ausbildungsbetriebe über die Schreibschwäche der Lehrlinge (Das Wort *Lehrling* gefällt mir immer noch besser als das Kunstwort *Auszubildender*.³⁴) Ich vermute, daß zum Teil die Klagen auch daher kommen, weil in den meisten Betrieben ein ständiges Ringen mit der Rechtschreibung stattfindet und ein fehlerhafter Geschäftsbrief als größere Schande gilt als ein mangelhaftes Werkstück.

Wenn wir Deutschen schon die Schwierigkeiten mit der Rechtschreibung haben, dann haben die Ausländer, die Deutsch als Fremdsprache wählen, ja noch mehr Grund zum Klagen. Letztendlich wird die Wahl für eine bestimmte Fremdsprache aber von der schwereren oder leichteren Weise der Erlernbarkeit mitbestimmt. Wir haben also allen Grund, uns über eine bessere bzw. leichtere „innerbetriebliche“ Aneignung der deutschen Rechtschreibung Gedanken zu machen und auch als Basis für die Ausbreitung von Deutsch als Fremdsprache eine möglichst einfache Rechtschreibung zu entwickeln.

Wenn ich an anderer Stelle gesagt habe: „Ich bleibe bei der alten Rechtschreibung!“, dann ist die Aussage nicht ganz richtig, weil ich persönlich ja beide Regelwerke nicht beherrsche. Meine eigentliche Aussage ist: Wir brauchen eine Rechtschreibreform, aber die Ausarbeitung und die Durchsetzung dürfen wir nicht dem Staat überlassen, der sich auch schon so immer mehr zu dem in der Literatur beschriebenen Leviathan ausbildet. Für ein gesetzliches Regelwerk im Straßenverkehr gibt es gute Gründe, für eine gesetzliche Regelung im Schriftverkehr nur den Einheitswahn. Andererseits dürfen wir auch nicht einem ertragsorientierten oder einem gemeinnützigem Verlag ein Monopol auf die Definition des richtigen Deutschen und die buchhändlerische Vermarktung verschaffen.

Wenn wir über unsere Sprache und ihr Regelwerk sprechen, dann dürfen wir auch die Tatsache nicht übersehen, daß für eine Gesellschaft der Freien ein Zwangsschulsystem wie die Faust aufs Auge paßt. Der Schulzwang macht die Lehrer zu Vollzugsbeamten politischer Vorgaben. Es ist ein Irrtum, daß die Liebe zur Muttersprache mittels Lehrpläne und Noten „eingepreßelt“ werden kann. Die hohe Quote der Analphabeten, der Abgänger ohne Selbstwertbewußtsein und die Selbstmordquote unter den Schülern spricht zusätzlich gegen das System, das einem kybernetischen Regelkreis mit eingeklemmten Ein-Aus-Schalter gleicht. Es muß doch zu denken geben, daß die meisten Menschen nach einem Durchlauf von 10 bis 20 Jahren Schule immer noch nicht in der Lage sind eine Gedicht oder einen eigenen Gedanken zu Papier zu bringen. Auch dürfen wir nicht übersehen, daß der Staat und die Schule sich gegenseitig reproduzieren. Der Staat macht nicht nur Gesetze für die Bürger, sondern über den Eingriff in die Erziehung und als Betreiber der Schulen auch Bürger für seine Gesetze. Das ist schon bei Schiller in seinen „Vorlesungen über die Gesetzgebung des Lykurgus“ zu lesen. Früher habe ich das häufiger aus „Bürger für die Gesetze“ von Friedrich Salzmann, 1949, zitiert, inzwischen aber auch bei Schiller im Originaltext nachgelesen.

Ich kann mir vorstellen, daß das Thema Rechtschreibreform in dem Verein Deutsche Sprache gemieden wird, weil es leicht die Mitgliedschaft spalten kann. Die Situation wird ähnlich sein wie in der Gesamtgesellschaft. Schlecht einschätzen kann ich den Verein im Hinblick auf mehr „konservativ“ oder „progressiv“, denn die Verteidigung der deutschen Sprache kann

34 Ich war in vier Ausbildungsberufen Lehrling. Nur in einem nannte man es nach Stand der Ausbildung: Junge, Jungmann und Leichtmatrose. Ich habe den Begriff nie als diskriminierend empfunden..

von beiden Haltungen her motiviert sein.

Eine Rechtschreibreform kann auch nicht Gegenstand einer Mehrheitsentscheidung von Repräsentanten oder des Volkes sein. Die Sprache braucht Freiheit. Die Freiheit der Sprache schließt aber nicht eine freiwillige Unterordnung der Anwender unter ein Regelwerk aus. Die freiwillige Unterordnung bedarf aber der Wahlmöglichkeit. Die Wahlmöglichkeit haben wir aber nur, wenn wir wenigstens zwei Regelwerke zur Auswahl haben. Mein Wunsch geht dahin, daß es ein konservatives und ein progressives Regelwerk gibt und außerdem eine Freistilvariante für diejenigen, die sich an die beiden erstgenannten Regelwerke nicht halten wollen oder können. Die Autoren oder Herausgeber zeigen dann an passender Stelle an, nach welchem Regelwerk der Text geschrieben wurde. RK für konservativ, RP für progressiv und RF für den Freistil. Lexika und Register könnten dann natürlich nur unter RK oder RP veröffentlicht werden. Erforderliche Anpassungsschritte in den Regelwerken sollten in Abständen von fünf Jahren vorgenommen werden, damit a) das Lehrpersonal nicht überfordert wird und b) die Verlage eine sichere Kalkulationsgrundlage haben und c) sich nicht zuviel Änderungsbedarf in einem längeren Zeitraum aufstaut.

Ich lasse jetzt wieder Textausschnitte folgen. Die ersten Zeilen sind aus eigener Produktion. Sie sind entstanden weil Anfang Juni 1975 Angela Hoffmann, eine damals startende Schriftstellerin bei mir anrief und fragte, ob ich eine Dichterlesung auf dem Maschsee in Hannover unterstützen könne. Aus dem Gefühl heraus, Hilfesuchende helfen zu müssen, habe ich zugesagt. Mir wurde erst im Nachhinein bewußt, daß sie eigenen Beiträge von mir erwarte. Ein Ausschnitt gebe ich hier wieder. Mir war es aber damals peinlich, daß ich unter der Rubrik „Dichter“ in der HAZ vom 9. 6. 75 und in der NHP vom 13. 6. 75 erwähnt wurde. Peinlich war mir die Nennung nicht wegen der Öffentlichkeit oder des Inhaltes, sondern weil in meiner Wertung der Schriftsteller dem Schreiber folgte und der Dichter dem Schriftsteller. Und ich für mich fühlte, daß ich erst gerade mühsam die Anfangsstufe des Schreibers erklommen hatte.

Willst Du dichten, so verliere die Scheu
vor den womöglichen psychoanalytischen Kennt-
nissen Deiner Adressaten.

Willst Du den Psychotherapeuten vermeiden,
so fange an zu dichten.

Als ich zu den Stummen zählte, war mein sehn-
lichster Wunsch, musizieren oder dichten zu können.
Trösten und heilen wollte ich Euch und mich in
einer kaputten Welt.
Mühsam lernte ich schreiben, nicht das Dichten.
Die Welt müssen wir ändern, so dachte ich.
Viele volle Schreibmaschinenseiten wurden an
langen Abenden geboren.
Ein stummes Echo war der Lohn.
Wie ist es Euch ergangen? Berichtet!

Unmündig war ich.
Ohnmächtig bin ich.
Kommt die Weisheit vor oder nach der Resignation?

Dem Heil der Welt habe ich mich verschrieben.
Diene ich dadurch der Hölle?

Sprache ist eine absolute Mangelware in Situationen,
in denen menschliche Beziehungen verdursten, weil die
Worte fehlen.

Ein Paradoxon unserer Tage ist, daß wir zuviel und
zuwenig sprechen und schreiben.

Es gibt nicht nur eine Inflation des Geldes.

Sprache ist ein Transportmittel von Gefühlen und Wahr-
nehmungen, wehrt Euch gegen den Monopolanspruch der
Wortgelehrten.

Es gibt eine Sorte Sozialisten und sonstigen -isten,
die vergessen sofort den Begriff Solidarität, wenn
der Genosse seinen Beitrag zum -ismus in regelwidriger
Sprache bringt.

Der nächste Text ist von einem Amerikaner österreichischem Ursprungs er war Jurist und
Ordinarius für Volkswirtschaftslehre und Gastprofessor in Wales und Cambridge, er wanderte
1939 über Spanien nach Amerika aus. Sein Name und der Titel des Buches, aus dem ich ein
Kapitel wiedergebe ist nachfolgend zu lesen. Ein Kapitel trägt die Überschrift „Warum sind
die Amerikaner unbeliebt“. Der Autor versteht sich als Amerikaner:

Leopold Kohr
Weniger Staat – Gegen die Übergriffe der Obrigkeit, 1965

DIE PHILOSOPHIE DER TEILUNG

Große Denker haben oft die rätselhafte Angewohnheit,
in ihren späteren Überlegungen dem zu widersprechen,
was sie in der vorangegangenen monumentalen Haupt-
arbeit zu beweisen suchten. Marx, der sehr überzeugend
darlegte, daß jedes System den Kern des eigenen Unter-

gangs in sich trägt, machte für sein bevorzugtes System, den Sozialismus, eine Ausnahme.

Nachdem Arnold Toynbee gezeigt hat, wie jede Kultur verfällt, wenn sie die Stufe des Universalstaates erreicht hat, und wie jede Kultur bisher zu dieser schicksalhaften Stufe gelangt ist, kommt er zum Schluß, daß die westliche Kultur, die zufällig die eigene ist, die einzige Ausnahme sein dürfte.

Und nun erscheint Julian Huxley, nachdem er uns in einer großartigen Vortragsreihe dargelegt hat, wie die Natur ihre Lebensformen in einem nie endenden Prozeß des Spaltens, Teilens, adaptiver Strahlung, der Entfaltung, Unterbrechung und Abweichung verbessert, in seiner letzten Schlußfolgerung mit der merkwürdigen Idee – merkwürdig, weil sie von ihm stammt –, daß im Falle der menschlichen Spezies, die auch zufällig seine eigene ist, alles anders ist. Hier, meint er, wird Fortschritt nicht in herkömmlicher Weise erreicht durch Spaltung, Teilung oder Abweichung, sondern durch die Methode des Erschaffens, der Vielheit in der Einheit, durch Fusion und Zusammenpassung.

Indem er zu dieser Schlußfolgerung kommt, illustriert Huxley die eigene Behauptung, daß »die menschenkundlichen Wissenschaften heute etwa auf der gleichen Stufe sind wie die biologischen Disziplinen in den ersten Jahren des 19. Jahrhunderts«. Denn was er als Biologe entdeckt hat, wirft er als Erforscher der Menschen über Bord. Er erhebt einfach die Einheitlichkeitsvorurteile unserer Zeit zur Vernunft. Wenn seine durchaus überzeugende Analyse des Evolutionsprozesses richtig ist, muß das Elend des Menschen offensichtlich von seinem Versuch herrühren, der Natur zuwiderzuhandeln, indem er sich selbst zur Ausnahme erklärt. Sind Abweichung und Differenzierung die natürlichen Methoden des Fortschritts und der immer wirksameren Nutzbarmachung der Umwelt, weshalb sollte dann allein der Fortschritt des Menschen durch die genau entgegengesetzte Methode der Integration vor sich gehen, »die Zusammenarbeit integrierter Einzelpersönlichkeiten«, also die Teilnahme an gemeinsamen Aufgaben?

Unsere ganze Geschichte zeigt, daß der Mensch keine Ausnahme ist; daß die menschliche Geschichte und die menschliche Bestimmung tatsächlich Teile eines umfassenderen Vorgangs sind, wie Mr. Huxley selbst versichert, und nicht Ausnahmen, wie er gleichzeitig zu beweisen versucht.

Denn ebenso wie die berühmten Erdfinken Darwins

auf den Galapagos-Inseln hat sich auch der Mensch differenziert, um fortzuschreiten und seine Möglichkeiten zu steigern. Deshalb hat er sich in Rassen und Nationalitäten aufgespalten, anstatt innerhalb einer stets wachsenden und immer stärker integrierten Wesenheit zu bleiben. Er hat diese Aufteilung dadurch betont, daß er zudem noch verschiedene Kulturen und Sprachen entwickelt hat, deren jede notwendig war, um alle vorhandenen materiellen und geistigen Quellen zu erschließen.

Wären alle Menschen Amerikaner geworden, so wäre die lebensfähige Bevölkerung der Welt viel kleiner, und viel von der Schönheit des Lebens wäre ungenutzt geblieben. Denn welcher Amerikaner wäre willens, in einer eisbedeckten Landschaft oder in der Großartigkeit der nackten Hochgebirgsfelsen Zentralasiens zu leben? Indem sich die Menschen in Eskimos und Tibetaner teilten, wurde es nicht nur möglich, daß mehr Menschen leben. Die neuen Gruppen vergrößerten die Freuden der alten. Welchen Verlust hätte die menschliche Kultur erlitten, wenn wir alle nur eine Sprache gesprochen und uns immer gegenseitig verstanden hätten? Kein Shakespeare hätte auf einen Sophokles folgen müssen, kein Goethe auf einen Shakespeare.

Alle Zeichen deuten darauf hin, daß Mr. Huxleys Theorien über das Leben im allgemeinen auch auf das Leben der menschlichen Gattung im besonderen zutreffen. Immer, wenn ein Anschwellen, ein Wachstum oder eine Vereinigung einsetzt, ist es, so wie bei der Schwangerschaft, kein Zeichen weiterer Integration oder der Selbsterfüllung, sondern ein Zeichen der Teilung; nicht des Alterns, sondern der Jugend; nicht des Wachstums, sondern der Geburt.

Gerade weil wir – wie auch Mr. Huxley als Erforscher menschlicher Belange – die Entdeckungen, die Mr. Huxley als Biologe gemacht hat, auf unsere politischen Probleme nicht anwenden, sind wir außerstande, die Menschheit aus der gegenwärtigen Sackgasse zu führen.

Unsere verzweifelten Versuche, die menschliche Rasse im Interesse einer mißverstandenen Bestimmung zu vereinigen, erzeugen alle die Qualen, unter denen unsere Zeit leidet. Wir haben nicht zuwenig, sondern zuviel Einheit, und unser Zeitalter ist reif nicht für weitere Vereinigung, sondern für eine Teilung.

Alle anderen Lebensformen entwickeln sich, wie Mr. Huxley so glänzend bewiesen hat, durch Teilung weiter. Dasselbe tut der Mensch, der heute nicht durch die noch überlebenden Kleinstaaten, sondern durch die ungeheure

Integrationspolitik der wenigen Großen in Angst und Schrecken versetzt wird.

Ist aber diese Vereinigungspolitik nicht eine Rückkehr zum urzeitlichen Zustand? Bezeichnen sich gerade deshalb so viele bedeutende Künstler, die an den einfachen phantasielosen Formen und ungegliederten Gestalten des Urdaseins Geschmack finden, mit dem Namen, den wir unseren rohen Ahnen geben, also als Primitive?

Unglücklicherweise beschränkt sich der Primitivismus nicht mehr auf die moderne Kunst. In seiner Anbetung nicht der lebhaften kleinen, sondern der einfachen großen Nationen scheint er auch zum Hauptmerkmal moderner Politik geworden zu sein. (S. 139 – 142)

Die hier wiedergegebene Einsicht deckt sich mit der schon zitierten Aussage von Peter Kafka, nämlich das die Vielfalt die Dominante in der Schöpfungsgeschichte ist. Wir können sie aber auch auf die marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung anwenden. Mit jeder Fusion tritt eine Reduzierung dieses Ordnungsprinzips ein. Aber genauso gilt die Aussage Kohrs für die Rechtschreibung, für die Sprachen, für das Bildungssystem und auch Europa. Wehe uns, wenn Europa nicht ein Raum wird, wo sich die Individuen, Gruppen und Gesellschaften frei bewegen und entfalten können, sondern den Trend und der Versuchung eines Zentralstaates anheim fällt.

Als ich das Buch von Kohr in die Hand nahm, wollte ich eigentlich nach einem Werk eines anderen Amerikaners greifen und zwar nach:

Anarchie Staat Utopia
von
Robert Nozicks

Hinweise aus dem Klappentext

Dieses Buch wendet sich gegen den uns immer mehr bedrohenden und wuchernden Moloch Staat. Es enthält eine aufsehenerregende philosophische Herausforderung an die verbreitetsten politischen und sozialen Auffassungen unserer Zeit, sowohl die liberalen, sozialistischen als auch konservativen.

»Anarchie, Staat, Utopia« widerspricht der heute vorherrschenden Meinung, daß das Wohl der Menschen nur durch ein Mehr an Staat erreicht werden kann. Der Autor deckt einen Widerspruch unserer Gesellschaft auf, die einerseits soziale Sicherung durch den Staat fordert und andererseits ein Höchstmaß an individueller Freiheit beansprucht. Mit zwingender Logik, gedanklicher Tiefe und außerordentlichem Scharfsinn legt Nozick schonungslos dar, welcher Illusion unsere Gesellschaft erliegt, wenn sie der Maschine unseres Staates immer mehr Aufgaben aufbürdet, in der Erwartung, daß nur Bürokratie und Verwaltung in der Lage wären, die Probleme der Menschen zu lösen. Dieser scheinbar unaufhaltsamen Entwicklung stellt Nozick seine These eines Minimalstaates entgegen:

Der Staat ist nach Nozick nur gerechtfertigt, wenn er streng auf die Funktion des Schutzes gegen Gewalt, Diebstahl, Betrug und Durchsetzung von Verträgen beschränkt wird. Jedes weitergehende staatliche Eingreifen würde, wie Nozick glänzend darlegt, notwendig die Rechte des einzelnen verletzen. Daraus ergeben sich zwei bemerkenswerte Folgerungen, denen ausführlich nachgegangen wird:

»Der Staat darf seinen Zwangsapparat nicht dazu einsetzen, einige Bürger dazu zu bringen, anderen zu helfen oder jemandem um seines eigenen Wohles oder Schutzes willen etwas zu verbieten.«

Der Schlußabsatz des Buches

Der Minimalstaat behandelt uns als unverletzliche Einzelmenschen, die von anderen nicht in bestimmter Weise als Mittel oder Werkzeuge oder Instrumente oder Hilfsquellen benutzt werden dürfen; er behandelt uns als Personen mit ihren Rechten und der daraus fließenden Würde. Er behandelt uns mit Respekt, indem er unsere Rechte respektiert, und gestattet uns, einzeln oder gemeinsam mit wem wir wollen über unser Leben zu entscheiden und unsere Ziele und unser Selbstverständnis zu verwirklichen, so gut wir können, wobei uns andere Menschen, denen die gleiche Würde eigen ist, freiwillig helfen. Wie könnte es ein Staat oder eine Gruppe von Menschen wagen, mehr zu tun. Oder weniger.

Diese Aussage sollte uns davor hüten die deutsche Sprache mittels des Staatsapparates schützen zu wollen und fördern zu lassen. Die beste Förderung der deutschen Sprache – von der auch alle Nichtdeutschen einen Nutzen haben – erwirken wir dadurch, daß Deutschland in den Wissenschaften Vorreiter wird, die den einzelnen Menschen und den unabhängigen Gesellschaften in ihrer Existenz und ihrer Würde am meisten fördern, die Lehre von der Profitmaximierung gehört bestimmt nicht und die der Informationstechnologie nur bedingt dazu.

Im übrigen müssen wir uns überlegen, wie die Beschäftigung mit unserer Sprache den Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen im In- wie im Ausland einfach mehr Freude macht, einen Lustgewinn bringt. Die Vermittlung der deutschen Sprache wird doch zu häufig als eine Bestrafung erlebt, das kann doch nicht förderlich sein. Ob unser Bildungssystem in seiner fraktionierten zentralverwaltungswirtschaftlichen Ordnung eine bessere Sprachvermittlung leisten kann, scheint mir mehr als zweifelhaft.

Vor Jahren bin ich Bernd Bartmann begegnet. Er und seine Frau – ein Lehrerehepaar – sind Schulverweigerer, sie haben (oder hatten) ihre Kinder von der Schule genommen, haben vor dem Verfassungsgericht gegen den Schulzwang geklagt. Sie waren unterlegen und sind vorübergehend nach Österreich ausgewichen. Ich hatte zu Bartmann zuletzt im Februar 2002 brieflichen Kontakt. Er vertritt die These, daß ohne konsequente Bildungsfreiheit unsere Gesellschaft ihre Probleme nicht lösen kann. Ich habe in meinen Ordner geschaut und einen Leserbrief von ihm gefunden, den ich nachfolgend wiedergebe.

Bernhard Bartmann, Postfach 160117, D-01287 Dresden

An die
Redaktion/ Leserbrief
SZ
Sendlinger Straße 8
80331 München

Magazin Nr. 34, 1997, Deckblatt

Zur Rede des Bundespräsidenten Roman Herzog: "Die Regierenden sind träge, die Bürger sind mutlos - deshalb ist die Nation gelähmt; Wir haben kein Erkenntnisproblem sondern ein Umsetzungsproblem; was ich vermisse, ist die Fähigkeit und den Willen, das als richtig Erkannte auch durchzusetzen . Glauben wir an uns selbst, dann liegen die besten Jahre noch vor uns."

Der Irrtum des Bundespräsidenten

Natürlich haben die Deutschen ein Erkenntnisproblem! Dies nicht zu erkennen ist das Problem. Alles andere Gerede ist Ablenkung! Ein Strukturwandel kann nur erfolgen, wenn ein Bewußtseinswandel eingetreten ist. Dieser fehlt in Deutschland an allen Ecken und Enden! Wo ist nun die Ursache dafür?

Wohlweislich wird in diesem Lande diese von den "Gesinnungs-und Verantwortungsprägnern" systematisch verschwiegen, aus Mangel an Einsicht, womit wir wieder oben angelangt wären. Die Meinungsträger (gewählte Volksvertreter, Kirchenvertreter u.a.) selbst verbauen durch ihre fehlende Einsicht den Pfad der Erkenntnis, daß "das steuerfinanzierte Pflichtschulsystem (incl. Staatshierarchie, Berufsbeamtentum und Zwangsverpflichtung ohne Ausnahmeregelung) das komplette Modell eines totalitären Staates" (amerikanische Juristin Isabel Paterson im Jahre 1943, Hitlerdiktatur!) ist. Das heißt nun im Klartext, daß in diesem Staate in den Menschen noch das "Basis"-

Bewußtsein analog dem eines totalitären (sagen wir etwas weniger provozierend "undemokratisch") Staates verankert ist, mit allen Folgen, die zu beschreiben nicht vonnöten ist, da eine tägliche Zeitungslektüre diesbezüglich genügend aufklärt! Die "Umsetzung" (Herzog: Umsetzungsproblem!) für die Zukunft kann nur dann erfolgen, wenn die Erkenntnis eingetreten ist, daß in allen Lebensbereichen für jeden Menschen ausnahmslos die uneingeschränkte Freiheit zu gelten hat. Aus dieser Freiheit entsteht eine freie Gesellschaft, die sehr wohl weiß, wie Gegenwart und Zukunft in Frieden und Menschenwürde optimal zu gestalten sind. Dazu brauchen die Bürgerinnen und Bürger keine "Vorsager und notorische Besserwisser" mehr!

Gezeichnet: Bernhard Bartmann

In den letzten Tagen erhielt ich als Anhang zu einem E-Brief ein Buchtext, den ich noch gar nicht ganz gelesen habe. Ich gebe nach der Quellenangabe die Einleitung wieder, um zu zeigen, daß Bartmanns Position gar nicht so neu ist, daß er gar nicht alleine dar steht. Ende der 70er Jahre schien es so, daß in Folge der Lehrerarbeitslosigkeit, das Thema freie Bildung durch freie Schulen ein politisch relevantes Ausmaß annehmen würde. Die verharrenden

strukturkonservativen Kräfte, die mangelnde Analyse des Istzustandes und die mangelhaft finanzierten Modellversuche haben das Thema wieder an den Rand gedrängt. Das was es heute an halb-freien Schulen gibt, hat doch mehr oder weniger für das vorhandene Bildungssystem eine Alibifunktion. Es folgt der Ausschnitt aus:

DIE SCHULE - EIN FREVEL AN DER JUGEND

(Mit einem Nachwort: DER STAAT)

Unveränderter Reprint der Erstausgabe von 1930

mit einem ergänzenden Nachwort des Verlegers, Kurt H. Zube
und einige Anmerkungen von John Zube

LIBERTARIAN MICROFICHE PUBLISHING

c/o John Zube, "PEACE PLANS", 35 Oxley St., Berrima,

NSW 2577, Australia, Tel: (02) 48 771 436

jzube@acenet.com.au www.acenet.com.au/~jzube

(New address & telephone number, 2004.)

Nach allgemeiner Ueberzeugung der ganzen europäisch-amerikanischen Kulturmenschheit ist die Schule eine gemeinnützige Anstalt, welche von der Gesellschaft geschaffen ist im Interesse der jungen Generation, damit diese rechtzeitig die Kenntnisse und Fertigkeiten lernt, deren sie später bedarf, um den Anforderungen des Lebens gerecht werden zu können. In der neuen Zeit wurde dann ihre Leitung und Verwaltung auf den Staat abgewälzt, weil dieser, dank seiner größeren Neutralität, seiner reicheren Hilfskräfte und namentlich größeren Geldmittel ihre Aufgaben weit erfolgreicher zu erfüllen vermöchte. Vereinzelt noch vorkommende Mängel der Schule werden aus noch verbliebenen überholten Formen und Normen erklärt oder aus einem noch nicht zureichend erfolgtem Durchdringen neuer Errungenschaften der pädagogischen Wissenschaft. Es bedürfe daher weiteren Ausbaus und verständiger Reform der Schule, um sie zu immer wachsender Vollkommenheit zu führen und zu einem wahren Segen für die Jugend und die Gesellschaft überhaupt werden zu lassen.

Diese — vom Staat allenthalben proklamierte und vom leichtgläubigen Publikum kritiklos treuherzig kolportierte — Auffassung ist grundfalsch.

Die Schule ist ein raffiniertes Herrschaftsmittel des Staates, geschaffen (bzw. aus ähnlichen Ansätzen konkurrenzgefährlicher Stellen — Kirche, Städte, Private — usurpiert),

um von Kindesbeinen an alle Staatsangehörigen an Gehorsam zu gewöhnen, ihnen die Suggestion von der Notwendigkeit des Staates in Fleisch und Blut übergehen zu lassen, jede Emanzipationsidee im Keime zu lähmen, die Entwicklung ihres Denkens in wohlgehegte Bahnen zu lenken und sie zu bequem regierbaren, demütigen Untertanen zu drillen.

Die Schule ist daher nicht eine segensreiche, nur noch unvollkommene Einrichtung, die höchstens durch Ausbau und Reform zu einer immer wertvolleren zu gestalten ist, sondern ein Uebel an sich, das restlos beseitigt werden muß, damit die Jugend, nach endlicher Befreiung von diesem verhängnisvollen Prokustesbett, sich künftig unverkrüppelt aus jeweiliger freier Selbstbestimmung ihrer eigenen individuellen Natur gemäß entfalten kann.

Das ist, wie der Leser sehen wird, nicht etwa bloße unfruchtbare Kritik oder die überspannte Idee eines schulverärgerten Utopisten, sondern nüchterne Erkenntnis eines schweren Krebschadens unserer Kultur und plausibler positiver Vorschlag zu notwendiger Neugestaltung des Jugendlebens.

xxxxxxxxxxxxxxxxxxxx

Einschub IV / Zweisprachige Ortsschilder



Aus der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung vom 21. 8. 2004

Ein Modell für die ehemals deutschen Dörfer und Städte
in Polen, Rußland und Litauen?

Einschub IV Ende

xxxxxxxxxxxxxxxxxxxx

8. „Wozu braucht man Demokratie“ - ein Buchgeschenk

a) Der auslösende Moment

Bei unserem Besuch im Historischen Institut der Universität in Memel hatten wir auch Gelegenheit die Bibliothek zu besuchen. Das Institut hat für ein Jahr eine Bibliothekarin bewilligt bekommen, die den Bestand an Büchern datenmäßig erfaßt. Da wir – Bruder, Neffe und ich – ja, wie schon berichtet auf der Suche nach Spuren der väterlichen Familie waren, habe ich der Bibliothekarin gefragt, ob sie den Namen *Abromeit* unter Autorensuche eingeben könnte. Das hat sie gemacht. Es war kein *Abromeit* verzeichnet.

Nun muß man für meinen weiteren Gedankengang wissen, daß der Familienname *Abromeit* (litauisch = *Abromeitis / Abromaitis*) in dem litauisch-ostpreußischen Raum entstanden ist und übersetzt *Abrahams Sohn* heißt. Da Abraham ein typischer jüdischer Familienname war, vermute ich, daß die *Abromeits* auch jüdischen Ursprungs sind. Mein Vater glaubte noch – in dörflicher Abgeschiedenheit, damals noch ohne Telefondisketten lebend –, daß es nur ganz wenige *Abromeits* gäbe. Aber wenn Siegfried Lenz in seiner Erzählung *So zärtlich war Suleyken* einen so schön doofen Adolf *Abromeit* auftauchen läßt, ist das ein Indiz dafür, daß es eine Menge *Abromeits* gegeben hat und noch gibt.

Da ich das Interesse an deutschsprachiger Literatur im Institut in Klaipeda schon festgestellt hatte, habe ich gedacht, wenn die *Abromeits* ihren Ursprung in dieser Landschaft haben, sollten sie auch mit von ihnen produzierter Literatur in der Universitätsbibliothek vertreten sein.

Mir fielen natürlich jene *Abromeits* ein, bei denen ich im Laufe der Zeit wiederholt gefragt wurde, ob ich mit Ihnen verwandt sei, aber eine klare Antwort mangels Kenntnisse nie geben konnte. In der Reihenfolge des zeitlichen Auftauchens der Fragen nach der Verwandtschaft waren das folgende:

Ein Dr. *Abromeit*, der Landwirtschaftslehrer in Hildesheim war; Professor der Betriebswirtschaftslehre Dr. Hans Günther *Abromeit* aus Hamburg; Dr. Johannes *Abromeit*, Professor der Botanik an der Albertus Universität in Königsberg (1931 / Im botanischen Garten in Hannover soll es eine Pflanze geben, die nach ihm benannt wurde.), Dr. Heidrun *Abromeit*, Professorin am Institut für Politikwissenschaft der Technischen Universität Darmstadt; Dr. Hans-Jürgen *Abromeit*, Bischof von Mecklenburg-Vorpommern.

Da die Uni in Klaipeda eine evangelische, theologische Fakultät hat, habe ich gedacht, der Bischof sollte auch mit einem Buch vertreten sein. Da ich bisher nur Aufsätze von ihm gelesen habe und noch keine Buchveröffentlichung kenne, konnte ich hier noch nicht aktiv werden. Beim Botaniker wird allenfalls etwas Antiquarisches zu haben sein und die möglichen Veröffentlichungen vom Betriebswirt und Landwirtschaftslehrer sind mir noch ein schwarzes Loch. Von der Politikwissenschaftlerin Heidrun habe ich bisher auch nur Kurzbeiträge gelesen, da ich aber schon länger die Absicht habe mich in ein Werk von ihr zu vertiefen, habe ich gleich im Doppelpack ihr Buch aus dem Jahr 2002 mit dem Titel „Wozu braucht man Demokratie? - Die postnationale Herausforderung der Demokratietheorie“ gekauft. Ein Exemplar werde ich auf den Weg nach Klaipeda schicken.

Natürlich werde ich auch Texte von mir auf den Weg bringen, auch wenn ich als Autor nicht so glänzen kann, wie die anderen *Abromeits* machen die Schriften deutlich, welche unnötigen Irrwege wir (= Partei und Gesellschaft als Ganzes) gegangen sind. Der eine Titel lautet: *Der Dritte Weg – Die natürliche Wirtschaftsordnung – ein programmatischer Beitrag für die grüne Bewegung*, 1980, ein anderer, der auch im Hinblick auf die baltischen Staaten geschrieben wurde, lautet *Darauf kommt es an! Gedanken eines Bürgers au der Mängel-Demokratie BRD*

für die Bürgerinnen und Bürger der Entwicklungsdemokratie DDR (Dezember 1989) + zwei Ergänzungen.³⁵

Die Schenkung der Bücher mit einer Abromeit als Autorin oder einem Abromeit als Autor dient natürlich neben der Sachinformation der Befriedigung eines emotionalen Anliegens. Dabei vergißt der Verstand aber nicht zu sagen, daß es in erster Linie darauf ankommt, Bücher in den Osten zu schicken, die sowohl die Dozenten wie auch Studenten in die Lage versetzen, die Gegenwart wie die Zukunft menschenfreundlicher zu gestalten.

Gestern habe ich mir das neue Buch von Helmut Creutz mit dem Titel *Die 29 Irrtümer rund ums Geld* ISBN 3-85436-362-1 / www.helmut-creutz.de) bestellt. Heute erhalte ich ein Exemplar vom Autor mit Widmung „Für den Freund und Mitstreiter“. Ich habe also ein weiteres Buch für die Universität Klaipeda. Das Buch zeigt ein Mehrfaches: 1. Die verbeamtete Wirtschaftswissenschaft hat kein Monopol auf Wissenschaftlichkeit. 2. Die Wirtschaftswissenschaft operiert mit unklaren Begriffen und Sachverhalten und 3. zeigt ein Einundachtzigjähriger, der die Unis nicht als Student, sondern nur als Gastdozent von innen gesehen hat, den jungen, dynamischen, Hochschulmitarbeitern, daß die Inhalte in der Wissenschaft noch immer (oder wieder) wesentlicher sind als Zitierkartelle zur Absicherung der eigenen Karriere.³⁶

b) Anmerkung zu englischen Zitaten in einer deutschsprachigen Veröffentlichung

Von Heidrun Abromeits Buch „Wozu braucht man Demokratie?“ habe ich bisher die Einführung und das Fazit gelesen. Vor- und Nachspeise haben mir Appetit auf das Hauptgericht gemacht. Hier will ich darauf hinweisen, warum mir die Suppe vermutlich etwas zu salzig ist.

Es bereichert durchaus einen deutschen Text, in dem lateinische, englische, anderssprachige Textsegmente oder seltene Fremdwörter verwendet werden. Die Bereicherung ist so lange gegeben, wie auch eine Übersetzung mitgeliefert wird. Diejenige Leserin, die die verwendete Sprache beherrscht, kann überprüfen, ob die Übersetzung gelungen ist, jene Leser, die das fremdsprachliche Zitat lesen können, können ohne großen Aufwand den Inhalt des Buches weiter verfolgen. Heidrun Abromeit macht nun folgendes – und sie steht mit dieser Methode wohl nicht allein -: Sie verwendet zitierend Sätze und Halbsätze in englischer Sprache ohne eine Übersetzung mitzuliefern. Man muß nun annehmen, daß sie und ihre MitarbeiterInnen davon ausgehen, daß entweder alle Menschen, die nach so einem Buch greifen des Englischen mächtig sind oder, daß Leute, die nicht englisch können, sich nicht für das Thema Demokratie interessieren sollten. Man könnte nun sagen: Wenn ich Dussel nach solch einem Buch greife, wäre ich selber schuld. Was ist aber mit den deutschen Wissenschaftlern, die sich nicht Englisch sondern andere Fremdsprachen angeeignet haben? Aber schlimmer ist, daß die Menschen aus anderen Ländern, die sich gegen Englisch und für Deutsch als Fremdsprache entschieden haben, nicht solche Bücher, wie dasjenige von Heidrun Abromeit lesen können, ohne fremde Hilfe in Anspruch zu nehmen. Wie blamabel kann das aber für eine wissenschaftlichen Mitarbeiter, für einen Dozenten an einer Hochschule sein. Die Empfehlung, die von den Blamierten ausgeht, wird doch lauten: Lernt Englisch statt Deutsch.

c) Anmerkungen zur Demokratie

35 Ich hoffe, daß bald alle Titel auf meiner Internetseite zur Verfügung stehen.

36 Und nochmals in anderer Form: Gerade Ökonomen müssen sich die Frage nach der Nützlichkeit ihrer Arbeit gefallen lassen. Freischwebend können sie forschen, wenn sie ihren Lebensunterhalt am Fließband oder anderswo verdienen.

Ein Titel „Wozu braucht man Demokratie?“ provoziert natürlich, eigene Gedanken zu äußern. Und in der Tat kann man mit dem Thema - wie Heidrun Abromeit beweist - ganze Bücher füllen. Sie schreibt eingangs: „Es gibt mindestens 1000 Bücher über die Demokratie; warum nun das 1001. schreiben?“ ... „Da in dieser Debatte aber scheinbar schon längst alles Wesentliche gesagt ist, lesen die Beiträge sich inzwischen unvermeidlich arg redundant.“³⁷

Heidrun Abromeit mußte also die eigene Skepsis gegenüber Sinn ihres Vorhabens, ein Buch über die Demokratie zu schreiben, überwinden. Ich selber kenne diese Skepsis gegenüber der Niederschrift eigener Gedanken sehr gut. Doch bei dem Thema *Demokratie* ist diese Skepsis nicht angebracht.

Viele Mitbürger machen sich keine Gedanken über unsere Regierungsform. Weil wir die Nationalsozialisten durch die Niederlage in einem barbarischen Krieg (jeder Krieg ist barbarisch) losgeworden sind und weil wir das SED-Regime überlebt haben, meinen sie wir würden in einer Demokratie leben. Wenn das 10 001. oder 100 001. Buch über die Demokratie geschrieben und veröffentlicht würde, dann könnten wir jedenfalls sicher sein, daß sich wenigsten 10 001 oder 100 001 BürgerInnen sich mit unserer Regierungsform befaßt hätten. Hätte jedes Buch auch nur 10 oder 100 Leser ergäbe das schon ganz gute Zahlen von halbwegs Kundigen.

Viele meinen, weil wir wählen dürften, hätten wir eine Demokratie. Auch das halte ich für einen Irrtum. Herrschende haben immer das Bedürfnis ihre Legitimität von die Beherrschten bestätigt zu erhalten. Es unterscheiden sich nur die Arten, wie sich die Herrschenden die Zustimmung der Beherrschten einholen.

Viele meinen, wir hätten eine Demokratie, weil wir eine Verfassung hätten. Auch das halte ich für einen Irrtum. Bisher durften die Bürger weder als Gesamtheit noch durch eine spezielle Vertretung an der Ausarbeitung einer Verfassung und deren Verabschiedung mitwirken – egal ob in der Kommune, im Land, beim Bund oder in der EU. (Wobei die Mitwirkung an der Ausarbeitung der Verfassung genauso wichtig ist wie an deren Verabschiedung.) Aber selbst wenn wir nach diesen Kriterien eine gültige Verfassung hätten, wäre der Ewigkeitscharakter der Verfassung (und anderer Gesetze) anzuzweifeln. Denn beim Ewigkeitscharakter von Gesetzen herrschen die Toten über die Lebenden. Thomas Jefferson (1743 – 1826) schreibt zu der Macht der Toten über die Lebenden:

Dennoch schärfen uns unserer Juristen und Doktoren diese Doktrin ein und unterstellen, daß die vorhergegangenen Geschlechterfolgen den Erdkreis mit größerer Freiheit besaßen als wir; daß sie ein Recht hatten, uns Gesetze aufzuerlegen, die wir nicht ändern dürfen; kurzum, daß die Erde den Toten gehört, nicht den Lebenden.³⁸

Und vorher heißt es bei Jefferson:

Die Kapitalisierung der Staatsschuld betrachte ich als von Rechtswegen auf die Tilgung innerhalb der Lebensspanne der Generation, die sie einging, befristet: da jede Generation nach dem Gesetz des Schöpfers diese Welt in den freien Besitz der Erde, die zu ihrem Unterhalt geschaffen, geboren wird, unbelastet von ihren Vorgängern, die gleich ihnen nur Pächter auf Lebenszeit waren. (S. 80)

37 Ich mußte nachschauen was redundant bedeutet. Der Brockhaus: **Redundanz** [lateinisch »Überfülle«] *die, allgemein*: das Vorhandensein von Elementen in einer Nachricht, die keine zusätzlichen Informationen liefern.

38 Hier zitiert aus Ezra Pound: *Usura – Cantos XLV und LI*, Hrsg. Eva Hesse, 1985

Viele meinen wir hätten eine Demokratie, weil wir mehrere Parteien hätten. Auch das ist ein Irrtum. In der Realität herrscht ein Parteienkartell, daß das grundgesetzliche Mitwirkungsrecht an der politischen Willensbildung unter Ausschluß der großen Mehrzahl der Mitbewerber zu einem Monopol gemacht hat. Dabei sind die Parteien für die große Mehrzahl ihrer Mitglieder Idealismusverschleißmaschinen. Das, was uns der parteipolitische Selektionsprozeß als Politiker präsentiert, ist eine problematische Auswahl, weil dieser Selektionsprozeß ein deformierender Härtestest ist, der Machtgelüste belohnt und nicht danach fragt, ob der jeweilige Kandidat wirklich etwas dazu beitragen kann, gesellschaftliche Probleme zu lösen und die Freiheit zu fördern.

Viele meine Demokratie hätten wir, wenn alle über alles mit abstimmen könnten. Andere meinen Demokratie hätten wir dann, wenn für jeden eine Teilhabe am öffentlichen Geschehen sichergestellt wäre. Manche meinen auch, daß wir beim demokratischen Zentralismus von Demokratie reden könnten, obwohl das eine offene Zustimmung zu einer Diktatur besonderer Form - also eine politische Selbstkastration - ist.

Es gibt also nicht einmal eine einheitliche Meinung darüber, was denn Demokratie ist oder sein sollte, ob die mit dem Wahlrecht ausgestattete Bürgerschaft mit der Geburt oder mit einem willkürlich festgesetztem Alter beginnt und ob man einen Berechtigungsschein in Form der Staatsbürgerschaftsnachweises haben muß oder nicht.

Es herrscht Unklarheit darüber, was ein Staat ist, was er leisten kann oder soll, wie seine funktionale und geographische Gliederung optimiert werden kann. Zur Zeit tagt ja eine Föderalismuskommission, natürlich nur besetzt mit Bürgern mit dem Sonderstatus *Politiker*. Den Normalbürger kann man in einer solchen Kommission natürlich nicht gebrauchen, entweder weil er zu doof ist, oder weil er mit seinem normalen Menschenverstand den politischen Schacher stört.

Vor der Wende 1989 und jetzt, 2004, auf den Demonstrationen gegen die Arbeitsmarktreformen, ruft das Fußvolk „Wir sind das (maßgebende) Volk!“. Irrtum! schallte es ihnen lautlos aus der Politikerkaste zurück: „Die Rolle haben wir schon besetzt!“.

Wir stehen also nicht am Ende einer Demokratiedebatte, die alles geklärt hat, sondern am Anfang, wo noch nichts geklärt ist. Was bisher gelaufen ist, war nur das Präludium. Vielleicht verschlafen wir unserern Auftrag der Geschichte auch und wachen glücklich auf, weil uns eine starke Frau oder ein starker Mann vom Status des unglücklichen Sklaven in den des glücklichen befördert hat. Und die glücklichen Sklaven sind nach einem Dichterwort (Marie Freifrau Ebner von Eschenbach ?) die größten Feinde der Freiheit.

Wenn wir wirklich Demokratie wollen – auf welcher Ebenen auch immer – dann müssen wir uns erstmal darüber klar werden: a) daß jede Forderung an den Staat nicht vom lieben Gott, sondern von den Bürgern selbst bezahlt werden muß; b) daß es nicht gelingen kann, die Ungerechtigkeiten im Kapitalismus durch eine Umverteilungspolitik des Staates zu kompensieren; c) daß eine Staatsquote von 50% auch eine fünfzigprozentige ökonomische Entmündigung des Bürgers bedeutet; d) daß Freiheit sich in haftende Gestaltungsfreiheit - und das ist eine Freiheit von staatlichen Eingriffsrechten – ausdrücken muß und nicht in der Narrenfreiheit, die wir haben und die ein Kennzeichen von autoritären Staaten ist; e) daß eine individuelle Gestaltungsfreiheit nur in einer dezentralen Ordnung möglich ist; f) daß die Interdependenz (die auf Wechselwirkung beruhenden gegenseitige Abhängigkeit) gebietet, daß alle gesellschaftlichen Teilordnungen, wenn sie effektiv sein sollen, nach dem gleichen Ordnungs-

prinzip gestaltet werden müssen; g) daß ein Mitspracherecht legitimerweise nur dort gefordert werden kann, wo in der Sache die eigene Betroffenheit und Haftung gegeben ist; h) daß die Parlamente der Betroffenen (ein Begriff aus der Zeit, als die Grünen noch eine Bewegung waren und ein föderatives Element im privatrechtlichen Rahmen) die Auflösung der staatlichen Zwangskollektive zur Voraussetzung haben.

Obwohl ich persönlich mehr an praktischen Lösungen interessiert bin, meine ich, daß wir mit der Demokratietheorie ebenfalls nicht am Ende, sondern erst am Anfang stehen. Wir stehen nicht mit leeren Händen und ausgelauchten Köpfen da. Wir können unsere (repräsentative) Demokratie retten oder erstmals dadurch funktionstüchtig machen, daß wir den Staat entrümpeln und bessere Selektionssysteme für die Volksvertreter entwickeln und durchsetzen. Wir haben von der Theorie her gesehen keinen Grund zur Resignation. Je besser die Theorie ist, je höher ist der praktische Nutzen.

Wenn aber die Menschen zu neuen Ufern aufbrechen sollen, dann muß man ihnen aber erst das Schwimmen beibringen oder zeigen, daß die Boote tragen. Dieses Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten des Volkes können wir dadurch fördern, daß wir erst einmal unsere lös- baren Ökonomieprobleme auch tatsächlich lösen und nicht nur in dicken Wälzern wälzen. Die Menschen müssen praktisch erleben, daß sie tatsächlich ohne staatliche „Stütze“ auf eignen Füßen stehen können. Man kann sagen Selbstvertrauen und Selbstachtung ist die persönliche Basis der Demokratie. Beide Komponenten werden ständig von der Politik sabotiert, nur damit sie sich selbst als der große Wohltäter anbieten und andienen kann.

Nach diesem evolutionären Schritt können wir uns an die Erarbeitung der praktischen Theorie an die Entschlackung und Reduzierung des Staates machen. Zuvor müssen wir aber sehen lernen, daß der staatliche Teil unserer heutigen gesellschaftlichen Struktur mehr mit einem totalitären Staat zu tun hat, als mit einem Gerüst für eine Gesellschaft der Freien.

a) Unser Soziales Netz kann man ohne böswillige Absicht als faschistisch im ursprünglichen italienischen Sinne, also als eine Zwangsbündelung und Gleichschaltung individueller Interessen und obrigkeitliche Befriedigung dieser Interessen sehen. Wenn wir die Bilder und Meldungen hinzunehmen, die zeigen, wie der Grenzschutz auf Baustellen gegen Schwarzarbeit eingesetzt wird und wie der Staat bis in den kleinsten Winkel des Privaten schnüffeln darf, dann ist sogar der Begriff *Faschismus* im umgangssprachlichen Sinn - als das politisch Böse schlechthin – angebracht.³⁹

b) Unsere Kulturförderung hat den Charakter absolutistischer Willkür und Gnade.

c) Unser Bildungssystem ist kommunistisch nach dem Ordnungsmodell der Zentralverwaltungswirtschaft organisiert. Unser Bildungsföderalismus ist ein Etikettenschwindel, er verschleiert, daß die vorliegende Systemordnung die Auflösung der Klutusministerien auf der Länderebene und die Etablierung eines Klutusministeriums auf Bundesebene verlangt.

d) Wenn im privatrechtlichen Bereich das gemacht würde, was heute gängige Wirtschafts- und Finanzpolitik ist, dann würde man von Raub, Schutzgelderpressung, Bestechung, Hehlerei, Nötigung und von weiteren Übeln sprechen.

39 HAZ vom 23. 8. 2004: „Bundesbürger können nichts mehr verbergen – Bankverbindungen dürfen bald von Finanz- und Sozialämtern sowie Arbeitsagenturen eingesehen werden“

Wir müssen uns erst von der Illusion verabschieden, daß das, was durch ein Gesetz (auch mit guter Absicht mehrheitlich) legalisiert ist, auch automatisch recht, richtig und gut ist.

Der nächste Schritt wäre, die Durchsetzung der Gewaltenteilung. In der Judikative könnte ein Stufen-Wahlrecht eingeführt werden, wie es wohl in der Nachbarschaftsidee von Mahraun angelegt ist. Für die Wahl der Exekutive wäre ein dreistufige Direktwahl nach dem Mehrheitswahlrecht zu überlegen. In der ersten Stufe würden die Regionen ihren Kandidaten wählen, in der zweiten Stufe würden zwei Kandidaten für den Bund zur Endwahl selektiert. In der dritten Stufe dann der Kanzler gekürt.

Den Parteien müßte jede staatliche Zuwendung verwehrt werden.. 75 % der Mitglieder der Legislative, des Bundestages könnten nach dem Zufallsprinzip (wie beim Lotto) ausgewählt werden. Um die Kontinuität trotzdem zu wahren, könnten 25 % der Abgeordneten nach dem Bewährungsprinzip aus einer Liste der sich bewerbenden alten Parlamentsmitglieder ausgewählt werden.⁴⁰ Die Nennung der Reihenfolge auf der Liste müßte wiederum nach dem Zufallsprinzip erfolgen. Die Wahl erfolgt dann einfach in der Rangfolge der erreichten Stimmen bis die zu vergebenden Mandatsplätze besetzt sind. (*Zum Wahlrecht der Kinder siehe Anhang.*)

Die Parlamente verlieren das – systembezogen gesehene - widernatürlich unlogische Recht über die Verfassung, die ihre Arbeitsgrundlage ist, selbst zu entscheiden,. Nicht die Arbeitsteilung, aber wohl die Fraktionsbildung in den Parlamenten sollte verhindert werden. Außerdem müßten die Parlamente durch Einführung von Elementen der direkten Demokratie in eine Konkurrenzsituation gebracht werden. Verfassungsänderungen müssen der direkten Demokratie vorbehalten bleiben.

Der Bundespräsident könnte in einer zweistufigen Wahl direkt gewählt werden. Im sollte ein Verfassungsrat beigeordnet werden, der von den Parlamenten der nächst unteren Ebene gewählt werden könnte. Der Verfassungsrat bekäme die Aufgabe a) die 1. Prüfungsinstanz für die Verfassungsmäßigkeit des Handelns der Legislative und Exekutive zu sein und b) darüber hinaus erhielte er die Zuständigkeit für die Einleitung und Durchführung von Verfassungsänderungen, die im Rahmen der direkten Demokratie vorgenommen werden sollten.

Bei der politischen Gliederung gibt es viel zu entwickeln Das föderale Prinzip wäre konsequent von unten nach oben anzuwenden und ihn nicht mehr als verkappter, gestückelter Zentralismus zu praktizieren. Es müßten klare Abgrenzungen der Kompetenzen für die Gliederungseinheiten vorgenommen werden: keine Mischfinanzierung, allenfalls anteilige Haftung der Gliederungsebenen nach dem Grad der Einwirkungsmöglichkeit für Schäden und Unterlassungen; keine Vorgaben von oben nach unten, die nicht zwingend aus der Logik der Gliederung geboten sind. (Z.B. Die Bürger der Kommunen bestimmen selbst die Größe und Verfassung ihrer Gemeinde); keinen Finanzausgleich mehr, weil dieser die sparsame Haushaltsführung und den Ansporn zur Effektivität bremst.

Begrenzung der EU auf die äußere Verteidigung als Zone des Freihandels und der Freizügigkeit mit gemeinsamen Niederlassungsrecht und Wettbewerbsregeln einschließlich der Umweltauflagen, aber keine (sektorale oder regionale) Wirtschafts- und Kulturförderung, keine Normvorgaben für die Produktion und den Verbrauch, soweit sie nicht dem Wettbewerb und dem Umweltschutz dienen. In keinem Fall kann man der EU zubilligen, daß sie durch Ex-

40 Ich habe schon lange überlegt, wie ein anderes Selektionsverfahren für die Abgeordneten aussehen könnte. Es kann sein, daß ich bei diesem Vorschlag von dem von Prof. Peter C. Dienel entwickelten *Bürgergutachten* angeregt worden bin. Bei meinem Vorschlag können noch Sicherungen eingebaut werden, daß nicht völlige „Nieten“ in die „Trommel“ kommen.

portsubventionen Märkte im EU-Ausland stört oder zerstört. Schutzzölle kann man der EU nur zur Kompensation von Exportsubventionen von EU-Ausländern zu billigen. Das was gesetzlich auf der EU-Ebenen zu regeln ist, sollte von einer EU-Länderkammer und dem EU-Parlament verabschiedet werden. Nur die Kompetenzen dieser Parlamente sollten sehr eng gefaßt werden. Eine durchgängige Tagung dieser Parlamente wäre ein deutliches Zeichen dafür, daß etwas schief gelaufen ist.⁴¹

Ich gehe zum Schluß noch einmal auf Leopold Kohr (Weniger Staat) ein, weil sich mit ihm drei Aspekte, die mir wichtig sind, gut verdeutlichen lassen: a) Wozu ist der Staat da? b) Über unsere Freiheiten und c) über das Problem des Widerstandes

Aus dem Kapitel „Der Ursprung des Staates in der Geselligkeit“

Es gibt wenige Themen, die die Staatswissenschaftler so beschäftigt haben wie die Frage nach dem Ursprung des Staates. Der Grund dafür — abgesehen von der Freude an der deduktiven Spekulation — ist in den folgenden Sätzen des Aristoteles zu erkennen: »Wer daher die Dinge, sei es nun einen Staat oder sonst etwas, in bezug auf ihr erstes Wachsen und auf ihren Ursprung betrachtet, der wird den deutlichsten Einblick gewinnen.« Die praktische Frage, in die wir einen Einblick zu gewinnen hoffen, wenn wir einen Staat bis auf seinen Ursprung zurückverfolgen, behandelt vor allem die grundlegenden Funktionen. Welchem Zweck soll er dienen? (S. 13)

Kohr referiert die Theorien der göttlichen Gnade als Ursprung und die des Raubes und schreibt dann:

Ein ganz anderes, verfeinertes Bild von den Funktionen des Staates ergibt sich aus den verschiedenen Theorien vom Sozialkontrakt, deren wichtigste die von Hobbes, Locke und Rousseau sind. Im Gegensatz zu den bisher besprochenen Theorien, die der Staatsgewalt keine Grenzen setzen, zeichnen sich diese dadurch aus, daß sie die Wirkungsmöglichkeiten der gesellschaftlichen Organisationen einengen.

In allen Fällen kommt hier der Staat dadurch zustande, daß eine Übereinkunft getroffen wird, wonach freie Einzelmenschen gewisse Rechte an eine neu geschaffene Instanz abtreten, an einen Fürsten oder an die Gesellschaft als Ganzes, um ihre Freiheit dadurch zu stärken, daß sie ihre Sicherheit sozialisieren. (S.15)

Kohr sagt dann, daß diese Modelle den Zweck des Staates dadurch begrenzen, daß ihm drei ursprüngliche Funktionen zugeordnet werden: Recht, Frieden und Verteidigung. Neben diesen gemeinsamen Merkmalen gäbe es aber große Unterschiede. Bei Thomas Hobbes wird der Staat als Souverän, zu einem Instrument eines absoluten Herrschers, bei Rousseau zu dem eines unpersönlichen Herrschers, des Volkes und damit noch absoluter (Modell für die Französische Revolution und Volksdemokratie). Bei John Locke dagegen „stellt sich dagegen ein Staat vor, dessen gesetzgebende und verwalterische Gewalten auf den Zweck Leben und Eigentum

41 Diese Formulierung berücksichtigt nicht den aktuellen Stand des EU-Verfassungsentwurfes.

zu schützen, streng begrenzt bleiben. ...

Das Leitprinzip bei Locke – das die Verfassungsentwicklung der westlichen Demokratien mächtig beeinflusst hat – ist daher nicht, wie bei Hobbes und Rousseau, die Idee der Souveränität, sei sie persönlich oder unpersönlich, sondern der begrenzte Zweck, dem der Staat nach dem Willen seiner Gründer im Interesse des einzelnen zu dienen hat.

Die Argumentationslinie von Kohr liegt auf dem Modell von John Locke und wenn wir Freiheit nicht zu einem politisch-religiösen Jenseitswert machen wollen, müssen wir dieses Modell stärker als bisher zu dem unsrigen machen. Kohr sagt dann in dem Kapitel „Vier Grundrechte“, daß so viel von den Pflichten des Staatsbürgers zu hören ist, man solle lieber mal die Rechte anführen. Präsident Roosevelt hätte die > vier Freiheiten < zum Kriegsziel erklärt gehabt. Das Befreitsein vom Mangel, solle man nicht als Recht, sondern als Wohltat verstehen. Als Rechte zählt er dann (ohne Ordnungs- oder Rangziffern) auf:

1. ...“das Recht, keine Stellung beziehen zu müssen. Totalitäre Regierungen erkennen so etwas nicht an. Sie zwingen nicht nur einen jeden, zu den Tagesfragen Stellung zu nehmen; sie zwingen ihn auch dazu, in Streitfragen auf der richtigen Seite zu stehen. Und nicht nur das, sie machen all das zum Gegenstand einer Entscheidung, was gewöhnlich nur Gegenstand einer Debatte wäre. ...

2. Ein anderes Recht, das wir immer noch besitzen, ist das Recht, töricht zu sein. In einem totalitären Staat wird die Weisheit von oben her durch Verordnung geliefert. ...

3. Dann gibt es noch eine weitere wichtige Freiheit – die Freiheit zur Opposition. Sich dieser Freiheit zu erinnern, ist um so wichtiger, als wir die Neigung haben, zu glauben, daß sich Demokratie in der Herrschaft des Volkes ausdrückt. Doch eine Regierung durch das Volk kann ebensogut autoritär wie demokratisch sein, ...

Die wahre Bedeutung des Begriffs Demokratie jedoch liegt nicht in der Regierung, sondern in der Freiheit, gegen die Regierung zu opponieren, in der Freiheit zur Opposition also. Und es ist ganz gleichgültig, ob die Regierung von wenigen oder vom Volke ausgeübt wird, ein demokratischer Bürger darf gegen alle opponieren.

Wollen wir daher messen, inwieweit ein Land demokratisch ist, müssen wir nicht messen, welche Rolle das Volk darin spielt. Sie mag groß sein, und doch kann es eine Tyrannei sein. Wir müssen die Rolle der Opposition messen. Unglücklicherweise erzählt man uns stets viel mehr von der Pflicht, mit der Regierung zusammenzu-

arbeiten, als von der Freiheit, gegen sie zu opponieren. Deshalb sollte die Freiheit der Opposition wenigstens ab und zu besonders betont werden, damit wir sie nicht verlieren, indem wir sie nicht ausüben.

Dann gibt es schließlich eine letzte Freiheit, die für die Demokratie lebenswichtig ist: die Freiheit, sich an der Regierung zu beteiligen. Es gibt natürlich auch eine Pflicht, mit der Regierung zusammenzuarbeiten, die man jedoch kaum besonders demokratisch nennen kann, denn je totalitärer ein Land regiert wird, desto größeres Gewicht wird gerade auf diese Pflicht gelegt.

Doch die Freiheit, mitzuarbeiten, ist eine ganz andere Sache. Leider laufen wir Gefahr, sie — wie übrigens alle anderen Freiheiten — zu verlieren, nicht weil unser Staat bösen Willens wäre, sondern teils deswegen, weil wir selbst immer mehr das Interesse daran verlieren, teils, weil es für den Bürger eines riesigen Landes rein physisch unmöglich ist, sie auf nationaler oder auch nur bundesstaatlicher Ebene auszuüben.

Er kann sie nur noch auf der Ebene der Gemeinde ausüben. Um so tragischer ist es, daß wir Gefahr laufen, diese Freiheit gerade auf dem Gebiet zu verlieren, wo sie noch Bedeutung besitzt, weil wir paradoxerweise dazu neigen, uns eher durch die Entwicklungen in der entfernteren Bundeshauptstadt fesseln zu lassen als durch das, was die uns näher liegende örtliche Obrigkeit tut. Dabei ist es gerade die örtliche und nicht die nationale Verwaltung, die sich mit den Dingen befaßt, die unser tägliches Leben am meisten berühren.

Das kommt daher, daß die meisten von uns glauben, etwas sei schon deshalb grandios, weil es groß und mächtig ist. Wir sollten aber niemals vergessen, daß die Freiheit der Politik — oder die Politik der Freien — nicht der großen, sondern der kleinen Gemeinschaft entspringt.

Die Griechen, denen wir an politischer Weisheit mehr verdanken als sonst irgendeinem Volk, verstanden unter Politik Stadtpolitik und nichts anderes. Polis, worauf das Wort Politik zurückgeht, ist die Stadt. In seiner Grundbedeutung heißt also Politik die Betreuung einer Stadt. Während der ganzen Frühzeit im Westen (im Gegensatz zum kollektivierten Osten) dreht sich alles um den Begriff nicht der Nation, sondern der Stadt. Als der heilige Augustinus sein Meisterwerk über religiöse und politische Philosophie schrieb, nannte er es nicht »Der Staat Gottes« oder »Die Nation Gottes«, sondern »Die Stadt Gottes«. Und als das Römische Reich gegründet wurde, formte man es nicht nach dem Vorbild des weitläufigen Perser-

reiches, sondern nach dem der winzigen griechischen Stadtstaaten, was aus der Tatsache hervorgeht, daß die Stadt Rom das einzige Verwaltungszentrum für die ganze Weite seines Territoriums gewesen ist. Der Ausdruck »Civis Romanus sum« — ich bin ein Bürger der Stadt Rom — blieb während des ganzen lateinischen Altertums vielleicht das stolzeste Bekenntnis des politischen Menschen. Daher das Wort »citizen« — Bürger —, das sich ursprünglich auf den Bewohner nicht einer Nation, sondern einer Stadt bezog.

An das alles sollten wir gelegentlich denken, wollen wir nicht unsere Freiheit verlieren, an der Regierung innerhalb des letzten Bollwerks teilzunehmen, wo wir sie noch wirksam ausüben können — in unseren Städten, in unseren Gemeinden, wo wir nicht mit Grundsatzfragen, sondern mit den Wirklichkeiten des Lebens konfrontiert werden und das, was wir tun, nicht nach Weltall-, sondern nach menschlichen Maßstäben vor sich geht. (S.47 ff.)

Nach der Frage des Zweckes des Staates und der Erörterung unserer Freiheitsrechte und die Art und den Ort ihrer Ausübung möchte ich mit Hilfe von Kohr noch auf das Recht zum Widerstand eingehen. Die Textteile sind aus dem Kapitel „Das Elend der Diplomatie“. Kohr bezieht sich auf eine Pressemitteilung vom 3. 12. 1947 in dem es heißt, weil trotz des Widerwillens der Angeklagten gegenüber den Anordnungen des Nazi-Regimes, sie diesen Anordnungen gefolgt wären und keinen Widerstand geleistet hätten, wären sie schuldig gesprochen worden.

Diese Art Schuld ist nach den juristischen Maßstäben, die im Laufe der verschiedenen Prozesse in Nürnberg entwickelt wurden, nichts Neues. Während die Angeklagten behaupteten, sie hätten als Staatsbeamte nichts anderes tun können, als Befehlen zu gehorchen, und seien sie auch noch so entartet, behauptete der Alliierte Gerichtshof, daß sie, ob Beamte oder keine, nicht nur das Recht gehabt hatten, sich der Ausführung entarteter Befehle entgegenzustellen, sondern auch die Pflicht dazu, wenn diese Befehle den Gesetzen der Moral widersprächen. Mit dieser Begründung wurde das ganze deutsche Volk in Nürnberg zusammen mit den tatsächlichen Anstiftern der Nazi-verbrechen schuldig gesprochen, weil es im vollen Bewußtsein der Verderbtheit seines Regimes versäumt hätte, den Grundrechten und Pflichten des Menschen zu genügen, die darin bestehen, der Unterdrückung und Tyrannei Widerstand zu leisten.

Eine ähnlich wichtige Pressemeldung vom 10. Dezember desselben Jahres, die auch das gleiche Grundprinzip

menschlicher Rechte und Pflichten betraf, kam aus Genf. Dort war eine Arbeitsgruppe der Menschenrechts-Kommission der Vereinten Nationen »übereingekommen, ohne Abstimmung einen Paragraphen in einem Entwurf über die Menschenrechte fallenzulassen, der das Recht des einzelnen zum Widerstand gegen Unterdrückung und Tyrannei feststellte«.

Das ließ deutlich werden, daß die in Nürnberg versammelten Alliierten ausdrücklich das Recht anerkannten, ja sogar die Pflicht, der Unterdrückung und Tyrannei zu widerstehen, während dieselben Alliierten in Genf ein solches Recht ausdrücklich leugneten. In der Tat war die Übereinstimmung unter den in Genf tagenden Alliierten so vollkommen, daß sie den Gedanken an ein solches Recht ohne Abstimmung fallenließen.

Irgendwo, ob in Nürnberg oder in Genf, haben sich die Vereinten Nationen lächerlich gemacht. Entweder gibt es ein Recht, der Tyrannei zu widerstehen. In diesem Falle war das Urteil von Nürnberg gerecht. Oder ein solches Recht existiert nicht, wie die Kommission in Genf in so harmonischer Übereinstimmung versicherte. Dann hätten die Nazi-Beamten freigesprochen werden müssen. Denn wo es kein Recht gibt, der Tyrannei zu widerstehen, konnten diese Beamten offensichtlich nicht dafür verurteilt werden, daß sie es nicht ausgeübt hatten.

Welche Folgerungen ergeben sich aus diesen beiden vieldeutigen Pressemeldungen? Zunächst scheint es eine Kluft zwischen den Grundsätzen zu geben, die die Alliierten in Nürnberg entwickelten, und denen, die sie in Genf vertraten.

Zweitens scheint es, daß der gesamte Entwurf für das Menschenrecht durch das Fallenlassen des vorgeschlagenen Paragraphen über das Widerstandsrecht des einzelnen zur Farce geworden ist. Welchen Sinn, möchte ich fragen, hat ein Recht auf Leben, Freiheit und Schutz nach Paragraph I der Novelle, wenn ich nicht das Recht besitze, der Obrigkeit Widerstand zu leisten, die mir grundlos Leben, Freiheit und Schutz verweigert? Welchen Sinn, möchte ich fragen, hat die Bestimmung des Paragraphen desselben Entwurfs, die feststellt, daß »niemand in Sklaverei oder in unfreiwilliger Knechtschaft gehalten werden darf«, wenn ich nicht das Recht habe, Tyrannen und Unterdrückern zu widerstehen, die versuchen könnten, mich in Sklaverei und unfreiwilliger Knechtschaft zu halten? Alle Menschenrechte sind mit dem Recht verbunden, sie zu verteidigen. Gerade dieses grundlegendste aller Rechte ist es aber, das ohne Abstimmung ad acta gelegt worden ist.

Drittens zeigen diese Presseberichte, daß sich die Mitglieder der Vereinten Nationen offensichtlich nur in völlig belanglosen Gemeinplätzen verständigen können. ... (S.168 ff.)

Ich will hier nicht versuchen, den Widerspruch in der Haltung zum Widerstandsrecht aufzulösen. Es ist im Nachhinein leicht zu sagen, „Da hättest du / hättet ihr aber Widerstand leisten müssen.“ oder „Hier war der Widerstand nicht angebracht.“ Aber in dem Hier und Heute die Notwendigkeit des Widerstandes zu erkennen, ist die Schwierigkeit. Wie leicht ist eine Haltung - die sich in eine Handlung äußert - lächerlich, feige, unklug, unangemessen etc. Der Mut der dazu gehört, sich z. B. der Gefahr der Lächerlichkeit auszusetzen, wird selten belohnt.

Einen guten Beitrag zum Thema Widerstand fand ich in dem Sammelband *Politik und Bildung*, Internationaler Arbeitskreis Sonnenberg, 1963. Der Titel lautet *Widerstand und Verantwortung*, der Autor ist Ernst-August Roloff. Ich habe einen Auszug in einer Arbeit von mir wiedergegeben, der leicht auf meiner Internetseite zugänglich ist. Die Text-Nr. ist 29.0. Der Titel: *Ich bin ein Täter! Du bist ein Täter! Wir alle sind ohne Wahlfreiheit Mitglied eines Volkes von Tätern*, Nov. / Dez. 2002.

9. Zusammenfassender Ausblick

9. a) Litauen und das ehemalige Memelland (preußisch Litauen)

Oblast Kaliningrad / Königsberg (Rußland) ehemals das nördliche Ostpreußen

Großlitauen, Kleinlitauen, das südliche Ostpreußen, die Masuren (heute Teil von Polen) und das nördliche Ostpreußen, heute eine Exklave Rußlands sind beeindruckenden schöne Landschaften. Urteile über Landschaften sind selbstverständlich auch von subjektiven Momenten gefärbt. Eigene Erlebnisse positiver und negativer Art spielen eine Rolle, ebenso Erzählungen über diese Landschaften, familiäre Verwurzelungen und Einblicke in die Geschichte. Aber unabhängig von der subjektiven Färbung des Urteils kann ich allen, die neue Reiseziele suchen, empfehlen, sowohl nach Polen in die Masuren (wo wir vorher waren), nach Litauen in das Memelland und in die Exklave Rußlands, in die Oblast Kaliningrad / Königsberg zu fahren, um die Landschaft und die Menschen zu erleben, die dort heute leben.

Als ich vor zehn Jahren auf der Nehrung in den Dünen wanderte, hat mir die Landschaft ein so starkes Gefühl vermittelt, daß ich meinte, ich könne noch die Welt umarmen, verändern oder was weiß ich. Auf der Ostseeseite der Nehrung wurde ich (vor mir mein jüngster Sohn, nach mir ein Litauer) von einer nicht vermuteten Strömung erfaßt, die mir eine noch stärkere Angst gemacht hat, als die, die ich als Junge bei einem Bombenangriff gehabt habe. Als wir (die Familie und ich) dann die Memel in Richtung Kaunas, Trakei und Vilnius hochfuhren hat mich die Landschaft so ergriffen, daß ich dachte: „Hier möchtest ich einmal beerdigt werden.“ Bei der jetzigen Reise mit Bruder und Neffen war das schon alles mehr Routine – so dachte ich erst -, es stellten sich keine erhabenen Gefühle ein. Ich merkte aber daß nach und nach eine große Zufriedenheit und Ruhe in mir aufstieg. Von Vente aus über das Haff in die Abendsonne sehend, habe ich kein Fernsehen, keine Musik, kein Buch vermißt. Ich habe an meine ferne Frau und Kinder gedacht Und doch hatte ich das Gefühl, ich wäre zu Hause.

Dabei bin ich ja kein so genannter Heimwehtourist, jedenfalls kein typischer. Ich weiß nicht ob Thomas Mann ein Frühaufsteher war, aber wenn, dann konnte er zu seiner Zeit in entgegengesetzter Richtung über das Haff den Sonnenaufgang beobachten.

Kleinlitauen, um daß die Großlitauer so lange gerungen haben, ist jetzt ohne große eigene Anstrengungen Bestandteil von Litauen geworden. Man kann sagen, es ist eine kleine Entschädigung für das Leid, das ihnen im Namen der Staaten Deutschland und der Sowjetunion zugefügt worden ist. Es sei ihnen gegönnt. Auch ist es fast egal zu welchem Staat ein Landstrich in einem freien Europa, in dem die Menschen die Freizügigkeit genießen, gehört. Andererseits sollten die Litauer ein ehrliches Geschichtsbewußtsein entwickeln und nicht behaupten die Deutschen seien im Memelland Besatzer gewesen. Auch waren die Grenzverschiebungen im ehemaligen Osten Deutschlands völkerrechtswidrige Akte. Auch wenn Deutschland unter Hitler den Krieg begonnen hat, ist es nicht so, daß ein Unrecht das folgende Unrecht heilt.

Hier in Deutschland läuft die Deutung der Geschichte so: Weil die Deutschen die Nationalsozialisten zugelassen haben, haben sie das Unrecht, daß ihnen durch oder auf der Flucht und durch die Vertreibung zugestoßen ist, selbst verdient. Diese Argumentationslinie übersieht: 1. Daß der erste Weltkrieg sozusagen ein gemeinsames Werk der westlichen Welt war. 2. Daß die Sieger des ersten Weltkrieges schon den Grundstein für den Folgekrieg gelegt haben. 3. Daß die Demokraten der Weimarer Republik durch ihre ökonomische Dummheit die Deutschen den Nationalsozialisten direkt in Arme getrieben haben. Auch wenn das Hitlerregime nach wie vor als scheußlich benannt werden muß: Deutschland hat nicht einen Krieg gegen Friedenstauben geführt. Die europäischen Staaten und auch die USA haben alle ihre Pfeile politischer oder militärischer Art im Köcher gehabt. Und das die Sowjetunion nicht besser war als das „Dritte“ Reich, daß wissen die Balten aus eigener Erfahrung.

Das Argument, „Ihr habt selber schuld, weil ihr Hitler zugelassen habt!“ halte ich für Schwachsinn. Sicher enthält der Satz: „Jedes Volk hat die Regierung, das es verdient!“ eine nicht unbedeutende Menge an Wahrheit. Aber Hand aufs Herz: Was kann der Einzelne wirklich tun, um eine Regierung zur Macht zu verhelfen oder sie ihr zu nehmen? Außerdem, wenn ich die Quellen, die ich studiert habe, richtig werte, dann war Ostpreußen eher konservativ als nationalsozialistisch. Den Vorwurf des mangelnden Widerstandes kann man erst ab dem Zeitpunkt erheben, wo das Böse erkennbar und das Widerstandsrecht auch als Rechtsnorm formuliert wurde. Solange das nicht der Fall ist, können wir die Hellsichtigen, die sich dem Bösen entgegen gestemmt haben, nur im Nachhinein als HeldInnen feiern.

Deportation, Verschleppung und Flucht sind für alle Menschen, egal welcher Nationalität nicht nur ein erlittenes juristisches Unrecht, sondern eine tiefe seelische Verletzung, das wissen besonders die osteuropäischen Völker aus eigener Erfahrung. Es gibt bei uns heute noch Menschen, die darunter leiden – wenn das auch von der langen Lebensgeschichte danach überlagert wird – und daher Angst haben in die Heimat ihrer Kindheit bzw. der Jugend zu fahren. Sie fürchten sich davor, von ihren Gefühlen überwältigt zu werden. Was ich nicht verstehe (oder unter bestimmten Annahmen doch) ist, daß die Polen sich gegen ein Denkmal in Berlin zum Thema Vertreibung wehren. Genügend Polen haben doch das Schicksal selbst erfahren. Haben sie Angst, daß nicht nur ihre Opferrolle, sondern auch ihre Täterrolle benannt wird? Das Bemühen, das politisch Böse nur in den Deutschen zu deponieren, würde ja einen Sinn machen, wenn dadurch in Zukunft alle Völker vom Bösen verschont würden. Das ist aber ein Kinderglauben. Das, was in der nationalen Familie oder Völkerfamilie passiert, ist immer das Werk aller, wenn auch mit unterschiedlicher Gewichtung. In keinem Fall dürfen die jetzt verantwortlichen Generationen über die Vergangenheitsbewältigung die Gegenwart und Zukunft vergessen. Wir haben in dieser Beziehung bisher keinen Grund uns mit Orden zu

schmücken.

Ich habe wiederholt gelesen, die Litauer, Polen und Russen hätten eine ausgeprägtes Geschichtsbewußtsein. Wenn dem so ist, dann sollten sie den ehemals deutschen Dörfern und Städten durch eine Doppelbenennung ihre Geschichte zurück geben. Es wäre eine Geste der Versöhnung gegenüber den Geflüchteten und Vertriebenen. Aus einer solchen Doppelbenennung lassen sich keine Ansprüche auf Rückgabe oder Heim-ins-Reich-Politik ableiten. Außerdem, von den Flüchtlingen und Vertriebenen, die ja wirkliche schwere Zeiten hinter sich und sich im Westen eingerichtet haben, will doch nur ausnahmsweise jemand zurück in die alte Heimat. Die Leute sind doch inzwischen alle in einem Alter, wo das vertraute Bett und Kloo wichtiger ist als nochmals (altes Land als) Neuland zu bestellen. Aber als alter Bekannter oder Vertraute der lokalen Geschichte würde man sich schon für einen Besuch auf dem Weg machen, wenn die alten Namen als Wegweiser und Boten aus der Vergangenheit zu Diensten stünden.

Vor zehn Jahren habe ich geschrieben, daß ich es für wichtig halten würde, daß die Litauer sich Orte oder Stätten der Erwachsenenbildung schaffen sollten, wo sie intensiv über ihre eigene Situation und ihre Zukunft nachdenken und beraten könnten. Und da ich damals den Eindruck hatte, daß die Hälfte der Litauer sich gegenseitig etwas verkaufen wollen, habe ich empfohlen, sich intensiv um die Berufsausbildung zu kümmern, damit – wenn die Wirtschaft aufgrund besserer Rahmenbedingungen wieder in Gang käme – die Fähigkeiten zur Erbringung der Dienstleistungen und Herstellung von Produkten auch vorhanden sind. Ich hatte keine Gelegenheit oder genügend eigene Kapazität mich zwischenzeitlich mit diesen Bereichen zu befassen. (Zwischendurch habe ich schon überlegt, ob ich noch jung genug bin, zu versuchen mein Modell der Freien Berufsbildungs-Assoziation dort zu realisieren. Aber bekanntlich möchte man immer mehr als man kann.)

Von der letzten Reise möchte ich nur ein paar Beobachtungen oder Überlegungen wiedergeben. Nach gesellschaftlichen Umbrüchen werden in Bezug auf Gebäude, Städte, Verkehrswege, Landschaften und Institutionen zu leicht Planungs- und Ausführungsfehler gemacht. Das Neue wird meist überbewertet, daß Vorhandene unterbewertet. Erst später im Rückblick merkt man dann, daß in der Vergangenheit Dinge zerstört wurden, die in der Gegenwart einen besonderen Reiz, eine besondere Bedeutung hätten. Das soll nun keine Empfehlung sein, alles Alte zu bewahren, dann wäre ja kein Platz für das Neue. Es ist nur eine Aufforderung an alle, die an der Gestaltung Litauens und der Oblast Kaliningrad mitwirken, aus den Fehlern, die anderswo gemacht wurden, zu lernen.

Mir ist zum Beispiel aufgefallen, daß der An- und Abflug zum Flugplatz Palanga über die Stadt Palanga, die Ferienort an der Ostsee ist erfolgt. Das gibt auf Dauer bei wachsenden Flugverkehr sicher nicht nur mit den ständigen Bewohner der Stadt Konflikte, sondern sabotiert auch die Bemühungen den Tourismus als Wirtschaftsfaktor auszubauen. (Der Tourist nutzt gerne das Flugzeug, will aber nicht den Fluglärm am Urlaubsort.)

Dann hatte ich in Litauen den Eindruck, daß die Landstraßen autobahnähnlich ausgebaut werden. Das ist keine gute Idee, a) weil bei dem stärker werdenden Verkehr die erforderliche Verkehrstrennung erschwert oder unmöglich gemacht wird (alle mit Muskelkraft sich fortbewegende Verkehrsteilnehmer werden diskriminiert und gefährdet), b) weil der Charakter der Landschaften – die ja mit ein Anreiz sind, sich in die Oblast oder nach Litauen zu begeben – zerstört wird. Soweit Autoschnellstraßen erforderlich sind, sollte sie separat und landschaftschonend angelegt werden, dabei kommt es nicht immer darauf an, den kürzesten Weg zwischen die Orte A und B zu wählen.

In Litauen und der Oblast gibt es ja noch Bahnen. (In der Oblast manchmal nur noch die Bahntrassen.) Mein Eindruck war von „tot“ bis „wenig ausgelastet“. Um nicht soviel landschaftsfressende Straßen bauen zu müssen, sollten die Bahnen modernisiert und dort wo sie stillgelegt wurden wieder in Gang gesetzt werden. Die Bahn kann durchaus ein attraktives und kostengünstiges Transportmittel sein, wenn sie den Bedürfnissen der Menschen angepaßt wird. Auch hier sollte man in den Westen und Norden schauen, wo viele Fehler gemacht und manche wieder ausgebügelt wurden. Mir ging dann noch durch den Kopf, daß man auf den Schienen rollende Feriendörfer als touristische Attraktion fahren lassen könnte. Ich stelle mir das so vor, daß je Waggon ein oder zwei Wohneinheiten geschaffen werden und zusätzliche Waggons für Gemeinschaftsräume (Essen, Geselligkeit, Sport, Spiel). Dies rollenden Ferienhäuser machen dann jeweils mehrtägige Station auf speziellen Nebengleisen an touristisch oder historisch interessanten Orten, die auch einen Kontakt mit den Bewohnern des Landes ermöglichen.

Von dem Fluß Memel / Nemunas / Neman erfuhren wir, daß er revitalisiert werden soll. Das ist ein guter Gedanke, schon deshalb weil die Memel / Nemunas auch ein Grenzfluß ist und sich die politischen Vertreter beider Seiten (die ja jeweils durch den Wandel von Inländern zu Ausländern geworden sind) ins Benehmen setzen müssen. Mich freut das natürlich auch als Bootsbauer, Seemann – mit Erfahrung in der Binnenschifffahrt - und als einer der mütterlicherseits aus einer Familie selbständiger Schiffer kommt. Seehäfen waren früher ja stark auf den Zubringerdienst der Binnenschifffahrt angewiesen. Hier im Westen hat sich das Frachtaufkommen stark auf die Bahn und noch stärker auf die Straße verlagert. Ich habe keine Ahnung welche Bedeutung die Memel als Schifffahrtsweg heute für den Seehafen Klaipeda / Memel haben könnte. Die Bedeutung der Memel für die Sportschifffahrt als Teil des Wirtschaftssektors Tourismus sollte aber nicht unterschätzt werden. Aber auch hier gilt: „Achtung! Planung und Ausführung mit Bedacht.“ Es ist natürlich sinnlos, eine Landschaft touristisch zu erschließen, wenn die Erschließung das kaputt macht, was den Reiz der Landschaft ausmacht. Für den Bootstourismus gilt ja gerade, daß er den Vorteil der Langsamkeit als Voraussetzung der persönlichen Erschließung Landschaft bietet. Tragflächenboote und Boote mit zerstörerischer Bugwelle sollten daher vom Verkehr ausgeschlossen werden. Aber nicht so sehr die Geschwindigkeit km/h, sondern die Umwelteinwirkungen Lärm, Öl, Abfall und Schwall sind von Bedeutung. Flußbegradigungen brauchen für die Sportschifffahrt nicht vorgenommen werden, wenn sie für die Frachtschifffahrt erforderlich sind, sollten sie spar- und behutsam ausgeführt werden. Aber auch hier können die Litauer und Russen am fremden Objekt lernen. Das Studium der Auseinandersetzungen um den Ausbau der Elbe liefert reichlich Material.

Für unsere kleine Reisegruppe waren die Museen wesentlich Begegnungsstätten, nicht nur Orte, die einen außerhalb der Bücherwelt einen Blick in vergangene Zeiten bieten, sondern auch als Anlaufstelle und Begegnung mit der Gegenwart. Wenn wir lernen das Vergangene wahr zu nehmen, dann können wir das Gegenwärtige schärfer, deutlicher sehen und verstehen. Die Bedeutung der Museen liegt nicht immer in der Größe, eher in der Ehrlichkeit der Darstellung, in der Liebe der Mitarbeiter zur Geschichte ihre Gegenstände und der kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Vielschichtigkeit einer Stadt oder Region. Ein Beispiel fällt mir ein: Die Milseburg bei Fulda war ein keltisches Heiligtum. Es wurde irgendwann völlig mit Symbolik der christlichen (katholischen) Religion überlagert, so daß der unkundige Betrachter nichts mehr von der ursprünglichen Bedeutung dieses Berges erfährt. Es ist nicht zu beklagen, daß eine Folgereligion ihre Symbolik den Menschen sichtbar macht. Zu beklagen ist, daß die Christen, die das zu verantworten haben, keinen Respekt gegenüber ihren Vorgängern hatten.

Weil Museen nicht nur den Bewohnern einer Stadt, einer Region einen Blick in die

Vergangenheit ermöglichen oder weil sie Orte des Aufbewahrens sind, die ihren Mitarbeitern und den Mitgliedern der Geschichtswerkstätten (-Vereinen) eine sinnvolle Arbeit geben bzw. Betätigung ermöglichen, sondern auch weil Museen wichtige Elemente im Tourismus sind, habe ich gleich, als ich wieder nach Hause kam, Material aus und über die umliegenden Museen und im örtlichen Tourismusbüro gesammelt, um es auf den Weg nach Litauen und der Oblast Kaliningrad zu bringen. Das die Museen in der Oblast und im Memelland für die Geflüchteten und Vertriebenen Deutschen eine besondere Bedeutung haben, ist ja wohl ohne Erklärung einsichtig. Wenn den ehemaligen Bewohner zu verstehen gegeben wird, daß ihre Hilfe zum Ausbau und zum Erhalt der Museen willkommen ist, wird eine solche auch wohl nicht ausbleiben.

Litauen ist nun Mitglied der Europäischen Union. Bei realistischer Einschätzung sollten die Litauer aber nicht zu viele Geschenke in Form von Subventionen erwarten. Diese Art der Bereicherung setzt die Entreichung anderer EU-Bürger voraus. Worauf die Litauer hinwirken müssen und was sie einfordern können und sollten, sind ökonomische Bedingungen, Strukturen, die es ihnen ermöglichen, sich ihren Wohlstand selbst zu erarbeiten.

Rußland und die Oblast Kaliningrad: Im Hinblick auf die baltischen Staaten allgemein ist zu sagen, daß es aufgrund ihrer geschichtlichen Erfahrung mit Rußland verständlich ist, daß sie sich zum Schutz ihrer wiedergewonnenen staatlichen Eigenständigkeit den Westen angeschlossen haben. Dieser Anschluß an die EU und NATO enthebt den Menschen der baltischen Staaten aber nicht der Mühe, ihre eigene gesellschaftliche Struktur, ihre Einstellungen und die Verhältnisse so zu gestalten, daß ein vertrauensvolles nachbarschaftliches Verhältnis zwischen ihnen und Rußland entstehen kann. Das Schlagwort von der Nichteinmischung in die Angelegenheiten anderer Staaten ist ziemlich verlogen und oberflächlich. Verlogen deshalb, weil alle Staaten auf all jene Staaten einzuwirken versuchen, die für den eigenen als bedeutsam betrachtet werden. Oberflächlich ist das Schlagwort deshalb, weil eine kriegerische Einwirkung auf einen anderen Staat nicht nur verwerflich sondern meistens auch kontraproduktiv ist. Fehlentwicklungen in der Politik gehen Fehlentwicklungen im Denken voraus. Um letztere zu vermeiden, kann das Denken sich nicht an Staatsgrenzen halten. Die Welt der Gedanken ist geradezu dadurch definiert, daß sie keine staatlichen Grenzen respektiert. Der Export von Gedanken zum Abbau von Bedrohungspotentialen gelingt dann am Besten, wenn er im eigenen Wirkungsbereich beispielhaft realisiert wurde. Es genügt aber nicht, daß die Balten ihre Länder zu einem Paradies machen, sondern sie müssen auch ihrem mehr gefürchteten als geliebten Nachbarn vermitteln, wie auch Rußland zu einem Paradies werden kann. Unterbleibt der zweite Schritt, wird der erste aggressiv-destruktiven Neid produzieren.

Die Oblast Kaliningrad ist in der jetzigen Form ein Störfaktor in Europa, der auch auf die Schlafmützigkeit und Befangenheit der deutschen Politik zurück geht. Aber jede Änderung im Status und in der inneren Gestaltung muß die Interessen der heute dort lebenden Menschen berücksichtigen und dem heutigen Mutterland Rußland einen Vorteil oder eine Entlastung bringen. Ich halte es aber nach wie vor möglich, daß das nördliche ehemalige Ostpreußen eine unmittelbare Modellregion Europas wird und zwar mit offenen Grenzen nach allen Seiten. Hier kann Gesamt-Europa für sich notwendig Neues entwickeln, was in den jeweils heimischen Gefilden aufgrund verstaubter Denkfiguren und eingefahrener Verhaltensmuster nicht möglich ist. Eines wäre aber erforderlich um Ängste vor Veränderungen gar nicht aufkommen zu lassen: Das Risiko, das die Realisierung eines solchen Vorhabens für die jetzigen Bewohner der Oblast Kaliningrad mit sich bringt, müßte die EU tragen, der zu erwartende Nutzen in Form der Steigerung des Lebensstandards müßte vor allem den jetzigen Bewohnern zu gute kommen.

9. b) Die Sprache

Als Grundrecht könnte man formulieren: Alle Menschen müssen sich in der Sprache verständigen und ausdrücken dürfen und können in der sie sich wohl und zu Hause fühlen. Dies muß als Menschenrecht verstanden werden, das höher steht, als das Völkerrecht, auf das sich ein Staat bei Eingriffen in das Recht auf die eigene Sprache berufen könnte. Darüber hinaus ist es zweckmäßig und wünschenswert, daß jeder Mensch zusätzlich eine oder mehrere andere Sprachen verstehen und sprechen kann, die es ihm ermöglicht mit Menschen aus anderer Sprachkreisen zu kommunizieren. Wir sollten uns aber hüten, die Sprache zum Gegenstand der Politik zu machen. Da wo dies der Fall ist, sollten wir als unabhängige Bürger Gegenmaßnahmen ergreifen. Wenn die Sprache zum Gegenstand der Politik wird, verlieren die Menschen ihre Sprachfreiheit. Es folgt dann eine direkte Unterdrückung bestimmter Sprachen oder einer indirekten Unterdrückung von Sprachen durch Bevorzugung und Förderung einer ausgewählten Sprache.

Als Einsprachiger kann ich nicht beurteilen, ob die deutsche Sprache, die ja in der jetzigen Form noch relativ jung ist und nicht nur von deutschen Geistesgrößen geformt wurde, sondern immer den Einfluß der Menschen aus den Nachbarstaaten ausgesetzt war, im Vergleich zu anderen Sprachen eine gute oder schlechte Sprache bezüglich der Ausdrucksfähigkeit und Erlernbarkeit ist. Ich kann nur sagen, daß ich mich in der deutschen Sprache zu Hause fühle und das trotz der eingestandenen mangelnden Beherrschung des Regelwerkes.

Für das zu werben, was man als gut empfindet ist eine ganz natürliche Eigenschaft. Aber auch sich im politischen Ringen um die Beachtung oder Dominanz für die eigene Sprache einzusetzen ist – solange Fairness gewahrt wird – nicht verwerflich. Verwerflich ist es, eine Sprache unterdrücken zu wollen. Erwartet werden kann, daß alle Bewohner eines Staates (oder Staatenbundes) sich um eine gemeinsame Verkehrssprache bemühen. Wird keine Entscheidung in einen demokratischen Willensbildungsprozesses getroffen, dann wird sich mit großer Wahrscheinlichkeit das Englisch als gemeinsame Sprache durchsetzen. Ist dies die sachlich beste Lösung, ist das auch nicht zu beklagen, sondern nur einmal mehr zu bedauern, daß wir anscheinend nicht in der Lage sind, eine demokratische Willensbildung für wesentliche Dinge unserer Gesellschaft einzusetzen.

Mit Hinblick auf die Verbrechen unter dem Nationalsozialismus war schon häufig zu hören, der Tod kommt aus oder wohnt in Deutschland. Wenn die deutsche Geschichte nicht auf den Nationalsozialismus reduziert wird, ist das Urteil ungerecht, auch wenn die Aussage ein Teilwahrheit enthält.

Wenn die deutsche Sprache eine Zukunft haben soll, dann muß sie die Sprache der Freude und des Lebens werden. Das kann sie nur, wenn mit ihr die Lösung der drängendsten gesellschaftlichen Probleme der Welt beschrieben werden, wenn in ihr praktikable Philosophien des individuellen Glücks ausgedrückt werden. Es muß ein Bedürfnis für Fremdsprachliche werden, einen Gedanken, der in der deutschen Sprache gedacht wurde, auch in der Ursprungssprache zu lesen und zu sprechen.

Solange das Regelwerk „eingepprägelt“ werden muß und uns nicht die Lust an und mit der Sprache umtreibt, sind die Chancen für die Ausbreitung der deutschen Sprache schlecht. Auch der Hochmut derjenigen, die ein gehobenes Deutsch sprechen gegenüber jenen, die sich mit einfacheren Sprachmustern verständigen oder gar mit einem Deutsch unterhalten, das eher ein

Kauderwelsch als eine ordentlichen Sprache ähnelt, muß sich in eine Empathie⁴² wandeln, die es ermöglicht, einen fördernden Anreiz zu geben, Versäumtes nachzuholen oder zu Trösten, wenn dies nicht möglich ist. Wir müssen uns immer bewußt bleiben, daß die Sprache(n) nicht nur dazu benutzt werden kann (können) Brücken zwischem dem Du und dem Ich, zwischen dem Ihr und Wir zu schlagen, sondern auch um Gräben auszuheben, Abgrenzungen vorzunehmen, Verletzungen zuzufügen.

Wenn wir möchten, daß unsere deutsche Sprache wieder oder mehr bei unseren östlichen Nachbarn erklingt, dann sollten wir nicht mit großen Tamtam dafür werden, sondern still untersuchen: a) Welcher Bedarf besteht zum Erwerb der deutschen Sprache. b) In welchem Umfang und welcher Art bestehen Vermittlungsschwierigkeiten. c) Welche Hilfe ist erwünscht. d) Welche Hilfe können wir leisten.

9.c) Amerikanisierung, Globalisierung

Ich habe versucht aufzuzeigen, daß es wenig nutzt die Amerikanisierung und Globalisierung verbal zu bekämpfen. Ich gehe dabei davon aus, daß die Amerikanisierung und Globalisierung ein Großteil gemeinsamer Definitionsmerkmale haben. Zwar gibt es eindeutig chauvinistischen Neigungen in der us-amerikanischen politischen Klasse, und das Gefühl, der Nabel der Welt zu sein, unter den einfachen US-Amerikanern, aber trotzdem sage ich, daß das, was wir als bedrohlich für die eigene Kultur und Sprache empfinden nicht von den Menschen us-amerikanischer Nationalität ausgeht, sondern von den Systemzwängen des Kapitalismus unter denen die Amerikaner in ihrer Mehrzahl selber leiden. Ich habe dabei versucht, deutlich zu machen, daß man den Kapitalismus nicht mit der Systemordnung *Marktwirtschaft* gleichsetzen darf. Ohne Marktwirtschaft mit ihren Steuerungselementen von Angebot und Nachfrage, von freien Preisen, freien Zugang zu den Märkten und dem privatrechtlichen Vertrag hätte unsere Freiheit keine Chance. Ich hatte nun ursprünglich vor, zur Verdeutlichung der Vorgänge noch Texte mit der Schilderung zweier historischen Beispiele über die Entwicklung von Wohlstand und die Unterwerfung in Armut durch das Geldwesen zu verdeutlichen. Ich lasse es aber, weil ich jetzt schon reichlich Fremdtex te verwendet habe.

Ich beschreibe nur hier in gekürzter Fassung die Vorgänge. Die eine Geschichte handelt von den 13 englischen Kolonien in Amerika um 1750, die in einem solchen Wohlstand lebten, daß sie keine Armenhäuser brauchten, weil sie keine Armen hatten, die sie hätten einquartieren können. Die Ursache sei laut Text gewesen, daß sie sich von der Geldversorgung durch das Mutterland England abgekoppelt hätten. Der Wohlstand sei in sein Gegenteil verkehrt worden, als sie gezwungen wurden, das Geldsystem von England wieder zu übernehmen. Ich zitiere:

„Franklin, der einer der Hauptarchitekten der amerikanischen Unabhängigkeit war, sagte es deutlich:

'Die Kolonien hätten gern die geringe Steuer auf Tee und andere Materialien ertragen, wäre es nicht die Armut gewesen, verursacht durch den schlechten Einfluß der englischen Bankiers auf das Parlament, welche in den Kolonien den Haß gegen England und den Revolutionskrieg ausgelöst hat.“

(Amerika schöpfte sein eigenes Geld im Jahre 1750 / www.michael-musil.de)

42 Empathie ([griechisch-englisch] *die*, Bereitschaft und Fähigkeit, sich in die Erlebensweise anderer Menschen einzufühlen. / Brockhaus)

Im anderen Text wird geschildert, wie 1815 der Gouverneur Daniel de Lisle Brock von der Kanalinsel Guernsey mittels einer eigenen Geldschöpfung die Inselbewohner von ihrer Armut befreite. Und wie das Bankhaus Finkelstein & Co und die Commercial Bank aus London die gesetzgebende Versammlung mit Lügen dazu brachte, die Ursache ihres Wohlstandes, ein funktionierendes Geldsystem, wieder zu zerstören.

(Das Mirakel von Guernsey / www.michael-musil.de)

Die Lehre aus meiner und dieser Schilderung – die nicht geglaubt werden muß, weil sie überprüft werden kann – ist, daß wir unsere Sprache und Kultur nur dann gegen die „Amerikanisierung“ schützen können, wenn wir alle Analytiker unserer Ökonomie werden oder Analytiker in ihrer Arbeit unterstützen und für entsprechende Reformen eintreten. Wer sich dieser Mühe nicht unterziehen will oder kann, muß einfach zusehen, wie das zerstört wird, was ihm heilig oder auch nur wertvoll ist. Dabei ist zu bedenken, daß mehr oder weniger alle Völker sich in eine ähnlichen Situation befinden wie wir. Der Urknall, die schwarze Löcher, die Genformschung und die Biotechnologie mögen ihre Bedeutung haben, aber unser kulturelles Leben in allen Facetten und auch unser nacktes physisches Überleben hängt wesentlich davon ab, ob wir die von den Gesellschaftswissenschaften zum Unheil der Völker gepflegten schwarzen Löcher der Sozialwissenschaft als Spekulationen entlarven und brauchbare Theorien zur Geltung bringen.

9.d) Demokratie

Erziehung

kann niemals neutral sein. Entweder ist sie ein Instrument zur Befreiung des Menschen, oder sie ist ein Instrument seiner Domestizierung, seiner Abrichtung für die Unterdrückung.

Dieser Satz aus *pädagogik der Unterdrückten* von Paulo Freire ⁴³, 1970 / 73 gilt nach meiner Einschätzung noch mehr für die Sprache. Sprache hier im Sinne von Sprachprägung und Sprachgebrauch der Individuen einer Sprachgemeinschaft verstanden.

Ich hatte vor, diesen Schlußteil kurz und bündig zu fassen. Aufgeschreckt durch aktuelle Meldungen wollte ich mit der Schlagzeile der Titelseite der HAZ vom 28. 8. 2004 beginnen, die da lautet: *Immer mehr Deutsche verlieren den Glauben an die Demokratie* ⁴⁴, um noch ein paar ermutigende Sätze zu formulieren. Den Zusammenhang zwischen unser Regierungssystem, der Struktur unserer Gesellschaft und das individuelle Denken halte ich für gegeben. Aber das Denken hängt wiederum mit unserer Sprache zusammen. Die Sprache und das Denken wird eben geprägt von der Art der Aneignung in der Gesellschaft in der wir leben. Um das möglichst kurz zu verdeutlichen greife doch noch auf weitere Fremdtexte zurück Sie stammen aus dem bereits oben angeführten Buch von Paulo Freire.

Das wichtigste Instrument dieser «kulturellen Invasion», dieser Beset-

43 Der Autor wird vom Verlag u.a. mit folgenden Hinweisen vorgestellt: „Professor Paulo Freire, geb. 1921 in Recife (Nordbrasilien), begann 1947 mit der Alphabetisierungsarbeit in Slums und Landarbeitersiedlungen Brasiliens. ...“

44 Ich denke, daß dies nicht nur ein Problem der Deutschen ist, sondern mehr oder weniger aller Gesellschaften, die sich demokratisch verstehen und mit ihren gesellschaftlichen Problemen nicht fertig werden.

zung des Bewußtseins der Unterdrückten mit den Mythen der Unterdrückter, ist die Erziehung im weitesten Verstand des Wortes: das institutionelle Bildungswesen ebenso wie die informellen Lernprozesse, die sich im Klima von Gewalt und Angst ständig vollziehen.

Die Analyse der «kulturellen Aktion» der Unterdrückter zur Domestizierung, zur inneren Unterwerfung der Unterdrückten ist wahrscheinlich der eindrucksvollste, jedenfalls ein unmittelbar einleuchtender Aspekt der Theorie Freires: der Raub an der Sprache, die Zerstörung der kulturellen Identität der Unterdrückten, ihre Reduktion auf das Dasein von Haustieren, bewußtlos, wehrlos, hoffnungslos.
(S. 11, Ernst Lange in der Einführung)

Da die Unterdrückten das Bild des Unterdrückers internalisiert und seine Richtlinien akzeptiert haben, fürchten sie sich vor der Freiheit. Freiheit würde verlangen, daß sie dieses Bild aus sich vertreiben und es durch Autonomie und Verantwortung ersetzen. Freiheit wird nur im Kampf errungen, sie wird uns nicht geschenkt. Man muß ihr fortwährend und in Verantwortung auf der Spur bleiben. Freiheit ist nicht ein Ideal, das außerhalb des Menschen angesiedelt wäre, sie ist auch keine Idee, die zum Mythos wird. Sie ist vielmehr die unverzichtbare Bedingung im Kampf um die Erfüllung des Menschen. (S. 34)

Vom Standpunkt einer befreienden Bildungsarbeit aus ist es wichtig, daß die Leute das Gefühl der Herrschaft über ihr Denken entwickeln, indem sie das Denken und die Weltanschauungen diskutieren, die explizit oder implizit in ihren eigenen Äußerungen oder denen ihrer Kameraden sichtbar werden. Weil diese Sicht der Bildung bei der Überzeugung einsetzt, daß sie nicht ihr eigenes Programm präsentieren kann, sondern dieses Programm im Dialog mit den Leuten suchen muß, dient sie dazu, die Pädagogik der Unterdrückten einzuleiten, an deren Ausarbeitung die Unterdrückten selbst teilnehmen müssen. (S. 104)

Aus: *erziehung als praxis der freiheit*, Paulo Freire, 1977 / 1980

... Die integrierte Person ist Person als Subjekt. Im Kontrast dazu ist die angepaßte Person nur Person als Objekt. Anpassung stellt dabei eine sehr schwache Form der Selbstverteidigung dar: Wenn der Mensch unfähig ist, die Realität zu verändern, paßt er sich statt dessen an. Anpassung ist als Verhaltensweise typisch für die tierische Sphäre. Wenn Menschen sie übernehmen, ist das ein Symptom der Entmenschlichung. Im Verlauf der Geschichte haben Menschen in einem ständig von Unterdrückung bedrohten Kampf um die volle Menschlichkeit immer wieder den Versuch gemacht, die Faktoren, die zur Anpassung und Angleichung führen, zu überwinden.

Wenn Menschen sich mit der Welt in Beziehung setzen und auf die

Herausforderungen ihrer Umwelt reagieren, beginnen sie die Realität zu dynamisieren, zu beherrschen und zu humanisieren. Sie fügen etwas von ihrem Eigenen hinzu, indem sie dem geographischen Raum eine zeitliche Bedeutung geben, das heißt, indem sie Kultur hervorbringen. Dieses Zusammenspiel der Relationen des Menschen zur Welt und zu seinen Mitmenschen läßt außer in Fällen repressiver Gewalt keine gesellschaftliche oder kulturelle Immobilität zu. Indem Menschen erschaffen, neu erschaffen und entscheiden, nehmen geschichtliche Epochen Gestalt an.⁴⁵

Eine historische Epoche wird charakterisiert durch eine Reihe von Bestrebungen, Absichten und Werten, die nach Erfüllung suchen, das heißt durch Seins- und Verhaltensweisen, durch mehr oder weniger allgemeine Grundeinstellungen. Die konkreten Verkörperungen vieler dieser Bestrebungen, Absichten und Werte, ebenso wie die Hindernisse für ihre Erfüllung konstituieren die Themen einer Epoche. Diese Themen zeigen die Aufgaben an, die erfüllt werden müssen.⁴⁶ Epochen erfüllen sich in dem Maß, wie ihre Themen begriffen und ihre Aufgaben gelöst werden. Epochen werden verdrängt, wenn ihre Themen und Aufgaben nicht länger mehr den neu auftauchenden Zielen entsprechen. ...

(S. 10/11)

Unglücklicherweise aber wird - je nachdem mehr oder weniger in den verschiedenen «Welten», in die die Welt aufgeteilt ist - der Durchschnittsmensch vernichtet, reduziert und in einen Zuschauer verwandelt. Er wird durch Mythen gelenkt, die die mächtigen gesellschaftlichen Kräfte hervorbringen. Diese Mythen wenden sich gegen ihn; sie zerstören und vernichten ihn. Von tragischem Schrecken gepackt, fürchten die Menschen eigenständige Beziehungen, ja sie bezweifeln die Möglichkeit ihrer Existenz. Andererseits sammeln sie sich aus Furcht vor der Einsamkeit in Gruppen, die nicht durch ein Band der Kritik oder der Liebe zusammengehalten werden, welches sie in eine kooperierende Einheit, in eine wahre Gemeinschaft überführen könnte. «Die Geselligkeit der Herde ist immer die Zuflucht der Mittelmäßigkeit», sagt Nikolai Nikolajewitsch Wedeniapin in Pasternaks <Doktor Schiwago>. Sie dient zugleich als Panzer, der einkerkert und Menschen an der Liebe hindert. Vielleicht die größte Tragödie des modernen Menschen aber ist seine Beherrschung durch die Kraft dieser Mythen und seine Manipulation durch organisierte Werbung, sei es ideologischer oder anderer Art. Schritt für Schritt, ohne überhaupt den Verlust zu bemerken, verliert er seine Fähigkeit zur Wahl. Er wird aus dem Bereich der Entscheidungen ausgeschlossen. Der Durchschnittsmensch begreift die Aufgaben der Zeit nicht mehr. Diese Aufgaben werden von einer «Elite» interpretiert und in der Form von Rezepturen und Vorschriften angeboten. Wenn die Menschen sich zu retten suchen, indem sie diesen Vorschriften Folge leisten, versinken sie in nivellierender Anonymität ohne Hoffnung und Glauben, domestiziert und angepaßt.

45 (Fußnote 3) Vgl. Hans Freyer, Theorie des gegenwärtigen Zeitalters, 1956)

46 (Fußnote 4) Vgl. Paulo Freire, Pädagogik der Unterdrückten, 1971

Wie Erich Fromm in *<Die Flucht vor der Freiheit>* sagt: «(Der Mensch) ist frei geworden von äußeren Bindungen, die ihn davon abhalten könnten, das zu tun und zu denken, was ihm angemessen erscheint. Er würde frei sein, nach seinem eigenen Willen zu handeln, wenn er wüßte, was er will, denkt und fühlt. Aber er weiß es nicht. Er paßt sich anonymen Autoritäten an und übernimmt ein Selbst, das nicht das seine ist. Je mehr Druck zur Anpassung. Trotz der Tünche des Optimismus und der Initiative wird der moderne Mensch von einem tiefen Gefühl der Ohnmacht überwältigt, das ihn auf kommende Katastrophen starren läßt, als sei er gelähmt.»

Sind Menschen aber unfähig, die Themen ihrer Zeit kritisch zu erfassen und aktiv in die Realität einzugreifen, dann werden sie im Kielwasser der Veränderung mitgerissen. Sie merken, daß die Zeiten sich ändern, aber sie tauchen unter in diesem Wechsel und können folglich seine dramatische Bedeutung nicht erkennen. Aber eine Gesellschaft, die sich von einer Epoche zur nächsten zu bewegen beginnt, bedarf der Ausbildung eines besonders flexiblen und kritischen Geistes. Fehlt dieser Geist, dann sind die Menschen außerstande, die entscheidenden Widersprüche zu erfassen, welche dadurch in der Gesellschaft entstehen, daß neue Werte ihre Behauptung und Erfüllung suchen und mit früheren kollidieren, die um Selbsterhaltung kämpfen. ...(S. 12 / 13)

Eine Gesellschaft im Zustand der «Vermassung» ist diejenige, in der das Volk, nachdem es in die Geschichte eingetreten ist, von der Elite zu einem leicht zu handhabenden Agglomerat ohne eigenes Denken manipuliert worden ist. Dieser Prozeß wird als «Vermassung» bezeichnet. Er steht im Gegensatz zur Bewußtwerdung (Conscientização), dem Prozeß der Erlangung eines kritischen Bewußtseins. (Fußnote 8 S. 14)

Ich will nun nicht die einzelnen Absätze von Paulo Freire kommentieren, ich meine, die innere Logik von Freires Gedanken ergeben sich auch so. Wer sich seiner Sprache nicht bewußt ist, kann sie sich auch nicht wirklich aneignen. Ohne eigenen Aneignungsprozeß der Sprache kommen wir nicht zu dem Status des autonomen Denkers. Ohne den Status des autonomen Denkers können wir nur Manipuliermasse von uns anonymen Mächten sein. Die anonymen Mächte sind selten konkrete Personen, sondern Denkfiguren und Haltungen von Schichten oder Klassen (die sich ihrer Macht nicht einmal bewußt sein müssen), aber häufiger sind sie einfach Wirkungen von falsch konstruierten Institutionen und ihre strukturelle Verflechtung. Erich Reigrotzki, der ein Professur für Staatswissenschaft in Marburg hatte nannte diese Herrschaft *Institutionsabsolutismus*. Mit seinem jahrzehntelangen Einsatz für den Ombudsman auf allen Ebenen wollte diese Herrschaft einschränken helfen.

Menschen der östlichen Staaten, die vor rund 15 Jahren staatliche totalitäre Fesseln abstreifen konnten, haben sicher gedacht, mit der formalen Übernahme der Demokratie und der Einführung des Kapitalismus, die ihnen als Marktwirtschaft offeriert wurde, sie wären endlich auch in einem gesellschaftlichen Paradies angekommen. Sie haben sicher inzwischen gemerkt, daß nicht alles Gold ist, was ihnen die Fernsehbilder des Westens als glänzend vermittelt haben.

In dem Fernsehmagazin Kontraste vom 26. 8. 2004 hieß es in dem Beitrag „Proteste gegen

Hartz IV - Warum vor allem die Ostdeutschen den Vorkasko-Staat wollen“ von Olaf Jahn, Susanne Opalka und Kristina Tschenett u.a.⁴⁷:

Mehr als die Hälfte der Ostdeutschen findet unsere Demokratie nicht mehr attraktiv! Willkommen bei Kontraste, live aus Berlin. Mit den Montagsdemonstrationen vor 15 Jahren haben sich die Ostdeutschen für Freiheit und für Würde entschieden.

Die garantiert nicht jedem zu jeder Zeit einen Arbeitsplatz. Die garantiert aber auf jeden Fall, dass jeder und jede jederzeit sagen darf, was er oder sie denkt! Und das tun die Wähler in den neuen Bundesländern jetzt.

Höchste Zeit, dass die Politiker sich nicht mehr vor der Wahrheit drücken.

...

Marina Saebelfeld:

"Die wissen gar nicht, wie das ist, wenn man jeden Monat wirklich ums Überleben kämpft, wenn man jeden Monat mit sehr, sehr wenig Geld auskommen muss."

...

Prof. Karl Schmitt, Institut für Politikwissenschaften, Universität Jena:

"In jeder Gesellschaft gibt es unterschiedliche Lebenschancen. Und wenn ich ehrlich bin, denke ich, muss ich auch in der ökonomischen Diskussion sagen, es gibt Situationen, in denen erstens Durststrecken da sind, und in denen unter Umständen bestimmte Bevölkerungskreise nur bis zu einem bestimmtem Niveau gefördert werden können, und dass es so etwas wie eine verlorene Generation oder verlorene Generationen geben kann."

...

Prof. Karl Schmitt, Institut für Politikwissenschaften, Universität Jena:

"Ich bin der Meinung, dass die Demokratie davon lebt, dass es Politiker gibt, die genau dieser sehr schweren Aufgabe nicht entziehen: Wahrheiten zu sagen, auch wenn sie unangenehm sind, und dass die Demokratie dann untergegangen ist, wenn es keine mehr gibt, die dazu bereit sind."

...

Marina Saebelfeld:

"Und das Schlimmste ist, dass ich keine Perspektive habe. Meine Chancen auf dem Arbeitsmarkt sind gleich null, und wenn ich Pech habe, bin ich bis zur Rente noch arbeitslos. Also zu wissen, dass das nicht besser wird, im Gegenteil, dass das von Jahr zu Jahr schlimmer wird, ja, das ist eine ganz schlimme Situation, wo ich sehr drunter leide. Sehr!"

...

Heute sind nur noch 30 Prozent der Ostdeutschen zufriedene Demokraten

Bei diesen Aussagen und anderen Berichten von der „Arbeitsfront“ kann man nur sagen, es ist erstaunlich, daß noch 30% der Ostdeutschen zufriedenen Demokraten sind. Anders als das Paradies der Christen ist die Demokratie eine Botschaft für das Diesseits. Die Demokratie ist kein Wert an sich, sondern ist nur dann überlebensfähig und verteidigungswert wenn sie

47 Es ist hier zweckmäßig den ganzen Text unter www.kontraste.de anzuschauen, weil bei der Selektion aus einem Beitrag, der aus Textbausteinen besteht, eine erhöhte Gefahr der ungewollten Sinnfälschung besteht.

bessere Ergebnisse liefert als andere Regierungsformen. Nun kann man auch nicht sagen, daß die Mitglieder der politischen Klasse⁴⁸ böswillig die Leistungsfähigkeit der Demokratie sabotieren. Es wirkt sich eigentlich das aus, was ich mit der Auswahl von der Zitate von Freire deutlich machen wollte. Unterdrückung gibt es nicht nur in Diktaturen, sondern auch in Demokratien. Soweit es strukturelle Unterdrückungen sind, sind diese auch unabhängig von der Regierungsform. Unabhängig von Regierungsformen ist auch die Unterdrückung des Wissens um Wahlmöglichkeiten bei den gesellschaftlichen Strukturelementen, wodurch ihre Optimierung verhindert wird. Die meisten Vorstellungen davon wie die Elemente, Regelungen oder Teilordnungen der Gesellschaft auszusehen haben, sind ideologischer (interessengebundener) Natur. Eine weitere Behinderung des freien und sachgerechten politischen Gestaltens besteht darin, daß wir Gefangene falscher Vorstellungen sind oder sein können.

Bei Nicolai Hartmann liest sich das in *Neue Wege der Ontologie*⁴⁹so:

Das Leben der Einzelnen und der Gemeinschaft gestaltet sich nicht nach seinen Nöten und Schicksalen allein, sondern jederzeit auch nach der Kraft der Ideen, die in ihm führend werden. Ideen sind Mächte des Geistes, sie gehören dem Reich des Gedankens an, der Gedanke aber hat seine eigene Disziplin und seine eigene Kritik – die Philosophie. Darum ist Philosophie berufen, das Heutige und Aktuelle mit zu umfassen und mit zu arbeiten an dem, was not tut.

Daraus läßt die Frage sich ableiten: War die Politik in der Lage die Philosophie auszuschließen oder hat die Philosophie ihren Auftrag verschlafen.

Ein anderer, Ludwig Freund, er mußte emigrieren und klagt in einer anderen Arbeit über den Rassismus der US-Amerikaner gegenüber den Deutschen, ist gegenüber der Leistung der Philosophen skeptisch. In seinem Erstlingswerk „Am Ende der Philosophie“, 1930, schreibt er:

Die gegenwärtige Situation ist die, daß fast alle Leute, deren Talent ausreichte, um einen philosophischen Lehrstuhl an der Universität zu bekleiden, den unbezähmbaren Ehrgeiz haben, sich als Genies zu „produzieren“ und die wirklich großen Gestalten der Philosophie in den Schatten zu stellen durch „ihre“ Systeme. Ihr Verhalten steckt andere an, deren Talent nicht einmal für den Lehrstuhl ausreicht, deren Ehrgeiz aber womöglich noch stärker ist.

Ich bin der Meinung, daß jede große Polemik gegen diese Kategorie von Philosophen überflüssig ist. Die paar orientierenden und mit „Beispielen“ arbeitenden Bemerkungen über sie in der Abhandlung genügen vollauf. Es kommt darauf an, die wirklichen Probleme zu sehen und nicht die erledigten Scheinprobleme, mit denen die Hirne unserer Universitätsjugend und des philosophisch interessierten Publikums immer noch gemartert werden heute wie zu Zeiten der beißen-Schopenhauerschen Kritik.

Meine Frage ist, ob die Aussagen von Hartmann und Freund nicht nur für die Philosophie, sondern für alle Handlungswissenschaften gelten. Wenn das bejaht werden kann und diese Wissenschaftler als Ideenlieferanten, -Lotsen und -Kritiker der Politik sieht und zwar direkt als Berater, indirekt über das Wissen, was sie ihrer Absolventen mit auf den Weg in die Poli-

48 Wer zur politischen Klasse gehört, lasse ich hier offen. Darüber müßte man diskutieren.

49 Es ist ein „Teildruck aus: Systematische Philosophie, 2. Auflage“ o. J.

tik geben, dann müßten bei der Politik doch andere Ergebnisse herauskommen. Es sei denn, diese können ihrer Aufgabe gar nicht gerecht werden. In diesem Fall könnten wir auf ihren teuren Unterhalt verzichten. Die Politik bliebe ein Zufallsergebnis einmal wäre sie gut, ein anderes Mal hätte sie schlechte Ergebnisse.

Ich komme zurück auf die Aussage von Prof. Karl Schmitt, über die „*verlorene Generation oder verlorene Generationen*“ Marina Saebelfeld Äußerung „*Und das Schlimmste ist, dass ich keine Perspektive habe.*“ und da sage ich ganz schlicht, ein ökonomisches System, das mit verlorenen Generationen und Perspektivlosigkeit der Menschen kalkulieren muß, verdient nicht verteidigt zu werden. Ich brauche mir für diese Aussage keinen Rückzugweg sichern, weil ich genau weiß, daß diese Vorstellung aus den falschen Bildern resultiert, die die Politik beherrschen. Die SPD mußte in der Weimarer Republik sich und die Republik verraten, weil sie auf den Marxismus fixiert war, der ihr sagte, die Probleme lägen in der Eigentumsordnung. Sie konnte die mahnenden Worte, die Zirkulationssphäre genauer anzusehen nicht folgen (obwohl Marx selber dabei behilflich hätte sein können). Als die SPD die Große Koalition mit der CDU einging und mit Karl Schiller den Superminister stellte, glänzten so mache Augen von SPD-Mitgliedern, sie konnten nicht glauben, daß sie mit einer problematischen Auslegung von Keynes scheitern würden. Jetzt glauben die SPD-Größen, allen voran unser Kanzler Gerhard Schröder die Ökonomie richtig verstanden zu haben. Verstanden haben sie aber nur die Bedingungen des Kapitalismus, der den Vorrang des Kapitals vor der Arbeit nicht nur fordert, sondern auch durchsetzt.

Die Zusammenlegung von der Arbeitslosenhilfe und der Sozialhilfe ist nicht das Problem, diese „Vereinigung“ habe ich schon 1977 versucht in der FDP zu thematisieren. Das Problem liegt in den Rahmenbedingungen und den Vorstellungen, was man den Arbeitslosen zumuten kann. Ich bin 1977 davon ausgegangen, daß es keine konjunkturelle Arbeitslosigkeit gegeben muß, und wenn es sie gibt, daß sie durch das Unterlassen oder falsches Handeln des Staates verursacht wurde. Ich habe darum vorgeschlagen, die Kosten dieser Arbeitslosigkeit entsprechend ihrer Einflußmöglichkeit auf die drei staatlichen Ebenen umzulegen. Ich dann gesagt das kleine Risiko durch Änderungen im Markt arbeitslos zu werden (strukturelle Arbeitslosigkeit), könnte man versicherungstechnisch kalkulieren und im unterschiedlichen Umfang privatrechtlich absichern. Die Arbeitslosenhilfe, die bei Vollbeschäftigung nur in minimalen Umfang fällig wird, sollte sich am Existenzminimum orientieren, wobei die Kommune jederzeit eine Gegenleistung in Form von Arbeitseinsatz einzufordern berechtigt wäre. In einem weiteren Abschnitt habe ich dann aufgezählt, was zu geschehen hat, damit der Arbeitnehmer als Ratsuchender oder Arbeitsloser aus der staatlichen Bevormundung heraus kommt. Ziel der Maßnahmen muß dabei sein, daß der Mensch auch als Arbeitsloser, Herr seiner selbst bleibt und nicht nur zum fremdbestimmten Verwaltungsakt wird. Ähnliche Ansätze sind auch in meinem programmatischen Beitrag für die Grünen von 1980 zu finden. (Ich wurde dafür als Sozialdarwinist beschimpft.)⁵⁰ Für eine Leistung eine Gegenleistung zu fordern, ist aber etwas ganz anderes als in einer Situation, die in der Regel von den Betroffenen nicht selbst verschuldet wurde, sich ökonomisch ganz nackt ausziehen zu müssen, seine letzten Reserven⁵¹ zu verbrauchen und die Menschen, mit denen man verwandtschaftlich oder partnerschaftlich verbunden ist, mit in den Vorgang hineinzuziehen.

In den Berichten und Kommentaren wird inzwischen ja auch betont, daß Hartz IV nur der aktuelle Auslöser des Protestes ist, der von der Koalition als unangemessen zurück gewiesen

50 Beide Schriften können auf meiner Internetseite eingesehen werden. Text 1.1 und 2.0

51 Die auf dem Hintergrund einer mehr als ungerechten Einkommens- und Vermögensverteilung gesehen werden muß.

wird. Die Wirklichkeit ist doch so, daß die Bürger nicht nur in der DDR in Unmündigkeit gehalten wurden. Die Zustimmung zu unserem gesellschaftlichen Flickschuster-System wurde aus dem Wohlstand abgeleitet und durch politische Seelenmassage erwirkt. In Wirklichkeit haben wir ein Gutsherrenmodell etabliert. Die Regierung ist der Gutsherr, der den Mägden und Knechten sagt, was sie zu tun und zu erwarten haben. Das Parlament ist der Pastor, der dem Gesinde sagt, das alles rechtens und gottgewollt ist. Wurden die Bürger in dem Vereinigungsprozeß einbezogen? Gab es eine gerechte Lastenverteilung bei den Folgekosten? War der Umgang mit der Bundesverfassung und den Landesverfassung mehr als Verfassungspiraterie? Hat man den Bürger gefragt, ob er den Euro will? Will man den Bürger an der Findung und Verabschiedung der europäischen Verfassung beteiligen? Nein der Protest, die Montagsdemonstrationen und auch die Überlegung wieder Runde Tische einzurichten, sind angebracht, wenn in der Zielrichtung auch teils daneben.

Wir können aber nicht davon ausgehen das schlechte Menschen mit böse Absichten in der Regierung uns das alles eingebrockt haben. Es sind die irrenden Menschen mit den falschen Leitideen, die uns Kummer machen. Da es nun aber keinen Zollstock zum Messen zukunftsfähiger Ideen gibt, ist es um so wichtiger das Forschung und Lehre eine offene (Gedanken-)Welt bilden und eben nicht in der Funktion des Vollzugsbeamten und des Erfüllungsgehilfen des Staates tätig sind.

Die „blühenden Landschaften“ hätten kein leeres Versprechen bleiben müssen, wenn die Grünen, die ja nicht nur zur Abwehr ökologischer Gefahren, sondern auch zur Erneuerung Gesellschaft und Überwindung unsere Ökonomischen Probleme gegründet wurden, ihren Gründungsauftrag erfüllt hätten. Hier kann man das Verderbliche der 5%-Wahl-Klausel studieren. Weil die liberal orientierten Gründungsgruppen keine Chance gehabt hätten, allein die Zugangshürde zu überspringen, wurden bewußt die Tore für die Mitgliedschaft weit aufgemacht. Die Folge war, daß politisch kampferprobte Linke die Landes- und Bundesversammlungen dominierten und danach die Partei im Kampf um die richtige Interpretation von „links“ lähmten. Das ist weniger eine Anklage, als die Feststellung, daß sich untaugliche oppositionelle Ideen in der Alt-BRD noch einmal austoben mußten. Herausgekommen ist in dieser Auseinandersetzung eine Partei, die sich zwischen SPD und FDP positioniert hat. Da aber die Positionen von SPD und FDP ziemlich altbacken und verlogen sind, was soll denn dann noch an den Grünen gut sein? Die Bündnisgrünen „profitieren“ davon, daß a) die Leute, die sich zur Wahl verpflichtet fühlen das kleinere Übel wählen und b) von der immer noch in unserer Zeit herüber strahlende Aufbruchstimmung. Aber immerhin stellen die Bündnisgrünen mit Joschka Fischer den politischen Liebling der Bundesbürger. Nun, er war zwar kein Gründungsmitglied der Partei, macht aber einen sympathischen Eindruck und ist ein gutes Beispiel dafür, daß man ohne „ordentliche“ Ausbildung etwas Ordentliches werden kann. Das ist nicht ironisch gemeint, sondern eher als eine Kritik an die Überbewertung regulärer Ausbildungs- und Studiengänge zu verstehen. Bei solchen Schilderungen darf man aber nicht übersehen, daß der Joschka sich mit seinem göbbelschen Redetalent nach oben geboxt hat und wohl glaubt, das die Partei gegründet worden ist, damit er die Rolle seines Lebens spielen kann. Er ist für mich die Symbolfigur der Grünen, die für die Fehlentwicklung der grünen Partei steht.⁵² Und meine Rolle im Geschehen ist dabei die eines Versagers. Es nutzt nichts, Gefahren heraufziehen zu sehen, Chancen zu beschreiben, wenn man nicht die Fähigkeit entwickelt, das Gesehene der Gesellschaft – in einer politisch wirksamen Größenordnung - ins Bewußtsein zu heben. Mit diesem Satz schluß zu machen, wäre aber zu pessemistisch, entspräche nicht meiner Grundstimmung und würde übersehen, daß es überall in der Republik sich Widerstand und Erneuerungswille regt. Ich kann an dieser Stelle auf einen anderen Text

52 Siehe mein Text Nr. 28 auf meiner Internetseite. „Die Grünen: Vom Hoffnungsträger zum Totengräber?“

von mir hinweisen: „Wo die Gefahr wächst, wächst auch das Rettende! Stimmen Hölderlins Worte? (Text Nr. 12.0) Aber einen Text mit soviel Eigenwerbung ausklingen zu lassen, ist nicht angebracht. Auch habe ich nicht mehr in Erinnerung, ob der benannte Text eine genügend positive Grundstimmung hat. Ich greife daher zum Abschluß auf die Gedankenproduktion von einem Mann und zwei Frauen zurück.

Der erste Text, ein Leserbrief, macht noch einmal die Verquickung von Sprache und Demokratie deutlich. Der zweite benennt noch einmal das Wesentliche in der Demokratiedebatte. Der dritte Text macht eine Aussage zur Zielerreichung und verweist durch seinen Absender auf eine Demokratiewerkstatt

So nicht!

(Ein LESERBRIEF aus der HAZ vom 16. August 2004)

Zur Erklärung „Wir bleiben dabei!“
(Beibehaltung der neuen Rechtschreibung in der HAZ):

Hat Wolfgang Mauersberg, bekannt durch punktgenaue Analysen und weitgehend (nicht ganz) resistent gegen ideologische Infekte, sich das wirklich genau überlegt, als er spontan und wirkungsvoll (Konterfei!) für die Beibehaltung der Reform eintrat? Es geht doch gar nicht darum, eine sinnvolle Reform zu verhindern. Kein Mensch hat etwas dagegen, unsinnig erscheinende Regeln, die es in der „alten“ Rechtschreibung selbstverständlich gibt, durch bessere zu ersetzen. Was hier von einer Sturmbrigade, gebildet aus Politikern und sich selbst so nennenden Fachleuten, schließlich verabschiedet wurde, ist doch nur derjenige Bruchteil des Gewollten, der sich angesichts der schon immer vorhandenen Widerstände gerade noch durchpauken ließ. Die dabei angewendeten Methoden sind nur zu bekannt und haben sich in vielen vergleichbaren Fällen bewährt: Man schaffe, ohne die Adressaten - hier das Volk - zu fragen, vollendete Tatsachen und behaupte dann, eine Rücknahme sei aus irgendwelchen Gründen, die sich immer aus dem Hut zaubern lassen, nicht mehr möglich. Hier besteht die Chance, mit etwas Druck aus dem Volk zu demonstrieren, dass es so nicht geht. Sie zu verpassen, wäre schade.

Hannover Prof. Dr. Walter Schwarz

XXXXXXXXXXXX

... Wozu braucht man Demokratie? Es sind die Individuen, die ihrer bedürfen - nicht ein System, noch auch die Vernunft, die eines Subjekts in der Tat entraten kann. Erst wenn man Demokratie von ihrem Zweck her denkt, sich auf das Postulat individueller Selbstbestimmung besinnt, statt von vornherein in Regierungsformen und überkommenen Institutionalisierungen zu denken, ist man in der Lage, der postnationalen Herausforderung der Demokratietheorie zu begegnen. ...

Doch die Bedürfnisse der Menschen finden sich weder im Himmel der Vernunft noch auf dem Reißbrett von Experten. Wäre dem so, bedürfte man der Demokratie nicht, sondern der weisen und kundigen 'législateurs'. Stattdessen bilden die Bedürfnisse sich (wie auch immer) in den Köpfen der Bürger, und weil das so ist, braucht man Demokratie, nämlich die 'individuelle Selbstbestimmung im Kollektiv'. Es ist an der Zeit, sich darauf rückzubesinnen und also das Pferd des Minimalismus vom anderen Ende her aufzuzäumen: Institutionalisierungen, Formen, Verfahren, Ergebnisse sind kontingent - der Zweck der Demokratie ist es nicht.

Heidrun Abromeit aus dem Fazit ihres Buches
Wozu braucht man Demokratie? /
Die postnationale Herausforderung der Demokratie

XXXXXXXXXXXXXXXXXX

Was dem Leben hilft, wird vom Leben unterstützt.

Erfolgreiche Lösungen basieren auf dem Prinzip,
dass die Problembeseitigung nicht zustande kommt,
indem man das Negative angreift, sondern indem
man das Positive unterstützt.

Heidi Muthers-Haas

Diese Erkenntnis von Heidi Muthers-Haas gelangte auf meinem Rechner per E-Brief eines Mitgliedes des DemokratieForum@yahoogroups.de⁵³

Ende Haupttext

siehe auch Anhang

53 Die letzte Nachricht, die ich von diesem Forum erhielt, habe ich so verstanden, daß sich das Forum aufgrund von Verständigungsschwierigkeiten aufgelöst hat.